



Wahlspruch:
Was wir begehren von der Zukunft Fernest
Das Brot und Arbeit uns gerüstet stehen,
Dass unsere Kinder in der Schule lernen,
Und unsere Greise nicht mehr betteln gehen.
O. Herwegh.

Telephon Nr. 2325.

Der

Scheidtonto 38.415.

Eisenbahner

Zentralorgan des Oesterreichischen Eisenbahn-Personales.

Redaktion: Wien V/1, Bentagasse Nr. 5.

Redaktionschluss: Zwei Tage vor dem Erscheinen des Blattes.

Sprechstunden

Am jeden Tag mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage von 10 Uhr vormittags bis 1/4 Uhr nachmittags.

Insertionspreis:

Die zweimal gespaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 40 Heller. Bei Jahresauftrag Rabatt.

Abonnements-Bedingungen:

Halbjährlich Kr. 2.88
Ganzjährlich „ 5.76
Für das Deutsche Reich ganzjährlich Mk. 6.—. Für das übrige Ausland ganzjährlich 8 Franken.

Er erscheint jeden 1., 10. und 20. im Monat.

Nr. 13.

Wien, den 1. Mai 1911.

19. Jahrg.

Wähler!

Am 13. Juni werdet ihr zur Urne gehen, um ein neues Abgeordnetenhaus zu wählen.

Ihr werdet zur Urne gehen als Freie und Gleiche. Die Zeit ist vorüber, in der ein Duzend adeliger Großgrundbesitzer, ein Häuflein reicher Handelskammerräte einen Abgeordneten in den Reichsrat entsenden konnte. Die Wahlrechtsprivilegien sind gefallen. Die Stimme des reichsten Kapitalisten gilt am Wahltag nicht mehr als die Stimme des ärmsten Tagelöhners. Euer Schicksal liegt jetzt in eurer Hand.

Das allgemeine und gleiche Wahlrecht hat seine erste Aufgabe erfüllt. Es hat den bürgerlichen Parteien die Maske vom Gesicht gerissen, die sie unter dem Schutze der alten Kurien getragen haben. In den vier Jahren, die seit den letzten Wahlen vergangen sind, haben die Christlichsozialen und die Deutschnationalen im Bunde mit den polnischen Schlachzigern regiert. Sie bildeten die Mehrheit des Parlaments und sie stellten dem Staate seine Minister. Wir haben sie am Ruder gesehen. Ihre Worte werden niemanden mehr täuschen, da ihre Taten dem ganzen Volke sichtbar geworden sind.

Das Märchen vom

„christlichen Sozialismus“

ist tot. Die Partei, die ausgezogen ist, im Geiste des Christentums den Kapitalismus zu überwinden, ist zur Partei der Vantründer und der Verwaltungsräte geworden. Ihr Führer G e h m a n n war Minister für öffentliche Arbeiten; die Bergbauverwaltung war seiner Leitung anvertraut. Aber dem Kohlenkapital ist es nie besser ergangen als unter seiner Ministerchaft; dem Petroleumkapital hat er Millionen geschenkt; die Bergarbeiter wissen von den Wohlthaten seiner Regierung nichts zu erzählen. G e h m a n n ging und Weiskirchner kam. Aber die Arbeiterschutzeschöpfung verdankt ihm nicht den bescheidensten Fortschritt, dem Kleingewerbe ergeht es unter dem christlichsozialen Handelsminister nicht besser als unter seinen liberalen Vorgängern, von seiner ganzen Tätigkeit ist nichts geblieben als die Millionengeschenke an großkapitalistische Schiffsahrtsgesellschaften, die Geheimverträge mit Ungarn, die uns die Fleischzufuhr verbieten, die Verschlechterung der Handelsverträge mit Serbien und mit Rumänien! So haben sich die Tausende, die einst unter Quegers Führung zum Kampfe gegen das Großkapital ausgezogen sind, den „christlichen Sozialismus“ nicht vorgestellt. Die Christlichsozialen werden höhnisches Gelächter ernten, wenn sie es noch wagen, sich als Bekämpfer des Kapitalismus zu gebärden.

Aber auch die Legende vom

deutschen Freisinn

ist erschlagen. Die gestern alldeutsch waren, sind heute die knechteligste Gefolgschaft der k. k. Regierung. Die gestern „Heil Hohenzollern!“ riefen, sitzen heute als Habsburgs Gäste beim Hofdiner. Die gestern das deutsche Volk von der Herrschaft der Römlinge befreien wollten, stützen heute die erbitterte Verwaltung des Grafen Stürgkh. Sie sind die Verbündeten der Schwärzesten der Schwarzen — die Bundesgenossen der Militaristen, die unter Taaffe mit Tschechen und Polen den „eisernen Ring“ gegen die Deutschen schmiedeten und unter Badeni ihren Namen unter die Vex Falkenhayn setzten. Sie, deren Minister heute Wienerth's § 14-Verordnungen unterschrieben haben, werden es nicht mehr wagen, sich als die Vorkämpfer deutscher Freiheit zu gebärden!

Die Christlichsozialen sind nicht mehr antikapitalistisch, die Deutschnationalen sind nicht mehr antilettikal. Nichts scheidet mehr die beiden Parteien. Sie bilden nur noch eine Partei, in der alle inneren Gegensätze überdeckt sind durch die feige Knechtseligkeit gegen die Herrschenden, durch die hochmütige Annäherung gegen die Arbeiter. Die Abgeordneten armer Kleingewerbetreibender und Kleinbauern bilden die Gefolgschaft der Chiari, Albrecht, Oberleitner, Racht, der Vertreter des Großkapitals; die Erwählten der Industriebezirke gehorchen dem Kommando der Aggarier aus Hohenblums Kreise. Sie alle vereint die Furcht vor der Arbeiterklasse. Sie alle schmiedet die Sorge zusammen, sich die Gnade des Hofes zu erhalten.

Weil ihnen

Gefugnt vor Volksgunst

steht, haben sie dem Militarismus seine Dreadnoughts, dem Militarismus seine Privilegien gegeben, um die Gnade der Herrschenden nicht zu verlieren. Weil ihnen die Profite der Reichen wichtiger dünken als die Gesundheit des Volkes, bewilligen sie den Kapitalisten ihre Prämien, den Großagrarier ihre Liebesgaben. Auf ihre Knechtseligkeit bauend, erheben alle volksfeindlichen Mächte kühner denn je ihr Haupt.

Der Militarismus

ist mit den unerhörten Opfern, die die Christlichsozialen und die Deutschnationalen ihm in der letzten Delegationstagung bewilligt haben, noch nicht befriedigt. Sofort nach dem Zusammentritt des neuen Parlaments wird ihm das neue Wehrgesetz vorgelegt werden. Der Inhalt dieses Gesetzes ist bereits bekannt. Es wird dem Volke eine ungeheuerliche Enttäuschung bereiten. Die zweijährige Dienstzeit, die uns längst versprochen worden ist, soll nur für einen Teil des Heeres eingeführt werden — für den anderen Teil soll die dreijährige Dienstzeit fortbestehen! Das Rekrutenkontingent soll in solchem Maße erhöht werden, daß jährlich 56.000 Mann, die nach dem heutigen Gesetz nur acht Wochen in der Ersatzreserve dienen müssen, nun zu zwei- oder dreijähriger Dienstzeit herangezogen werden sollen! Und diese Reform soll auch noch dazu mißbraucht werden, der Volksvertretung neue Opfer für den Militarismus zu erpressen. Die jährlichen Ausgaben für das Heer sollen um hundert Millionen Kronen erhöht werden. Ueberdies fordert die Heeresverwaltung die Bewilligung einer einmaligen Ausgabe für neue Kriegsrüstungen im Betrage von weiteren hundert Millionen Kronen. Die bürgerlichen Parteien, die die Dreadnoughts bewilligt haben, sind bereit, auch diese Forderungen zu bewilligen. Es ist die Sache der Wähler, diesen volksfeindlichen Plan zu Falle zu bringen.

Jede Stimme für die Sozialdemokratie ist eine Stimme gegen die Dreadnought-Bewilliger, eine Stimme gegen den Militarismus!

Die Regierung Wienerth will die Kosten der Heeresrüstungen durch die Einführung

neuer drückender Steuern

decken. Schon vom 1. Juli an sollen die Preise der Zigarren, der Zigaretten und des Rauchtobaks erhöht werden. Dann soll die Erhöhung der Branntweinsteuer um sechzig Heller für den Liter Alkohol folgen. Schließlich soll ein Zündhölzchenmonopol eingeführt und es soll der Preis jeder Schachtel Zündhölzchen auf das Doppelte erhöht werden. Gleichzeitig wollen die Landtage vieler Länder die Biersteuer erhöhen. Die bürgerlichen Parteien stimmen diesen Plänen zu — sie haben die Dreadnoughts bewilligt, nun sollen wir die Kosten bezahlen! Die Sozialdemokratie allein bekämpft diese Forderungen. Wenn der Staat Geld braucht, möge er es suchen, wo es reichlich zu finden ist: bei dem Großkapital und bei dem Großgrundbesitz.

Jede Stimme für die Sozialdemokratie ist eine Stimme gegen neue indirekte Steuern!

Weil unsere Steuergelder für den Militarismus vergeudet werden, fehlen dem Staate die Mittel für jede

fruchtbare wirtschaftliche Arbeit.

Der Staat baut neue Kriegsschiffe — aber unsere Greise und Krüppel, unsere Witwen und Waisen darben! Der Staat will das Rekrutenkontingent um die Hälfte erhöhen — die Schulklassen sollen arme Gemeinden tragen! Das Heer bekommt neue Kasernen, neue Kanonen — aber die Hauszinssteuer, die uns die Wohnungen verteuert, kann nicht ermäßigt werden! Jedes Bataillon hat seine Maschinengewehre bekommen — die Arbeiter, die Diener und die Beamten des Staates leben im Glend! Trotzdem haben die Christlichsozialen und die Deutschnationalen dem Kriegsminister auf Heller und Pfennig bewilligt, was er gefordert hat. Die Sozialdemokratie allein bekämpft die Vergeudung unserer Steuergelder für den Militarismus, um die Mittel für soziale Reformen, für produktive Kulturarbeit zu gewinnen.

Jede Stimme für die Sozialdemokratie ist eine Stimme für fruchtbare wirtschaftliche Arbeit!

Der Ausgleich mit Ungarn, der autonome Zolltarif und die Handelsverträge laufen im Jahre 1917 ab. Nur sechs Jahre trennen uns noch von der Schicksalsstunde, in der unsere ganze Wirtschaftspolitik wiederum für ein ganzes Jahrzehnt auf neue Grundlagen gestellt werden muß. Die

Teuerung.

die uns belastet, ist die Wirkung des Zolltarifes, den die bürgerlichen Parteien noch im alten Privilegienparlament im Jahre 1905 geschaffen haben. Es ist die Aufgabe der Wähler, dafür zu sorgen, daß im Jahre 1917 unserer Zoll- und Handelspolitik neue Bahnen gewiesen werden. Wir fordern vom neuen Parlament die Abschaffung der Zölle auf Getreide und Futtermittel, die dem Arbeiter das Brot, dem Bauern das Viehfutter verteuern; die Abschaffung der Einfuhrverbote für gesundes Vieh und Fleisch; die Abschaffung der Kartellschutzölle, insbesondere der Zölle auf Eisen und Zucker; die Abschaffung der Finanzölle, ins-

Besondere des Jolles auf Kaffee. Wir fordern Handelsverträge, die die Zufuhr billiger Lebensmittel und die Ausfuhr der Erzeugnisse unserer Industrie und unseres Gewerbes erleichtern. Jede Stimme für die Sozialdemokratie ist eine Stimme gegen die agrarisch-kapitalistische Hungerpolitik!

Die endliche Vollendung der mühevollen Arbeit an der

Sozialversicherung

muß die erste Aufgabe des neuen Parlaments sein. Wir fordern, daß die Selbstverwaltung der Versicherten gesichert, daß der Alters- und Invalidenversicherung die Witwen- und Waisenversorgung angegliedert werde, daß zur Beistellung staatlicher Mittel für die Arbeitslosenversicherung unverzüglich die vorbereitenden Arbeiten begonnen werden.

Die im letzten Parlament von den Sozialdemokraten eingebrachten, von den bürgerlichen Parteien abgelehnten Anträge über den

Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung

müssen auch das neue Parlament wieder beschäftigen. Wir fordern den Achtstundentag für die ununterbrochenen Betriebe und für den Bergbau, die schrittweise Verkürzung des gesetzlichen Maximalarbeitstages für die fabrikmäßigen und seine Ausdehnung auf die Kleingewerblichen Betriebe, die Ausdehnung der Sonntagsruhe auf die von ihr bisher ausgenommenen Betriebe, wirksam den Schutz der Gesundheit der Arbeiter gegen die Gefahren der Gewerbekrankheiten und Betriebsunfälle, den Ausbau der Gewerbeinspektion. Wir verlangen, daß die von den sozialdemokratischen Abgeordneten eingebrachten Anträge über den Schutz der Bädergehilfen, der Bergarbeiter, der Eisenbahner, der Forstarbeiter, der Gastwirtsgehilfen, der Angestellten und Arbeiter des Handelsgewerbes, der in der Hausindustrie und Heimarbeit beschäftigten Personen, der Salinenarbeiter, der Tabakarbeiter, der Verkleister und Industriebeamten, der Staatsdiener und der Beamten des Staates endlich durchgeführt werden! Wir fordern die endliche Beseitigung des schmachvollen Brudersludenkandals, die Bekämpfung des Kohlenwuchers durch eine energische Abänderung des Berggesetzes, die Bekämpfung der Wohnungsteuerung und des Wohnungselends durch das Reich. Wir fordern für das arme Landvolk wirksamen Schutz gegen die Vorrechte des Großgrundbesitzes und gegen die Verschuldung an das Kapital.

Jede Stimme für die Sozialdemokratie ist eine Stimme für energische Sozialpolitik!

Der größte Feind jedes sozialen und politischen Fortschritts ist der nationale Kampf. Er stört jede soziale Reformarbeit im Parlament. Er unterbricht immer wieder die parlamentarische Arbeit. Er macht das Parlament ohnmächtig gegen die Herrschenden. Heute bewilligen die Deutschen die Dreadnoughts, um die Gnade des Hofes dem Deutschtum zu erhalten; morgen werden die Tschechen neue Dreadnoughts bewilligen, um ihren nationalen Bestrebungen die Gunst des Hofes zu erkaufen. So können die Herrschenden alles erlangen, indem sie eine Nation gegen die andere auspielen. Diesem unheiligen nationalen Kampfe, diesem Wettstreiten der Nationen vor den Herrschenden kann nur die

nationale Autonomie

ein Ende setzen. Auch die bürgerlichen Parteien sprechen von der nationalen Autonomie. Aber sie können sie nicht durchführen, weil sie in dem einen Lande als Mehrheit verweigern, was sie in dem anderen Lande als Minder-

heit fordern. In Oesterreich leben zehn Millionen Deutsche, achtzehn Millionen Slaven und Romanen; keine Nation bildet die Mehrheit, keine ist stark genug, die anderen zu beherrschen. Kein Volk kann das Recht der Selbstregierung für sich selbst erlangen, wenn es dasselbe Recht nicht auch den anderen Völkern zugesteht. Das fordern wir Sozialdemokraten. Verschuldigen uns unsere Gegner des „nationalen Verrates“, so tragen wir diesen Vorwurf erhobenen Hauptes als das beste Zeugnis, daß wir der nationalen Begegnung gegenüber unsere Pflichten erfüllt, daß wir rastlos und unerschrocken für den nationalen Frieden und für die nationale Autonomie gearbeitet haben. Jede Stimme für die Sozialdemokratie ist eine Stimme für den Frieden und die Selbstregierung der Völker!

Der nationale Kampf hat die Kraft der Volksvertretung gelähmt. Auf der einen Seite haben die tschechischen und die slowenischen bürgerlichen Parteien durch ihre verbrecherische Obstruktion den Parlamentarismus untergraben, auf der anderen haben die deutschen und die polnischen bürgerlichen Parteien durch ihre Knechtseligkeit gegen die Regierung das Parlament entmannt. Diesen Verbrechen der Nationalisten aller Nationen gegenüber vertreten wir

die große Sache der Demokratie.

Wir wollen ein starkes und arbeitsfähiges Parlament. Wir fordern die Beseitigung des § 14, die Erweiterung der Rechte des Parlaments gegen die Krone und die Bureaucratie, die Befreiung der Schule vom klerikalen Joch.

Jede Stimme für die Sozialdemokratie ist eine Stimme für die Freiheit, für das Selbstbestimmungsrecht des Volkes!

Wähler!

Jahraus, jahrein seid ihr die Beherrschten, die Unterdrückten, die Ausgebeuteten.

Der Unternehmer gebietet euch in der Fabrik, der Großagrарier und der Händler beuten euch auf dem Markte aus, die Bodenspekulation heischt von euch ihren Tribut.

In der Gemeinde herrschen die Besitzenden. Im Landtag regieren Kapital und Grundbesitz. Vor den Behörden des Staates gilt euer Recht weniger als das der Reichen.

Immer und überall seid ihr die Knechte, die anderen die Herren.

Nur an einem Tage seid ihr die Herren eures eigenen Geschicks. Am Tage der Reichratswahl liegt euer Schicksal in eurer Hand.

An diesem Tage werdet ihr die volksfeindlichen Pläne der Regierung und ihrer christlichsozialen und deutschnationalen Mehrheit durchkreuzen. Ihr werdet entscheiden:

Gegen die Regierung des § 14!

Gegen die Pläne des Militarismus!

Gegen die volksfeindlichen Steuerpläne!

Gegen die kapitalistische Ausbeutung!

Gegen den Lebensmittel- und Wohnungswucher!

Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich.

Mailied.

Es war wohl einst am Ersten Mai,
Viel Kinder tanzten in einer Reih',
Nur mit reichen,
Und hatten die gleichen
Vielen Stunden zur Freude frei.

Es ist auch heute Erster Mai,
Viel Männer schreiten in einer Reih',
Dampf schallt ihr Marschgeschrei,
Denn hat man ohne Kampf
Keine Stunde zur Freude frei.

Doch kommt wohl einst ein Erster Mai,
Da tritt alles Volk in eine Reih',
Mit einem Schlage
Hat's alle Tage
Ein paar Stunden zur Freude frei.

R. Dehmel.

Die Masse als Macht.

In den Tiefen einer gewaltigen Volksbewegung liegen Kräfte, die politischer Scharfsinn nicht berechnen und selbst die Divinationsgabe des Genies in Gedanken nicht vorwegzunehmen vermag. Niemand hat, als in Paris die Mäifeier vom internationalen Kongreß als gemeinsames und gleichzeitiges Fest des Proletariats aller Länder beschlossen wurde, mehr gewußt und mehr gewollt als eine Demonstration, die gleichzeitig die gesammelte Kraft des Proletariats zur Darstellung bringen und für dessen nächste Ziele, die Verkürzung der Arbeitszeit und die politische Gleichberechtigung, ausgesprochen im allgemeinen und gleichen Wahlrecht, die Massen in Bewegung bringen sollte. Diese Ziele sind inzwischen da und dort teilweise erreicht worden, aber was sich an unvorhergesehenen Wirkungen an die Begehung des Mäifestes über die ganze Breite der Kulturwelt hin anschloß, übertrifft so weit alle besonderen und abgegrenzten Zwecke, die von den Begründern der Feier allein ins Auge gefaßt werden

konnten, daß es als ihre eigentlich geschichtliche Frucht und Folge angesehen werden muß.

Nicht zufällig und nicht auf besondere Umstände zurückzuführen ist es, daß die Mäifeier gerade in den politisch und wirtschaftlich minder entwickelten Ländern Europas, also in Oesterreich und Ungarn, in Rußland und in den Balkangebieten, die stärksten und segensreichsten Wirkungen hervorgerufen hat. Das Proletariat des ganzen Ostens darf vielleicht die Mäifeier als eigentliche Geburtsstunde seiner Freiheitsbewegung betrachten. Hier gab es — und gibt es zum Teil auch heute noch — für das Proletariat keine legalen Ausdrucksformen seines Willens und eben darum hatte der Geist des Sozialismus nur die intellektuell höchsten Schichten der Masse erfaßt, soweit eben rein aufklärende Propaganda eindringt und auf Herzen flößt, die im Feuer einer Idee rasch und hell aufflammen. Es waren kleinere oder größere Gemeinden von Gläubigen in und über einer politisch indifferenten Menge, die in ihren weitesten und untersten Kreisen in dumpfer Ruhe lag.

Wie mit einem Zauberschlag hat das Mäifest diesen Zustand umgewandelt und das träge Ruhende in eine gewaltige Bewegung mit fortgerissen. Unwiderstehlich wirkte auf die Phantasie der Massen der Gedanke der Demonstration, so machtvoll und unbesieglich, daß sich die Arbeiter in Rußland ihr Mäifest durch die Schrecken des Kerkers und des Todes nicht rauben ließen. Es waren im Grunde die primitivsten Gedanken und Antriebe, die diesen gewaltigen Anstoß gaben: die Vorstellung, daß der Arbeiter zum Arbeiter gehöre, daß die Gemeinschaft des Leidens, der Bedrückung und Rechtlosigkeit sie natürlich zusammenführe, daß man sich einen Tag im Jahre frei fühlen dürfe von der zermalmenden Last der Not und der Unfreiheit, daß der laute Ruf nach Recht so vieler selbst in taube Ohren dringen müsse; dazu — gefördert durch die sichtbare Angst der herrschenden Klassen — das erste aufdämmernde Gefühl der eigenen Kraft.

Wie weit lag das noch alles ab vom Sozialismus, und wie nahe und schnell führte es doch unausgähl-

icharen, welche die Propaganda des bloßen Wortes in Jahrzehnten kaum erreicht hätte, dem streitbaren Heer des Proletariats zu! Wo der politische Druck alles Maß überschritt, wie in Rußland, sammelten sich erst jetzt in der Stille und Tiefe die Massen, die in revolutionärem Ausbruch die Eisdecke des Absolutismus sprengen wollten; wo die ersten Vorbedingungen des konstitutionellen Lebens gegeben waren, wie in Ungarn, schwoß die Woge des Sozialismus mit erstaunlicher Schnelligkeit über die Städte und selbst über das flache Land hin; und wo, wie in Oesterreich, ein gewisser Grad wirtschaftlicher Reife hinzutrat, wurde das Proletariat bald, noch bevor es im Wahlrecht ein konstitutionelles Mittel dazu erhielt, zu einem mitgestaltenden politischen Faktor.

Fragt man, was im Proletariat selbst jene Fähigkeit zu geschlossenem und entschlossenem Handeln, zu rascher Anpassung an die Gelegenheit, zu einem das Ganze überschauenden und überdenkenden Plane zuwörderst begründet hat, so wird man nun wieder das Mäifest nennen können. Denn dieses hat die Massen zuerst ermöglicht, sich als Masse, als Macht, als bezwingende Größe staunend zu erkennen, hat ihnen zuerst das Gefühl der Kraft eingeflößt, ihnen in allmählicher Übung Selbstbeherrschung und Disziplin und die Einigung beigebracht, sich nach dem Gebot der Umstände bald stürmend vorwärtszubewegen, bald klug zurückzuhalten, bald in grimmigsten Kampfe loszufahren, bald nachgiebig zu verhandeln oder biegsam auszuweichen.

Die Kunst der Demonstrationen, diese auf offener Straße erworbene Fertigkeit, jetzt fast eruptiv und gleich darauf wieder in gehaltener Ruhe und musterhaftester Ordnung auf den Straßen und Plätzen der Städte zu manifestieren, überträgt sich auf die Gesamthaltung der Politik. Was wir erreichen, verdanken wir dieser politischen Elastizität der Massen, die sich als Macht fühlen und schämen gelernt haben.

Und zu dieser großen Wandlung hat die Mäifeier den ersten Anstoß gegeben.

Hier stehe ich — ich kann auch anders.

Man wird jetzt, wo im Wahlkampf die bürgerliche Demagogie und Charakterlosigkeit allgemach anfängt, sich in allen Formen zur Schau zu stellen, gut tun, das Gedächtnis für die Vergangenheit ein wenig aufzufrischen. Denn so manches, was sich noch vor wenigen Monaten als tadelloser Mannesmut und als frisch gährnder Radikalismus innerlich gefestigter Überzeugung sehen ließ, ist jetzt in der noch nicht einmal recht entspannten Glut der Wahlkämpfe zertrümmert und zerschmolzen wie ranzige Butter an einem sonnigen Hochsommertag.

Es ist jetzt kaum länger noch als ein Jahr her, daß die sogenannte „deutschnationale Arbeiterpartei“ die grimmige Löwenhaut um die germanische Gänsehaut hing, und in spreizender Pose erklärte, daß sie die schauerhafte Absicht hege, eine „Klassenpartei“ zu werden. Wer diese sogenannte „Arbeiterpartei“ kannte, die sich die Fabrikanten und ihre journalistischen Klopfflechter als Sonn- und Feiertagsaufputz zurecht geschneidert hatten, dem kam die angesagte Wandlung freilich von vornweg possierlich genug vor. Aber immerhin war die Sache als neues Zugstück inszeniert, das die nationale Bewegung, die mit der schleißig gewordenen Turnvereinsphrase nicht mehr auslangte, so notwendig brauchte. Und es gab sogar Leute in der sonderbaren nationalen „Arbeiterpartei“, denen die Drohung so furchtbar ernst vorkam, daß sie es für nötig hielten, Bewahrung dagegen einzulegen, daß die nationale „Arbeiterpartei“ sich auf den Klassenstandpunkt stelle, und mehr werde als der Fußlappen der besitzenden deutschen Bourgeoisie. Sie fürchteten um die Gunst der deutschen Fabrikanten, die ja die Seidl, Cihula o tuti quanti in klingender Barzahlung so reichlich schon genossen hatten. Aber Herr Ferdinand Ertl, der Obmann des „Reichsbundes deutscher Eisenbahner“ und Vorsitzender der Zentralkommission deutscher Arbeitnehmerverbände, verkündete die Tatsache, daß die Arbeitererschaft nichts von ihrer „sozialen Förderung zu hören bekomme“, und in seiner von uns damals ausführlich besprochenen Broschüre „Ueber die Forderungen“ erklärte er freimütig heraus:

„Es sieht viel zu gnadenmäßig aus, als Gleichberechtigte nur bei gewissen Gelegenheiten, wie bei Wahlen, betrachtet zu werden. Darum besteht eine Abneigung gegen die bürgerlich-nationale Politik, die sich seit den letzten Wahlen auch in den Reihen der vollstreuen Arbeiter ungemein vertieft und die über den Kreis der manuellen Arbeiter schon längst hinausgreift und sich auch der Schichten geistiger Arbeiter bemächtigt.“

Und von dieser Erkenntnis geleitet, propagierte Herr Ertl für die deutsche Arbeiterpartei den Klassenstandpunkt, da der Arbeiter andere Interessen wie die übrigen bürgerlichen Klassen besitze, die wenigstens auf wirtschaftlichem Gebiet innerhalb der deutschen Gemeinbürgerschaft nicht gewahrt werden können. Und als im Parlament die bürgerlichen Parteien die Eisenbahner zum zweitenmal schmählich verurteilten, indem sie bald nach der Ablehnung des 20 Millionen-Antrages Dr. Ellenbogens auch den Antrag Tomshik auf Einsetzung von 83 Millionen Kronen für Personalreformen in das Eisenbahnbudget niedergestimmt hatten, da schrieb das Organ des Reichsbundes, der „Deutsche

Eisenbahner“, in einer Anwendung von christlicher Entrüstung wörtlich:

„Wir erheben Klage gegen die deutschen bürgerlichen Abgeordneten, daß sie Wienerth und seine Amtsgenossen lieber haben, als ihre im Staatsinteresse arbeitenden deutschen Volksgenossen.“

Wir erheben Klage, daß sie für uns nur zu wünschen und nichts zu fordern verstehen.

Und wir fordern daher aufs allerdrücklichste, daß sie den Beweis erbringen, daß ihre regierungsfreundliche Haltung uns nicht um unsere Ausichten betrog.

Wenn sie auf anderem Wege, als auf dem der Antragstellung vom Eisenbahnminister erreichen können, daß unsere Forderungen erfüllt werden, sind wir zufrieden. Der Weg ist uns gleichgültig.

Wenn die deutschen Abgeordneten wieder auf ihre Politik verweisen, dann mögen sie die deutschen Eisenbahner darüber aufklären. Wir werden es bleiben lassen. Diese verstehen es, daß man gegen etwas stimmt, was ihnen weniger gebracht hätte, wollen aber dafür dann so sicherer sein, daß sie das „Mehr“ bekommen, dessenwegen man eben gegen das andere gestimmt hatte. Und diese Sicherheit haben die deutschen Eisenbahner heute nicht. Wir werden uns durch diese Neuerung wieder viele Feinde zuziehen. Wir müssen es. Wir können aber nicht anders. Denn höher als die mit Regierungskunst erfüllte Politik der deutschen Abgeordneten, an der wir keinen Anteil haben und haben wollen, geht uns denn doch die Politik, die wir zu vertreten haben, und das ist jene, welche wirklich den Hunger stillt.

Die deutschen Politiker mögen gegen jeden Antrag auf Erhöhung der Eisenbahnerbezüge stimmen. Wir werden nicht im geringsten darüber aufgeregt sein, wenn ihre Politik es bewirkt, daß die Preise sinken.

Solange sie das aber nicht zustande bringen, haben sie immer mit unseren Forderungen zu rechnen. Es scheint denn doch wahr zu sein. So wie die Deutschen in Oesterreich ihre Stellung nur durch eine machtvolle Organisation behaupten können, vor welcher jede Regierung Respekt haben muß, so werden wir im eigenen Lager nur zur Erfüllung unserer Wünsche kommen, wenn man auch unsere Organisation fürchten muß.

Gar zu weit ist es nicht mehr davon, den Beweis wird dann die Zeit erbringen, die dazu eben geschaffen ist.

Das war am 1. Juli 1910, also vor genau zehn Monaten. Zehn Monate aber haben für die deutschnationale „Arbeiterpartei“ und Herrn Ferdinand Ertl genügt, die mit so viel Geräusch der Welt mitgeteilte Überzeugung von damals, restlos zu vergessen. Kein Wort mehr von der „gnadenmäßigen Behandlung“, die den Arbeitern von den deutschnationalen Parteien zuteil wird, über den rauschenden Gewässern, in denen der Radikalismus schäumt, ist es still geworden, und Herr Ertl, der noch vor zehn Monaten den deutschnationalen Parteien vorwarf, „daß sie Wienerth und seine Amtsgenossen lieber haben als die eigenen arbeitenden deutschen Volksgenossen“, marschiert heute im edlen Gleichschritt mit diesen ihm damals verhassten Wienerth-Husaren, und kandidiert in Neunkirchen als deutschnationaler Kandidat für den Reichsrat. Der dampfende Spiritus der deutschnationalen „Klassenpartei“ hat ausgeraucht, das Phlegma des deutschen Selbstgefälligkeits ist geblieben, und Herr Ertl, der vor kaum länger als einer Embriofrist das stolze Luther-Wort auf sich bezog: „Hier stehe ich, ich kann nicht anders“, hat den traurigen Gang nach Kanossa vollendet. „Hier stehe ich — ich kann auch anders“....

Und die deutschen Arbeiter? Die deutschen Arbeiter, die sich aus ihrer nationalen Organisation eine Klassenpartei schaffen wollten, weil Herr

Ertl ihnen so gut auseinandergelegt hatte, daß sie nicht länger von der Gnade der Deutschbürgerlichen abhängen dürfen, müssen zusehen, wie der Spott, der mit ihnen offenbar getrieben wird, noch hinterdrein kommt. Oder ist es etwas anderes als purer Faschingsult, wenn man liest, daß die „deutschnationale Arbeiterpartei“ in ein paar Wiener Bezirken, die die sichere Domäne der Sozialdemokraten sind, ihre eigenen Kandidaten aufgestellt habe? Und in der gleichen Art wird die Komödie in den Subeteländern aufgeführt, wo man in vollständig aussichtslosen Wahlkreisen irgendeinem vollständig unbekannten Hannes oder Sepp gnädigst gestattet, als deutschnationalen Arbeiter zu kandidieren. So markiert man freilich schon für die Allerdümmsten berechnet, durch derartig lächerliche Scheinkandidaturen eine „Klassenpartei“, während Herr Ferdinand Ertl, der ja bereits durch seine intensive Wahlarbeit für den Unternehmervandidaten in Wandsdorf seine besondere Eignung bewies, als der erwählte Vertreter der Deutschbürgerlichen sich ein Mandat zu sichern bemüht ist. Daß vor ein paar Tagen auf dem deutschnationalen Parteitag Schlesiens ein Redner der „nationalen Arbeiter“ übrigens mit Empheze erklärte: „die deutschen Arbeiter werden in diesem Wahlkampf stramm an der Seite der deutschnationalen Partei stehen“, liefert zu alledem nur eine wirksame Illustration, und die weitere Tatsache, daß in einer nationalen Vertrauensmännerversammlung in Komotau ein Vertreter der Reichsbundortgruppe Sport der deutschen Eisenbahner, die Zusicherung gegeben haben soll, „die deutschen Eisenbahner werden in diesem Wahlkreis geschlossen für den deutschen Agrarier Dr. Damm eintreten“, zeigt so recht drastisch, wie wahr das alte Sprichwort noch immer ist, daß nur die allerdümmsten Kälber ihre Metzger selber wählen.

Alles das, was sich also jetzt im deutschnationalen Lager vollzieht, kann ruhig als ein Stück sozialdemokratischer Aufklärungsarbeit gewertet werden, für die man den Leuten, die sie so unfreiwillig leisten, Dank wissen muß. Mit der freilich nur recht mageren Aussicht auf ein Mandat, ist der „Rebellenübermut der nationalen Klassenpartei“ gezähmt worden, und sie kehrt ruhig, sanft und ergeben in die Gefangenschaft der deutschen Bourgeoisie zurück. Die deutschen Unternehmer, die bisher die Regie bezahlten, sollen nicht sagen können, daß ihnen die „völkische Treue“ gebrochen wurde!

Fr. L.

Eine Wählerversammlung Ertls mit Würstel und Freibier.

Für Mittwoch den 25. April berief die Fabrikantenpartei in Neunkirchen in Wienwalds Saal die erste (1) öffentliche Wählerversammlung ein, wo ihr Kandidat Ertl sein „Programm“ entwickeln sollte. Es sei gleich vorausgeschickt, daß dieses erste Debut mit einem schmählichen Fiasko für die Selbstenbete. Wie die Versammlung zustande kam, mit welchem Fabrikantenterrorismus gearbeitet wurde, erbellt aus folgenden, alles bisher Dagewesene in den Schatten stellenden Tatsachen: Die Versammlung war für 8 Uhr abends einberufen und um 5 Uhr nachmittags wurden die Arbeiter der Schraubenfabrik (wo eigens zu dem Zweck eine Stunde früher Schluß gemacht wurde), unter von der Fabrik aufgestellten Spikeln zur Versammlung „begleitet“, ob sie nun wollten oder nicht. Dort gabs dann Würstel und Freibier. Das

Fenilleton.

Freudenschrei.

Von Richard Dehmel.

W freu dich, Mensch: deine Welt erschallt!
Überall ist Frühling, wo dein Herz nachgallt!
Menschenlieder, ihr schwanken
Berg- und Himmelsgedanken,
Flug- und Flurentwürfe,
Wollen- und Wellenschäume,
Waldversunkenheiten,
Sternentrunkheiten,
Wein- und Blumengelüste,
Schwellende Lippen und Brüste
Bis hinauf zur Sonne —
Ja: ihr wiegt uns in Wonne!

Walpurgisnacht.

Vollstümliches zum 1. Mai

„Es trägt der Wesen, trägt der Sto-
Die Gabel trägt, es trägt der Bod;
Wer heute sich nicht heben kann,
Ist ewig ein verlornen Mann.“

Mit diesen Worten aus Goethes „Faust“ ist die Walpurgisnacht in aller Kürze gekennzeichnet. Mannigfaltig sind die Gebräuche, die sich mit dem 1. Mai verknüpfen, dem Tag der Waldburg oder Walpurgis, der Gehilfin von Winfried-Wonifatus, die erst in Heidenheim bei Eichstätt in Bayern, dann in Eichstätt selbst beigelegt wurde. Greifen wir zunächst einige von diesen alten Bräuchen aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands heraus.

Schon Pratorius bemerkt: „Vor allem anderen haben sie zum öfteren anderswo besondere Zweige, so man bei uns Walburgs may nennet, von einem Baum oder Staube, der sonst viel rote Beerlein trübleinweise trägt und dessen Blätter klein sind, sonst sorbus torminalis, Eberesche, Vogelbeere.“ Pratorius deutet damit einen abergläubischen Gebrauch, der vordem (vielleicht vereinzelt auch noch) in Westfalen am 1. Mai, am Walpurgistag, mit dem Walburgismai geübt wurde und den man kurzweg das Kalberquelen nennt. Durch diesen soll, unter dem Gesagen eines gewissen Reims (fast in Zauberform), dem Vieh Fruchtbarkeit übermitteln werden. Der berühmte Erlaß des „Großen

Kurfürsten“ von Brandenburg (1669) bezieht sich mit folgenden Worten auf diesen Gebrauch: „Auf Maitag das Vieh gequidet und die Quidruten an die Türen und Hede des Hofes aufgesteckt.“

Im Braunschweigischen trieb man früher am 1. Mai die Kühe auf die Weide, und zwar geschah das durch Mädchen, die eine mit Bändern geschmückte Peitsche trugen. Auf der Weide oder dem Acker nahm der Dorfschirte das Vieh in Empfang. Das letzte Mädchen wurde arg verspottet. Die Mädchen tangten dann mit dem Hirten umher, warfen ihn übermühtig zu Boden und jedes suchte von den in den Boden gesteckten Peitschen die längste zu erhalten, da ihr Flachs dann auch am längsten wurde.

In Erm land bindet der Gemeindefürst am 1. Mai den Milchfühen Kletten zwischen die Hörner, damit ihnen nicht die Milch in die Hörner fließt. Im Fränkischen Zura ist der Austrieb des Viehs am 1. Mai ein Tag der allgemeinen Volksfreude, der mit einem Wergelage auf dem Acker begangen wird, früher aber am Abend im Wirtshaus mit Tanz, Essen und Trinken („Ruhschwanz“) gefeiert wurde. Einen Tanz („Surtanz“) kennt man am 1. Mai auch in der Oberpfalz und in Niederbayern. Die Hirten der einzelnen thüringischen Gegenden pflegten einige Zeit nach dem Austrieb, am Sonntag vor Pfingsten, an bestimmten Stätten, zum Beispiel an der „Tanzbuche“ oberhalb Friedrichsdorf, zusammenzukommen; während die Herden in einiger Entfernung weideten, bereiteten die Frauen das Essen; mit Beratungen über gemeinsame Angelegenheiten, Essen und Trinken, Musikieren und Tanzen vergingen die Stunden, so erzählen Rüd-Schrey in ihren „Festen und Spielen des deutschen Landvolkes“. In einigen Gegenden Böhmens hat sich ein ähnlicher Gebrauch erhalten wie der oben von Westfalen mitgeteilte: der Hirt segnet die Tiere und besprengt sie aus einem Weihwasserschöpfchen, das er nach dem Gebrauch aufs Geratewohl unter die Tiere wirft. Die Besitzerin des getroffenen Stückes Vieh gibt ihm eine besondere Belohnung. Im Siegerlande werden die Kühe mit goldenen Gloden bedacht, wie in den Alpen. Die Hörner werden den Tieren vor dem Austrieb abgestumpft, um gegenfeilige Verletzungen zu verhüten. Ein Geschenk in Form von Eiern erhält der Hirt für diese Bemühung.

Den Uebergang von den bisher ange deuteten Hirtengebräuchen am Walpurgistag zu den Hegenfahrten in der Walpurgisnacht vermittelt eine von Ruhn mitgeteilte Sage.

In dieser wird ein Maitagshorn erwähnt, dessen sich die Hegen in der Walpurgisnacht bedienen. Aber der Knecht eines benachbarten Gutsbesizers entwandte den Hegen das Horn und lieferte es seinem Herrn aus. Die Hegen gaben sich nun alle erdenkliche Mühe, wieder in den Besitz des Hornes zu gelangen. Am nächsten Tag ließ sich ein vornehmer Herr bei dem Gutsbesitzer melden und versprach ihm, seine Begehungen mit einer sieben Fuß hohen Mauer zu umgeben, wenn er das Horn zurückgeben werde, andernfalls würde sein Gehöft dreimal nacheinander abbrennen, gerade dann, wenn er sich am reichsten bünke. Der Besitzer gab das Horn nicht zurück und das angekündigte Unheil trat ein; doch ließ der König die Gebäude wieder aufbauen. Das Horn schickte man durch das ganze Land, um zu erfahren, woher es stamme, doch alle Mühe war vergeblich.

Die naheliegende Frage, weshalb der Volksglaube die wüsten Orgien in der Nacht vor dem 1. Mai in die Walpurgisnacht verlegte, ist zunächst mit dem Hinweis zu beantworten, daß dann noch mancher Verggipfel mit Schnee bedeckt ist, den die Hegen wegtanzen müssen. Verggipfel sind durchweg die Tanzplätze der Hegen in der Walpurgisnacht. Wir sagen mit gutem Vorbedacht „Tanzplätze“, denn nicht nur der Wodsborg im Harz ist hier anzuführen, sondern viele andere Wodsbörge der Hegen in ganz Deutschland, wie schon F. Grimm nachgewiesen hat. „Daß sich die Hegen mit dem Teufel verbinden und vermischen“, schreibt R. Simrod, „und zu Walpurgis diejenige unter ihnen, an welcher der Teufel vorzügliches Gefallen hat, zur Hegenkönigin erwählt wird, hängt wohl mit dem Hochzeitsfest Wodans und Frowas zusammen, das um diese Zeit, der wonnigsten des Jahres, begangen wird. An die bei dieser Hochzeit gesungenen Festtänze knüpft wohl auch der Volksglaube an, wonach die Hegen in der Walpurgisnacht den Schnee vom Wodsborg wegtanzen sollen.“ Krauß aber hat in seiner Neuauflage von Dulsure (Des Divinités gónératrices) den Ursprung des Hegen-sabbats weit tiefer erforscht: er sieht in ihm die letzte Form eines geradezu international zu nennenden Kults im westlichen Europa, bei dem man die Posen der großen und kleinen römischen Orgien in allen Einzelheiten nachahmte. Der Hegen-sabbat scheint der altdeutschen Mythologie nicht angehört zu haben. Uralte Kultreste haben sich, wenigstens in Deutschland, an weitverbreitete Hirtengebräuche angeknüpft, welche letztere durch die Ausfahrt (Austrieb des Viehs) in der Jahreszeit (Frühjahr) fest bestimmt waren. Ein drittes Element, das

Versammlungslokal wurde deshalb so früh besetzt, um die verammelten Sozi ja bestimmt vernichten zu können. Es kam aber anders, ganz anders, als sich die gelben Mächer vorstellten. Es gelang einer großen Zahl unserer Genossen in das Versammlungslokal zu kommen. Dies machte die gelben Mächer nervös und der Gefinnungs-Ieugner Stark war es, der einigen Unterläufern das Signal zum Losgehen gab, indem er unsere Genossen nicht hineinlassen wollte. Es begann ein Tumult, der mitunter recht bedrohlich Formen annahm. Als unser Doktor Renner das Podium betrat, setzte ein wahrer Beifallsturm ein, der unsere Stärke in der Versammlung bewies. Selbst viele Schraubenfabrikarbeiter stimmten in den Jubel ein und vergeblich war das Abwinken der gelben Spiegel. Als die Gelben die Situation erkannten, ließen sie die Versammlung um 1/28 Uhr schließen, ohne daß sie begonnen hatte. Da drönte das „Lied der Arbeit“ durch den Saal, welches draußen im Hofe, wo sich Hunderte von Genossen einfanden, ein stürmisches Echo fand. Der Saal wurde behördlicherseits geräumt, Polizisten und Gendarmen warteten ihrer Arbeit, während sich draußen ein Demonstrationszug formierte, wie ihn Neunkirchen noch selten gesehen. Die Mutigen der Schraubenfabrikarbeiter schlossen sich dem Zuge an, viele aber, die nicht mitgehen konnten, weil sie bewacht wurden, riefen: „M m W a h l t a g e h e n w i r m i t e u h!“ Die Massen zogen nach Lerchenfeld, wo in Birnbauers Garten eine große Versammlung stattfand, in welcher Dr. Renner unter ungeheurem Beifall sprach.

Wie lange noch?

Im Oktober des Jahres 1908 war es, als das Eisenbahnministerium, gedrängt durch die tiefgehende Erregung, die damals unter dem Personal der Staatsbahnen über die Ablehnung des 20 Millionen-Antrages durch die bürgerlichen Abgeordneten im Parlament herrschte und durch den Nachdruck, den unsere Organisation und die koalitierten Organisationen den Forderungen der Eisenbahner verliehen, das Zugeständnis machte, daß unter anderem auch der Betrag von 1 Million Kronen zur Gewährung von Erholungsurlauben verwendet werden soll, so daß dem definitiven Personal der Genuß des Erholungsurlaubes ohne Ausnahme ermöglicht, ferner für die Einführung von Normen zur Gewährung von Erholungsurlauben für die Arbeiter vorgesorgt werde.

Was ist von diesem Zugeständnis bisher durchgeführt worden? Nichts, im Gegenteil, es wurde dem definitiven Personal in vielen Fällen planmäßig die Möglichkeit genommen, die Erholungsurlaube zu genießen. In nahezu drei Jahren haben also die Herrschaften im Eisenbahnministerium, die bei jeder Gelegenheit von Wohlwollen für das Personal triefen, natürlich nur am Papier, keine Zeit gefunden, ihr gegebenes Versprechen einzulösen. Dieses Vorgehen erscheint aber um so trasser, als inzwischen die Uebernahme des Personals der verstaatlichten Bahnen erfolgte, bei welchen die Arbeiter seit längerer Zeit schon Anspruch auf Erholungsurlaube haben. Sogar die Südbahn, die sich sonst immer auf die Analogie bei den k. k. Staatsbahnen beruft, hat bereits ihrem gesamten im Tagelohn stehenden Personal Erholungsurlaube gewährt, obwohl sie, vom Standpunkt der Unternehmer aus betrachtet, aus finanziellen Rücksichten weniger Anlaß dazu gehabt hätte als die Staatsbahnverwaltung.

Natürlich fand man zum Beispiel dazu Zeit, den sauberen Volksgenossen Roy zu befördern, Fahrpreisermäßigungen für Offiziere zu bewilligen, und die wohl-erworbenen Rechte des Personals bei jeder Gelegenheit zu verkürzen. Mit Recht fragt sich das Personal, wo denn eigentlich die eine Million Kronen hingekommen ist? Bei dem Umstand, daß die Herrschaften imstande sind, durch nahezu drei Jahre hindurch ein gegebenes Wort nicht einzulösen, ist es natürlich nicht zu wundern, wenn

wir deutlich in dem Treiben der Walpurgisnacht erkennen, ist der mittelalterliche Teufelsglaube.

Es bleiben noch die Vorsichtsmassregeln gegen die Hexen und ihr Treiben in der Walpurgisnacht zu erwähnen. Wer in der Walpurgisnacht den Tanz der Hexen belauschen will, muß sich unter eine Egge stellen, deren Zinken nach oben gerichtet sind (Westfalen). Allgemein herrschend ist der Gebrauch in der Walpurgisnacht die Türen, vor allen Dingen die Stalltüren, mit drei Kreuzen zu versehen, damit die Hexen einem nichts anhaben und dem Vieh nicht das Gedeihen nehmen können (Mark Brandenburg). In der Neumark bezeichnen die Kinder ihre Schuhspitzen mit drei Kreuzen; wer das unterläßt, bekommt ein Kreuz auf den Rücken gemalt. In der Bauche nagelt man Zweige von Kreuzdorn auf die Krippen, auf die Futtertröge und Schwellen der Viehställe. In anderen Teilen der Provinz Brandenburg sät man in der Walpurgisnacht Gurken und Kürbisse, weil man glaubt, diese gingen so schnell auf, wie die Hexen den Bloßberg hinaufreiten. Am Walpurgisabend pflegt man in Mittelschlesien hin und wieder Nasenstücke und Wesen kreuzweise vor die Stalltüren zu legen, um die Hexen abzuhalten.

Von besonderem Interesse ist eine Nachricht aus dem Riesengebirge, der zufolge die heilige Walpurgis von wilden Geistern verfolgt wird: Einem Bauern begegnete sie einst im Walde mit feurigen Schuhen, langen, wallenden Haaren, eine goldene Krone auf dem Haupt und in den Händen einen dreieckigen Spiegel und eine Spinne, verfolgt von einem Trupp Reiter auf weißen Rossen. Den Grundton dieser Sage bilden die wesentlichsten Züge der Sage vom wilden Jäger; Walpurgis lieh wohl nur den Namen, während wir erst in zweiter Linie den Hegenritt in der Walpurgisnacht zu erkennen vermögen. Als letzte Konsequenz des Glaubens an den Hegenritt in der Walpurgisnacht erscheint die in Weimar und Ettersburg übliche Gepflogenheit, am Abend vor Walpurgis die Geu- und Mistgabeln sowie die Reispfahlen zu verstecken, damit sie nicht von den Hexen gestohlen und zum Ritt auf den Bloßberg benützt würden. In den Ställen richtet man die Besen mit den Stielen nach unten und setzt sie neben der Tür, um dadurch den Hexen den Eingang zu verwehren. Die Schüsse, die man in manchen Gebirgsgegenden schießt, aber auch in einigen Gegenden des Tieflandes in der Walpurgisnacht vernimmt, haben den Zweck, die Hexen zu vertreiben. Auch die Walpurgisfeuer werden angezündet, um den Unholden zu wehren.

das Personal die Vermutung hegt, daß dieses Geld einfach für andere Zwecke verwendet wurde.

Wir haben also die Nichterhaltung eines gemachten Zugeständnisses zu konstatieren, einen Wortbruch hinsichtlich der Durchführung der Zugeständnisse und die Arbeiter der k. k. Staatsbahnen hat man während der zwei Jahre um den Urlaub betrogen. Ja, noch mehr. Nachdem man im Eisenbahnministerium schon einmal den Weg der Gewalt betreten, kann man auch weitergehen. Zu was hat man denn Juristen? Also findet die bürokratische Weisheit, daß die Erholungsurlaube nicht gewährt werden können, weil Substitutionskosten erwachsen. Gewiß, das steht im § 52 der Dienstordnung. Zur Beseitigung dieser harten Bestimmung wurde das Zugeständnis gemacht, das nicht eingehalten wurde. Aber wann erwachsen denn im Sinne des § 52 der Dienstordnung Substitutionskosten? Doch nur dann, wenn für den beurlaubten Bediensteten, beziehungsweise dessen Substituten Ersatzkräfte neu aufgenommen werden müssen. Das ist doch so klar, daß man meinen könnte, daß selbst ein so wortbrüchiger, rücksichtsloser Unternehmer, wie die k. k. Staatsbahnverwaltung in diesem Falle, nicht in der Lage wäre, eine andere Interpretation zu finden. Aber weit gefehlt. Die Tatsache, daß zum Beispiel den beurlaubten Verschieber ein Magazinsarbeiter substituiert, bietet dem Eisenbahnministerium den Anlaß zur Behauptung, daß diese Beurlaubung Substitutionskosten verursacht. Aber zum Teufel hinein, wird doch jeder Eisenbahner sagen, das ist doch heller Wahnsinn. Denn für den Magazinsarbeiter, der den Verschieber substituiert, wird doch kein neuer Arbeiter aufgenommen. Wie können da Substitutionskosten erwachsen? Das ist natürlich für die Gewaltmenschen im Eisenbahnministerium kein schweres Rätsel. Die bürokratische Einrichtung der Staatsbahnen, daß jeder Dienstzweig gegenseitig Rechnung legt, beziehungsweise der eine und derselbe Dienstzweig, der Verkehr unter sich also, gegenseitige Verrechnung zu pflegen hat, rechnet dem Verschieber einfach eine oder mehrere Tagewürd als Mittel zum Zweck benützt. Das Magazin verlohnt sich den für den beurlaubten Verschieber als Substituten verwendeten Magazinsarbeiters, und die Substitutionskosten sind da. Natürlich wird für den abwesenden Magazinsarbeiter kein Arbeiter neu oder aus Hilfsweise aufgenommen. Den fehlenden Magazinsarbeiter müssen die anderen durch Mehrleistung einfach ersetzen. Also nackter Schwindel, um die schwer geplagten Bediensteten um den wohlverdienten Erholungsurlaub zu bringen. Wortbruch, Hinterziehung von Zugeständnissen und Schwindel, nun das sind doch Eigenschaften, die man einer k. k. Staatsbahnverwaltung nicht nachsagen sollte können. Leider aber ist dem so und die Leidtragenden sind die Bediensteten.

Freilich ist auch das nur ein kleiner Ausschnitt in der Leidensgeschichte der österreichischen Staatsbahndiensteten, es werden ja noch ärgere Verbrechen am Personal verübt. Und da wundern sich die verantwortlichen Faktoren der Staatsbahnverwaltung, daß das Personal kein Vertrauen mehr zu ihrer väterlichen Fürsorge hat, daß es nicht nur erregt, sondern ergrimmt ist und erklärt, wir pfeifen auf alles. Unter diesen Verhältnissen zu leben, ist unerträglich, schütteln wir das Joch ab, wir haben nichts zu verlieren. Wir haben gewarnt und beruhigt, petitioniert und interveniert, alles war aber bisher umsonst. Nun haben es die Herrschaften bereits so weit gebracht, daß eine tiefgehende allgemeine Gärung unter dem Personal besteht, die nur noch rechtzeitiges Einlenken vor der Explosion bewahren kann. Im Eisenbahnministerium scheint man an die Erregung noch immer nicht zu glauben oder, was auch nicht unwahrscheinlich ist, man fördert die Erregung absichtlich.

Sei dem wie immer, die verantwortlichen Faktoren der Staatsbahnverwaltung sollten sich einmal dazu bequemen und die Erregung des Personals in eigener Person wahrzunehmen trachten. So zum Beispiel hätten sie in der am 24. d. M. in Wien im Arbeiterheim stattgefundenen Versammlung des Wiener Personals der St. E. G. erscheinen sollen, sie hätten noch mehr zu hören und zu fühlen bekommen, als wir mit Worten darzulegen imstande sind. Bei der privaten Verwaltung der St. E. G. war es nämlich jedem Bediensteten ermöglicht, seinen Erholungsurlaub zu genießen. Aber trotz Ministerworte und Einreichungsgrundsätze, wonach die Rechte des Personals der verstaatlichten Bahnen nicht geschmälert werden dürfen, ist auch bei der St. E. G. kürzlich ein Erlass erschienen, der verfügt, daß die Erholungsurlaube den Bediensteten nur dann gewährt werden können, wenn keine Substitutionskosten erwachsen, das heißt es müssen die Dienstzeiten der einzelnen Bediensteten verlängert werden, die Mitbediensteten müssen den Ersatz für den Erholungsurlaub genießenden Bediensteten beistellen.

Diese Verfügung wirkte wie eine Bombe unter dem Personal, und es war aufs äußerste entschlossen, dieses Attentat abzuwehren. Dank dem Eingreifen der Organisation ist es wohl gelungen, vorläufig diese Schädigung des Personals der St. E. G. abzuwehren, und nach den Erklärungen der Direktion wird das Personal der St. E. G. die Erholungsurlaube so genießen können wie früher. Dies nahm auch die genannte stürmische Versammlung des Staatsbahngesellschaftspersonals zur Kenntnis mit dem Vorbehalt, sofort mit allen Mitteln einzusetzen, falls ein neuerlicher Versuch zur Verschlechterung gemacht werden sollte.

Aber dabei sollten die Herrschaften gewesen sein und sie würden doch vielleicht einsehen, zu welchen Konsequenzen ihr Verhalten führen muß. Denn der furchtbare Grad der Erbitterung besteht nicht allein beim Staatsbahngesellschaftspersonal, sondern auch beim übrigen Personal der Staatsbahnen. Und das sollte doch endlich Grund genug sein für die Staatsbahnverwaltung, ihr im Jahre 1908 gegebenes Versprechen bezüglich der Ermöglichung der Urlaube für das definitive Personal und der Gewährung von Erholungsurlauben für die Arbeiterklasse einzulösen, wenn schon jedes bessere sittliche Empfinden geschwunden ist, das allein hienieden mühte, um die Herrschaften an ihre schuldige Pflichterfüllung zu erinnern. Wir können auch von diesem Gesichtspunkt aus, wie schon wiederholt, den verantwortlichen Faktoren der Staatsbahnverwaltung

nichts anderes mehr und zum letztenmal in Erinnerung rufen: Wie lange noch besteht die Absicht, mit der Geduld des Personals zu spielen? Wie lange noch und die Staatsbahnverwaltung wird Dinge erleben, die sie im eigensten Interesse durch etwas Einsicht leicht hätte vermeiden können.

M. M.

Sie fordern, aber sie wollen nicht zahlen.

„Die Sozialdemokraten fordern Reformen, deren Durchführung viel Geld kosten würde. Zahlen aber wollen sie nicht. Sie stimmen gegen das Budget und sie bekämpfen alle Steuererhöhungen. So machen sie selbst die Erfüllung ihrer Forderungen unmöglich.“ So lautet eines der beliebtesten Argumente unserer Gegner. Dabei wird nun freilich nicht mit Unrecht behauptet, daß die von den Sozialdemokraten geforderten Reformen viel Geld kosten würden. Nun bleibt zu erwägen, wen sie denn etwas kosten sollen. Die Sozialdemokraten fordern zum Beispiel die Einführung des Achtstundentages in den Eisenwerken. Es ist einleuchtend, daß diese Reform Geld kosten würde. Sie würde nämlich die Profite des Eigentums schmälern, also Rothschild, Gutmann und Restra- nek Geld kosten. Dagegen sind wir außerstande, zu erkennen, welche Opfer diese Reform dem Staate auferlegen würde. Den Staat, der keine Höchsten besitzt, würde es keinen Heller kosten, wenn die Lohnsklaven der Gütenwerke nicht mehr zwölf, sondern nur noch acht Stunden arbeiten müßten. Es ist daher nicht zu ersehen, warum die christlichsozialen und die deutschnationalen Abgeordneten diese Forderung der Sozialdemokraten abgelehnt haben. Das kann doch wohl nicht darauf zurückzuführen sein, daß es dem Staate an Mitteln fehlt.

Indessen müssen wir zugestehen, daß von den Reformen, die die Sozialdemokraten verlangen, nicht wenige auch den Staat belasten würden. So fordern wir zum Beispiel ausreichende Staatszuschüsse zur Invaliden- und Altersversicherung, Staatsbeiträge zu den Schulkosten, Erhöhung der Bezüge der Arbeiter, der Diener und der Unterbeamten des Staates. All das würde zweifellos viele Millionen verschlingen. Aber ist es denn wahr, daß wir die Mittel, die diese Reformen erfordern, nicht bewilligen wollen? Wir erinnern da an die Beratungen über die Reform der Personaleinkommensteuer, die der Finanzausschuß des Abgeordnetenhauses im Juni 1910 geführt hat. Die Sozialdemokraten haben der damals geplanten Erhöhung der Personaleinkommensteuer nicht nur keine Schwierigkeiten bereitet, sie haben sogar vorgeschlagen, die Steuer in noch höherem Maße zu erhöhen, als die Regierung dies wünschte. Der Abgeordnete Winarsky hat damals den Antrag gestellt, den Steuerfuß für Einkommen von mehr als 210.000 Kr. über die Vorschläge der Regierung hinaus in solcher Weise zu erhöhen, daß die Steuer bei einem Einkommen von 1.210.000 Kr. den Satz von 7,5 Prozent des Einkommens erreicht hätte. Leider wurde dieser Antrag am 5. Juli 1910 abgelehnt; die christlichsozialen Willas, Siegle und Fink und die deutschnationalen Damm, Steinwender und Urban haben gegen ihn gestimmt. Dieselben Herren haben drei Tage vorher den Antrag unserer Genossen Dr. Diamand abgelehnt, daß auch der Kaiser, die Erzherzoge und die Offiziere, die bisher von der Personaleinkommensteuer befreit sind, zur Leistung dieser Steuer verpflichtet werden sollen. Dieselbe Mehrheit hat schließlich am 1. Juni auch den Antrag des Abgeordneten Dr. Renner abgelehnt, daß die Grundsteuer zwar für die Kleinbauern, deren Katastralertrag nicht mehr als 300 Kr. beträgt, abgeschafft, dafür aber für die Großgrundbesitzer in solcher Weise erhöht werden solle, daß das Gesamterträgnis dieser Steuer auf 80 Millionen Kronen gestiegen wäre. Es hat also den Sozialdemokraten nicht am guten Willen gefehlt, dem Staate neue Einkommensquellen zu erschließen. Leider haben die Regierungsparteien unsere Anträge abgelehnt und haben die Beratung des Personaleinkommensteuergesetzes, die im Juli 1910 durch die Vertagung des Hauses unterbrochen wurde, im Herbst nicht mehr fortgesetzt. Daß die Sozialdemokraten sie daran gehindert hätten, kann wohl niemand behaupten. Die Sozialdemokraten haben zwar die Erhöhung der Brantweinsteuer bekämpft, aber die Erhöhung der Personaleinkommensteuer stets befürwortet.

Wir geben allerdings zu, daß vielleicht auch die Erhöhung der Personaleinkommensteuer nicht notwendig gewesen wäre, wenn der Staat sich nur entschlossen hätte, Ersparungen zu machen, die vielleicht einen großen Teil der Kosten der von uns geforderten Reformen hätten decken können. Wir haben zum Beispiel 20 Millionen Kronen für die Erhöhung der Bezüge der Eisenbahner gefordert. Diesen Antrag haben die Regierungsparteien abgelehnt in der Ueberzeugung, daß der Staatshaushalt diese Belastung nicht ertragen könne. Nun beziehen aber die Schnapsgrafen bekanntlich Prämien, die die Steuerträger mehr als 20 Millionen kosten. Wäre es nicht möglich, die Diebesgaben an die Brantweinbrenner abzuschaffen und die 20 Millionen lieber für die Eisenbahnenbediensteten zu verwenden? In der Tat hat der Abgeordnete Dr. Renner im Finanzausschuß am 28. April 1910 den Antrag gestellt, die Subventionen an das Alkoholkapital zu streichen. Leider ist auch dieser Antrag am 1. Juni 1910 von den christlichsozialen und deutschnationalen Abgeordneten niedergestimmt worden. Die Sozialdemokraten haben also keineswegs nur gefordert, sondern auch die Quellen angegeben, aus denen sie die erforderlichen Mittel schöpfen wollen.

In einem Punkte müssen wir uns aber doch schuldig bekennen: für die Militär- und die Marineausgaben haben unsere Abgeordneten allerdings nie gestimmt. Wir sind nämlich der Meinung, daß für die sozialen Aufgaben des Staates das Geld deshalb fehlt, weil der Militarismus zu viel verschlingt. Wieviel Nützliches könnte mit den 312 Millionen geschaffen werden! Als der Staatsanstellungsausschuß die Dienstverhältnisse der Kanzleigehilfen und Kanzleioffizianten regeln wollte, hat die Regierung seine Vorschläge mit der Begründung abgelehnt, diese Reform würde 3.980.000 Kronen kosten, und solche Belastung könne der Staat

nicht ertragen. Kein Wunder! Wenn man 312 Millionen für Dreadnoughts ausgibt, kann man eben 4 Millionen nicht ausbringen, das Glend armer Staatsbahnen zu lindern. Ist es da unsere Schuld, daß die Kangleighen warten müssen? Oder ist es die Schuld der Mehrheitsparteien, die sich doch in der Delegation für die Dreadnoughts so begeistert haben?

Wir fordern nicht nur, wir geben auch die Mittel an, wie der Staat unsere Forderungen erfüllen soll. Man stürze uns nicht in kostspielige Abenteuer, wie die Annexion Bosniens eines gemessenen! Man bewillige nicht Hunderte Millionen für neue Kriegsschiffe! Man entziehe Kapitalisten und Agrariern ihre Subventionen, besteuere nicht den Krump und die Mahrung des Arbeiters, sondern die Profite der Kapitalisten und die Renten der Grundbesitzer! Dann wird es an Mitteln nicht „Arb.-Btg.“

Die Affordarbeit in den Eisenbahnwerkstätten*).

Die beiden ersten Artikel hatten hauptsächlich den Zweck, jenen Werkstättenarbeitern, welche das Affordsystem nicht kennen, durch einige Beispiele darzutun, daß das so viel gepriesene Affordsystem nicht in ihrem Interesse liegt. Es ist nun die Frage zu beantworten: Bringt dieses System der Verwaltung wirklich jenen Nutzen, den man sich davon verspricht? Wir müssen dies entschieden verneinen. Doch nicht nur die Arbeiter verneinen diese Frage, auch in fachmännischen Kreisen ist man darüber im Klaren, daß das Affordsystem zumindest in der heutigen Form nicht aufrechtzuerhalten ist. Erklärte doch Herr Seftionschef No 11 einer Deputation der Arbeiterausschüsse am 11. Oktober 1910 ausdrücklich: „Er wisse, daß das heute bestehende Affordsystem in den Werkstätten der St. E. G. und De. N. W. B. nicht mehr zeitgemäß sei und daß man sich im Ministerium mit dem Gedanken trage, ein beide Teile (Unternehmer und Arbeiter) befriedigendes Prämiensystem, an dessen Erstellung die Vertreter der Arbeiter mitwirken sollen, einzuführen.“ Ganz zutreffend bedeuteten ihm die Deputationsmitglieder jedoch, daß die schönsten Absichten in dieser Hinsicht von den Vorgesetzten der Arbeiter vereitelt würden, wenn nicht vorher eine feste Basis in Bezug auf Entlohnung erstellt würde. Und diese feste Basis ist die Stabilisierung. Solange diese Basis nicht vorhanden ist, kann an ein Prämiensystem nicht gedacht werden, weil die Vorgesetzten (ganz besonders die frischgebackenen) nach jedem Auftrag zu sparen (und solche Aufträge kommen oft) ihr ganzes Wissen und Können dahin konzentrieren, wie kann man die Verdienste der Arbeiter herabdrücken? Dadurch würden auch die Direktionen und das Ministerium die schon lang ersehnte Ruhe von den Werkstättenarbeitern nicht bekommen.

Ja, wird man sagen, warum hat denn die frühere Direktion der St. E. G., die doch den Werkstättenarbeitern in mancher Hinsicht entgegenkam, den Afford nicht abgeschafft, wenn er nicht vorteilhaft für die Verwaltung ist? Nun, man kennt ja wohl die Abneigung gegen jede Einführung von Neuerungen bei allen Verwaltungen. Dann wurde ja schon in vorhergehender Nummer gesagt, daß man das bestehende System hauptsächlich nur dem Namen nach als Affordsystem kannte und daß die Verwaltung einfach die Verdienste den in der einschlägigen Metallindustrie üblichen Verdiensten anpaßte, womit die Arbeiter zufrieden waren. Daß diese Annahme richtig ist, geht daraus hervor, daß die Verdienste nach jeder Lohnerhöhung, die zirka 1/2 der Arbeiter jedes Halbjahr betrifft, auch fast regelmäßig um diesen Betrag stiegen, ohne daß die Affordpreise eine Erhöhung erfahren hätten. Ein deutlicher Beweis jedoch, daß die frühere Verwaltung der St. E. G. den Afford nicht als alleiniges Auskunftsmitglied betrachtete, ist folgendes: Die St. E. G. errichtete in den Neuzigerjahren in Böhmisch-Trübau eine größere Reparaturwerkstätte und führte in dieser die Affordarbeit nicht ein, sondern schaffte dort ein Lohnsystem. Sätze die St. E. G.-Verwaltung gar so gute Erfahrungen mit dem Affordsystem in den Werkstätten von Simmering, Prag und Bubna gemacht, dann hätte sie jedenfalls auch in Böhmisch-Trübau dasselbe System eingeführt. Daß die Direktionen dem Ministerium die Affordarbeit empfehlen, nimmt weiter nicht wunder. Sört man doch heute fortwährend von Reorganisation im Staatsbahnbetriebe reden, und strengen doch eine Menge Leute ihre Sinne an, wie man das sich fortwährend steigende Defizit in der Staatsbahnverwaltung beseitigen könnte. Da man aber offenbar von der verpöpten bürokratischen Verwaltung nicht ablassen will, Vorschläge in Bezug auf Erparungen jedoch machen muß, kommt man eben auf solch unsinnige Einfälle, wie Einführung des Affordes, als rettendes Mittel. Eigentümlich haben wir von noch viel unsinnigeren Vorschlägen gehört.

Die Direktion der St. E. G. wies als Privatbahn riesige Betriebsüberschüsse aus. Als diese Bahn ein staatliches Unternehmen wurde, schmolz der Betriebsüberschuss auf eine ganz minimale Summe zusammen. Der Afford in den drei großen Werkstätten bestand aber weiter, und trotzdem dieser große Sturz aus der Höhe. Andererseits bestand, mit Ausnahme der drei genannten Werkstätten, bei der alten St. E. G. fast in keinem Dienstzweig die Affordarbeit, und trotzdem der riesenhafte Betriebsüberschuss. Die Affordarbeit kann daher wohl kaum einen Eindruck auf die Rentabilität der Eisenbahn ausüben, sondern es müssen Maßnahmen ganz anderer Natur getroffen werden, um die Bahnen wieder rentabel zu machen.

Es ist kaum anzunehmen, daß die Direktionen aus eigenem Antriebe die Affordarbeit als Alibiinstrument anpreisen. Es liegt vielmehr die Annahme nahe, daß die Werkstättenleitungen selbst die Direktionen in diesem Sinne instruieren, und zwar deshalb, weil die Affordarbeit für die Vorgesetzten in den Werkstätten bequemer ist. Man braucht sich nämlich keine grauen Haare wachsen lassen, wenn beispielsweise das bestellte Material und

vergleichen nicht rechtzeitig eintrifft, sei es nur infolge verspäteter Bestellung oder aus was immer für einem Grunde. Ist kein Material vorhanden, können die Leute nicht arbeiten, verdienen daher auch weniger, und das bedeutet schließlich noch eine Ersparnis für die Verwaltung. Außerdem spielt die Protektion und die schon einmal erwähnte indirekte Strafmethode eine Rolle. Man kann viel leichter einem Protektionskinde besseren Verdienst verschaffen, andererseits mißliebige Arbeiter nicht nur durch Versetzungen, sondern durch Reduzierung des Verdienstes treffen. Bei einem fixen Verhältnis ist letzteres zumindest in Bezug auf Verdienst nicht so leicht möglich. Außerdem müßten sich die Herren selbst mehr um die rechtzeitige Bestellung und Besorgung von Bestandteilen und dergleichen kümmern, wenn nicht ein Verlust an Arbeitszeit eintreten soll, wofür sie dann Rechenschaft ablegen müßten. Es sind ganz gewiß nur Rücksichten auf ihre eigene Bequemlichkeit, wenn sie die Affordarbeit anpreisen. Wir können uns nicht erinnern, daß auch nur einer dieser Herren einmal einen sachlichen Grund, der für die Affordarbeit spräche, vorgebracht hätte. Wie wirkt das Affordsystem in ökonomischer Beziehung? Von den Affordversprechungen wird oft behauptet, daß die Werkstättenarbeiter, als sie stabilisiert waren, weniger Material verbrauchten, als vorher, als sie noch im Afford arbeiteten, und sie ziehen daraus den ganz falschen Schluß, daß weniger geleistet wird. Der Sachmann wird natürlich nicht im Zweifel darüber sein, daß nicht weniger, sondern ökonomischer gearbeitet wird. Bei dem unvernünftigen Standpunkt der Vorgesetzten, welche an der Idee festhalten, daß die Reparaturkosten eines Gegenstandes geringer sein müssen, als die Bearbeitungskosten des neuen, auch wenn die Reparatur mehr Zeit in Anspruch nimmt als der neue Gegenstand, wird man bei dem Affordarbeiter keinen Sinn für Ökonomie hervorgerufen. Er muß im Gegenteil tragen, daß er auf sein Geld kommt, ohne Rücksicht auf Ökonomie. Beispiele hier anzuführen, halten wir vorläufig für unangebracht, werden jedoch nicht ermangeln, wenn es notwendig sein sollte, damit herauszurücken. Ueberhaupt scheint die Behauptung, daß die Arbeiter, wenn sie stabilisiert sind, weniger arbeiten, nach der altbewährten Methode „Galtet den Dieb“ zustande gekommen sein. Auch die Behauptung, daß die Arbeiter nach einer eventuellen Stabilisierung marodieren, mutet einen etwas komisch an, wenn man weiß, daß die Bahnärzte oft wirklich fränke Leute in die Arbeit schiden. Ja man muß sich noch fragen, aus was rekrutiert sich denn eigentlich das große Heer von Dienern und Unterbeamten auf der Eisenbahn? Doch fast durchwegs aus dem Arbeiterstande. Wenn da die Behauptungen in Bezug auf Kranksein und Wenigerleisten zutreffen würden, dann wäre es doch kaum möglich, daß die Eisenbahn überhaupt bestehen könnte. Man sieht also hier ein geradezu durch nichts gerechtfertigtes, parteiisches Vorgehen gegen die Werkstättenarbeiter.

Wenn nun der Herr Eisenbahnminister wirklich und ernstlich will, daß die Arbeiter gut verdienen, damit sie sich kräftig nähren und gesunde Kinder haben können, weil das im Interesse unseres Vaterlandes gelegen ist, wie er der Deputation vom 4. Februar erklärte, dann schaffe er die Grundlage zu einer guten Lohnautomatik, setze angemessene Grundlöhne fest, und lasse vor allen Dingen dieses längt überholte und eines staatlichen Unternehmens unwürdige Affordsystem verschwinden, dann wird er als Mann der Wissenschaft im Dienste der Menschheit wirklich ein gutes Werk geschaffen haben.

Die moderne Arbeiterbewegung und ihre Gegner.

Die erfolgreich und zielbewußt sich betätigende Arbeiterbewegung hat zahlreiche Gegner, welche verschiedene Mittel und Waffen in Anwendung bringen, um diese zu bekämpfen. Solange die Arbeiterbewegung in ihren Anfängen war, so lange wurde sie von den Gegnern unterschätzt. Es wurde allgemein angenommen, daß sie nur eine vorübergehende Erscheinung ist oder daß es möglich sein wird, sie durch eine ganz bescheidene Verbesserung der Verhältnisse so schnell als möglich wieder zu beseitigen; im schlimmsten Falle, so dachten die Gegner, wird es möglich sein, die Arbeiterbewegung durch brutale Gewalt zu unterdrücken. Doch alle diese Träume und Prophezeiungen, welche das Verschwinden der Arbeiterbewegung voraussetzten, wurden durch die Entwicklung des Kapitalismus widerlegt.

Die Arbeiterbewegung konnte gar nicht eine vorübergehende, durch billige Zugeständnisse von sich selbst verschwindende Erscheinung sein; denn deren Ursachen beruhen viel zu tief auf der kapitalistischen Produktionsweise. Die Lebensverhältnisse der arbeitenden Klassen werden immer teurer, wegen der Löhne nicht im Verhältnis zu der Lebensmittelerhöhung steigen. Diese einfache Konstatierung der nackten Tatsachen wurde von den Gegnern als eine Lüge, als eine Verheißung des arbeitenden Volkes deklariert, ohne aber daß diese Erscheinungen durch diese bürgerliche Denunziation aus der Welt geschafft werden konnten. Es kann nicht bestritten werden, daß die Lohnerhöhungen bei weitem hinter der stetig zunehmenden Teuerung aller Lebensmittel zurückbleiben und daß daher von einer verhältnismäßigen Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft in Wirklichkeit nicht die Rede sein kann; es läßt sich auch nicht bestreiten, daß die Folge davon ist, daß das arbeitende Volk sich immer noch — ja noch immer mehr — mit billigeren, daher auch schlechteren und ungesunden Wohnungen und Gebrauchsgegenständen, ja auch mit billigeren, schlechteren und daher ungesunden Surrogaten der Lebensmittel begnügen muß. Ist es daher zu verwundern, wenn die Arbeiter anstatt billiger, aber ungesunder Wohnungen und Lebensmittel lieber den Kampf wählt, um einer weiteren Verschlechterung seiner Lage entgegenzutreten? Und wenn die Arbeiterschaft endlich einzusehen lernt, daß eine eingreifende Verbesserung ihrer Lage unter der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung durch die kapitalistische Entwicklung und Ausbeutung gestört wird, dann ist es gewiß nur der Selbsterhaltungstrieb, der sie zum

Kampfe gegen die heutige kapitalistische Produktionsweise treibt.

Die bürgerliche Gesellschaft verüßelt es der Arbeiterbewegung, daß sie es wagt, gegen die Ausbeutung Stellung zu nehmen, denn dadurch werden die Existenzbedingungen der kapitalistischen Gesellschaft an ihrer empfindlichsten Stelle berührt. Gerade die verschworensten Feinde der Arbeiterschaft, die Kapitalisten, wenden die verwerflichsten Mittel an, um die Arbeiterbewegung gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem zu unterdrücken. Die Kapitalisten, Fabrikanten und Grundbesitzer umfassen weite, von ihnen abhängige Kreise der Bevölkerung, welche sie in ihrem Kampfe gegen die Arbeiterschaft mobilisieren und die ihnen des öfteren zu Hilfe eilen. Doch dieser abhängige Teil der Bevölkerung ist genau so durch das Kapital ausgebeutet wie die Lohnarbeiter, zu denen er sich infolge der Ausbeutung immer mehr nähert, und es wird und muß die Zeit kommen, wo diese Kreise zur Erkenntnis kommen und nicht mehr gegen die Arbeiterschaft kämpfen, sondern ihr vielmehr Gefolgschaft als Verbündete in dem Befreiungskampfe leisten werden. Daß die Mehrzahl der Bevölkerung — sowohl Lohnarbeiter wie auch der abhängige Mittelstand — durch das Kapital ausgebeutet wird, das bestätigte vor ganz kurzer Zeit wieder einmal der berühmte Vertreter des Kapitalismus, der amerikanische Millionär J. P. Morgan auf eine überaus drastische Weise. In seiner Rede sagte er unter anderem: „Die Großkapitalisten und die industriellen Führer sind Ausbeuter und deren Millionen auf eine ungehörige Weise erworbener Gewinn. In der heutigen Zeit, unter dem herrschenden kapitalistischen Wirtschaftssystem können wir nicht reich werden, wenn wir das Volk nicht ausbeuten würden. Jeder von uns Millionenären hat es so gemacht. Zugewinnen ist mein Gewissen erwacht und ich habe mich entschlossen, meinen Raub — es ist nichts anderes — dazu zu benutzen, um dieses verfluchte System, durch welches dieser Raub ermöglicht wurde, zu beseitigen. Ich glaube nicht an sogenannte Humanitätsinstitutionen, denn diese sind nichts anderes als Agenturen zur Verarmung des Volkes.“

Die Behauptung des kämpfenden Proletariats, daß das soziale Glend und der Klassenkampf zu tief in dem heutigen „verfluchten“ Wirtschaftssystem wurzeln, als daß man sie durch solche Verharmlosungsmanöver, Wohlfahrtseinrichtungen oder ähnliche Dinge abschaffen könnte, findet die Bestätigung seitens eines Mannes, der auf diesem Gebiet sich doch auskennt. Aber auch gegen die religiösen Theorien der bürgerlichen Gegner sind die Worte des amerikanischen Millionärs gerichtet. Die an der Ausbeutung der breiten Volksmassen interessierten Kreise haben es verstanden, durch geschickte Ausnutzung der Instinkte der Massen, durch religiöse Zuträgen, diese gegen die moderne Arbeiterbewegung aufzustacheln. Sie sind bemüht, die Klassengegensätze zu verschleiern, sie predigen dem arbeitenden Volke Nüchternheit und Geduld, um zum Schluß die befohlene und verordnete Arbeiterbewegung, die Bewegung der christlichen Arbeiterschaft, im Kampfe gegen die Befreiung des Klassenbewußten Proletariats auszunutzen. Es ist notwendig, festzustellen, daß auch schon aus dem bürgerlichen Lager Stimmen gegen eine Zersplitterung der Arbeiterbewegung laut werden.

Der evangelisch-soziale Kongreß, welcher im Mai 1910 in Chemnitz tagte, ist ein Zeichen dafür, daß man die Unfruchtbarkeit eines Kampfes gegen die moderne Arbeiterbewegung einzusehen beginnt; man hat schon auch eingesehen, daß die immer hervortretenden Klassengegensätze auf die Dauer nicht geleugnet werden können. Anstatt diesen gerechten Befreiungskampf der Arbeiterschaft zu unterstützen, zumindest aber nicht zu erschweren, wurde auf diesem christlichen Kongreß eifrig nach neuen Mitteln gefahndet, um den Befreiungskampf der Arbeiterschaft zu unterbinden. Trotzdem wurde aber manches nützliche Wort gesprochen. Professor Gregory aus Leipzig erklärte sogar, daß das Christentum nicht im Gegensatz zu der Revolution stehe. Die christlichen Christen sind immer auf Seiten der Revolutionäre gestanden. Die Revolution ist ein göttliches Recht gegen die Unterdrückung von Menschen. Während des Kongresses wurden mehrere Arbeiterversammlungen abgehalten, bei welchen es zu sehr interessanten Debatten kam. So zum Beispiel erklärte Pastor Mensing aus Halle, daß es ein Skandal ist, wenn Geistliche es versuchen, die Arbeiterbewegung durch die Gründung von christlichen Arbeitervereinen zu zersplittern. Und Pastor Fuchs aus Müßelsheim erklärte, daß er tausendmal lieber seine Stimme einem Sozialdemokraten gibt als einem der Arbeiterschaft feindlichen Kandidaten.

Sollen auch die Gegner der modernen Arbeiterbewegung unternehmen, was ihnen beliebt; sollen sie sich eines verkehrten Mittels nach dem andern bedienen, die Entwicklung dieser Arbeiterbewegung sind sie nicht imstande zu hemmen, sie wird alle Schwierigkeiten überwinden und die Arbeiterschaft zum Siege führen. Die Bestrebungen der Gegner werden aber die organisierte Arbeiterschaft zu einem noch größeren Eifer anspornen und die lauen und indifferenten Arbeiter zur Mitarbeit bewegen. Und je mehr die Bestrebungen der bürgerlichen durch Regierungen, durch den ihr zur Verfügung stehenden Apparat der Gerichtsbarkeit, des Militarismus, der Religion und der Schule unterstützt werden, desto größer wird für das Proletariat das Agitationsfeld; die Reihen der proletarischen Klassenkämpfer werden immer mehr und mehr wachsen, bis der Sieg der Menschheit die Befreiung von der Ausbeutung und Unterdrückung bringen wird.

An alle Krankenkassenmitglieder der Glühbahn.

Abänderung der bestehenden Bestimmungen über die Krankmeldung der Familienangehörigen von Krankenkassenmitgliedern.

In der Zirkulariensammlung A wurde nachstehendes Zirkular veröffentlicht, welches mit 1. Mai 1911 in Wirksamkeit tritt. Diese Abänderung wurde in der letzten Krankenkassenversammlung beschlossen.

*) Siehe „Eisenbahner“ Nr. 10 und 11.

Nr. 2614/Nr. R. ex 1910.

121.

An alle Herren Dienstabteilungs-, Betriebsinspektors- und Lokalbörse sowie an sämtliche Herren Bahnärzte der österreichischen Linien der Südbahn samt Nebenlinien.

Unentgeltliche Angehörigenbehandlung.

Mit Art. 268 A 1910 wurde die Verfügung getroffen, daß zur Inanspruchnahme der unentgeltlichen bahnärztlichen Behandlung für erkrankte Familienangehörige von Familienmitgliedern die Vorbringung eines Krankenzettels (Form. Nr. R. 6a) erforderlich ist.

Dieser Modus hat sich als zu schwerfällig erwiesen und daher praktisch nicht bewährt.

Wir finden uns daher bestimmt, in teilweiser Abänderung des erwähnten Zirkulars nachstehendes mit Wirksamkeit vom 1. Mai 1911 anzuordnen:

1. Die Ausstellung der roten Krankenzettel (Form. Nr. R. 6a) im Falle der Erkrankung von Familienangehörigen von Familienmitgliedern hat zu entfallen.

2. Familienangehörige von dem Beamtenstande nicht angehörenden Familienmitgliedern, welche eine Legitimation zur Lösung von Fahrkarten zum Regiepreise besitzen, haben ihre Berechtigung zur Inanspruchnahme der unentgeltlichen bahnärztlichen Behandlung gegenüber dem zuständigen Bahnarzt durch Vorweisung ihrer Legitimation nachzuweisen.

Sodern es sich um Kinder handelt und ein Zweifel in der Hinsicht obwaltet, ob die statutarische Altersgrenze noch nicht überschritten ist, wird die bezügliche Feststellung dem Bahnarzt überlassen.

Identitätskarten allein genügen nicht zum Nachweise der Anspruchsberechtigung.

3. Für solche anspruchsberechtigte Familienangehörige von dem Beamtenstande nicht angehörenden Familienmitgliedern, welche keine Legitimation zur Lösung von Fahrkarten zum Regiepreise besitzen, können die betreffenden Familienmitglieder bei ihrem Lokalbörse eigene Legitimationskarten (Form. Nr. R. 45), womit die Berechtigung zur Inanspruchnahme der unentgeltlichen bahnärztlichen Behandlung bescheinigt wird, begeben.

4. Als Nachweis der Anspruchsberechtigung bei Angehörigen von Familienmitgliedern, die dem Beamtenstande angehören, gilt ausschließlich die sub 3 bezeichnete Legitimationskarte (Form. Nr. R. 45). Eine Legitimation zur Lösung von Fahrkarten zum Regiepreise kann mit Rücksicht darauf, daß ein großer Teil der Beamten der Krankenkasse als Mitglieder nicht angehören, als ein solcher Nachweis nicht angesehen werden.

Die Legitimationskarte erhält die Nummer des Ausnahmsscheines des betreffenden Familienmitgliedes, ihre Ausfertigung ist im Statusbuch in der Rubrik „Anmerkung“ kurz zu vermerken. Alle Eintragungen in die Legitimationskarte dürfen nur vom Lokalbörse selbst oder dem von ihm beauftragten Organ auf Grund der Dienststellen, beziehungsweise des Statusbuches (Form. Nr. 1) vorgenommen werden. Dem Namen des Familienmitgliedes ist stets die Dienst-eigenschaft beizufügen. Bei Bezeichnung der anspruchsberechtigten Familienangehörigen (§ 18, Abs. 4 und 5 des Statuts) genügt die Eintragung des Vornamens; bei Kindern ist ausnahmslos auch das Geburtsdatum anzuführen. Die Legitimationskarte gelten nur für die Dauer von sechs Monaten vom Tage der Ausstellung an gerechnet, können aber nach Ablauf der ersten Gültigkeitsdauer durch Ausdruck der Stempel der Dienststelle und handschriftliche Unterfertigung seitens des Lokalbörse an den auf der Rückseite vorgesehenen Stellen sechsmal für je ein weiteres halbes Jahr prolongiert werden.

Bei Prolongation der Legitimationskarte sind die auf der Vorderseite enthaltenen Eintragungen genauestens zu revidieren und eventuell richtigzustellen. Sollte ein im Besitze einer Legitimationskarte befindliches Familienmitglied aus dem gesellschaftlichen Dienste ausscheiden, so ist ihm diese vor Übergabe seiner Dokumente abzunehmen. Sollte dies aus welchen Gründen immer nicht möglich sein, so ist sofort dem zuständigen Bahnarzt hiervon Mitteilung zu machen. Abgenommene Legitimationskarten sind zu vernichten.

Heber jeden Mißbrauch der Legitimationskarte ist sofort dem Bureau für Kranken- und Unfallversicherung zu berichten.

Nach den obigen zur Erleichterung des Verkehrs zwischen Familienmitgliedern und Bahnärzten getroffenen Verfügungen obliegt es nunmehr im allgemeinen den ersteren selbst, im Falle der Erkrankung von Familienangehörigen für die Beschaffung der ärztlichen Hilfe zu sorgen. Die Herren Lokalbörse sind jedoch verpflichtet, hierbei den Bediensteten insbesondere dann, wenn diese nicht im Domizil des Bahnarztes wohnen, die größtmögliche Unterstützung (zum Beispiel durch dienstliche, telegraphische oder telefonische Verständigung des Bahnarztes etc.) angedeihen zu lassen.

Den Familienmitgliedern hingegen wird es in ihrem eigenen Interesse zur Pflicht gemacht, ihre erkrankten Angehörigen in allen Fällen, in welchen es ihr Zustand gestattet, zum Besuche der bahnärztlichen Ordination zu verhalten, damit sich die Herren Bahnärzte, die durch die Einführung der obligatorischen Angehörigenbehandlung eine bedeutende Mehrarbeit zu bewältigen haben, nicht durch ungerechtfertigte Verurteilungen mit Recht beschwert fühlen können.

Bei dieser Gelegenheit sei auch nochmals darauf hingewiesen, daß die Familienmitglieder lediglich auf die freie Behandlung ihrer Angehörigen durch den Bahnarzt Anspruch haben. Nur in dringenden Fällen kann bei Verhinderung des Bahnarztes für den ersten Besuch ein fremder Arzt gerufen werden; die hierfür erwachsenden Kosten trägt die Krankenkasse.

Dieses Zirkular ist allen Familienmitgliedern sofort in geeigneter Weise zur Kenntnis zu bringen. Sonderabdrücke sind ebenso wie die Druckform „Legitimationskarte“ (Form. Nr. R. 45) mittels blauen Bezugsscheines beim Bureau für Kranken- und Unfallversicherung in Wien anzusprechen.

Wien, am 22. März 1911.

Für den Ausschuß:

Der Obmann: Dr. Hermann m. p.

Dieses vorstehend abgedruckte Zirkular wurde den Herren Bahnärzten mit folgendem Begleitschreiben zur Information zugesendet.

R. f. priv. Südbahn-Gesellschaft.

Nr. 2615 Nr. R. 10.

An sämtliche Herren Bahnärzte!

Wir übersenden Ihnen in der Anlage einen Sonderabdruck des Zirkulars Nr. 2614 Nr. R. ex 1910, mit welchem die Verfügung getroffen wird, daß ab 1. Mai 1911 die Krankmeldung von Familienangehörigen der Familienmitglieder bei dem zuständigen Bahnarzt im allgemeinen nicht mehr durch den Lokalbörse, sondern durch das Familienmitglied selbst zu erfolgen hat. Infolgedessen werden die mit Zirkular 268 A 1910 eingeführten roten Krankenzettel (Form. Nr. R. 6a) nicht mehr zur Verwendung gelangen.

Die unentgeltliche bahnärztliche Behandlung in Anspruch nehmenden Familienangehörigen haben jedoch, um einen Mißbrauch der Institution zu verhindern, ihre Anspruchsberechtigung dem zuständigen Bahnarzt gegenüber nach-

zuweisen. Der Vollständigkeit halber zitieren wir im nachstehenden die in dem eingangs erwähnten Zirkulare getroffenen Bestimmungen.

1. Familienangehörige von dem Beamtenstande nicht angehörenden Familienmitgliedern, welche eine Legitimation zur Lösung von Fahrkarten zum Regiepreise besitzen, haben ihre Berechtigung zur Inanspruchnahme der unentgeltlichen bahnärztlichen Behandlung gegenüber dem zuständigen Bahnarzt durch Vorweisung ihrer Legitimation nachzuweisen.

Sodern es sich um Kinder handelt und ein Zweifel in der Hinsicht obwaltet, ob die statutarische Altersgrenze noch nicht überschritten ist, wird die bezügliche Feststellung dem Bahnarzt überlassen.

Identitätskarten allein genügen nicht zum Nachweise der Anspruchsberechtigung.

2. Für solche anspruchsberechtigte Familienangehörige von dem Beamtenstande nicht angehörenden Familienmitgliedern, welche keine Legitimation zur Lösung von Fahrkarten zum Regiepreise besitzen, können die betreffenden Familienmitglieder bei ihrem Lokalbörse eigene Legitimationskarten (Form. Nr. R. 45), womit die Berechtigung zur Inanspruchnahme der unentgeltlichen bahnärztlichen Behandlung bescheinigt wird, begeben.

3. Als Nachweis der Anspruchsberechtigung bei Angehörigen gilt ausschließlich nur die sub 2 bezeichnete Legitimationskarte (Form. Nr. R. 45). Eine Legitimation zur Lösung von Fahrkarten zum Regiepreise kann mit Rücksicht darauf, daß ein großer Teil der Beamten der Krankenkasse als Mitglieder nicht angehören, als ein solcher Nachweis nicht angesehen werden.

Zu den obigen Punkten bemerken wir folgendes:

Unter Legitimation zur Lösung von Fahrkarten zum Regiepreise sind ausschließlich rote Legitimationen für Frauen und Kinder von aktiven Eisenbahnbefehlshabern oder rote Legitimationen mit beigefügtem Rade für Frauen und Kinder von Eisenbahnarbeitern und Tagelöhnern mit mindestens zehnjähriger Dienstzeit, oder graue temporäre Regieartenlegitimationen verstanden.

Identitätskarten allein, welche die Angehörigen aller Bedienstetenkategorien ohne Unterschied der Dienstzeit der betreffenden Bediensteten erhalten können, eignen sich aus dem Grunde nicht für unsere Zwecke, weil sie nicht in Evidenz geführt und den Bediensteten beim Ausscheiden aus dem Dienst nicht abgenommen werden. Angehörige, welche sich nicht in einer der sub 1 bis 3 angeführten Art und Weise legitimieren können oder Legitimationskarten vorweisen, deren Gültigkeitsdauer erloschen ist, sind auf Kosten der Krankenkasse nicht in Behandlung zu nehmen. Nur in Ausnahmefällen und nur dann, wenn dem Bahnarzt die Anspruchsberechtigung der betreffenden Person zweifellos bekannt ist, könne hiervon abgesehen werden.

Sollte dem Bahnarzt der Mißbrauch einer Legitimationskarte, insbesondere deren Veräußerung durch andere als die berechtigten Personen bekannt werden, so ist hierüber umgehend die Anzeige an das Bureau für Kranken- und Unfallversicherung in Wien zu erstatten. Infolge Auflassung der roten Krankenzettel erscheint es nicht mehr möglich, die behördlich vorgeschriebene Krankenstatistik über Angehörige von Familienmitgliedern ohne die Führung von Krankenrapporten seitens der Herren Bahnärzte zu erstellen. Um jedoch die Herren Bahnärzte nicht mit zeitraubenden Schreibarbeiten zu belasten, haben wir für Familienangehörige eigene Rapporte (Form. Nr. R. 46 und 46a) auslegen lassen, in welchen nur für jene Daten Rubriken vorgegeben sind, die wir unbedingt benötigen. Wir ersuchen jedoch dringend, diese wenigen Rubriken gewissenhaft und genauestens auszufüllen.

Da sich die Statistik nur auf die Zahl der Behandlungsfälle, nicht aber auch auf die Anzahl der Krankheitstage erstreckt, so sind in den jeweiligen Monatsrapport nur jene Personen aufzunehmen, welche in dem Berichtsmonat zugefallen sind. Aus dem gleichen Grunde wird ein Patient, der im Laufe der gleichen, ununterbrochen andauernden Krankheit aus der häuslichen in die ambulante Behandlung (oder umgekehrt) übernommen wird, nur einmal im Rapport auszuweisen sein.

Die Rapporte über Familienangehörige können, um den Herren Bahnärzten die Herstellung gepauster Kopien zu ermöglichen, auch mit Bleistift geschrieben sein und sind; wie die Rapporte über Familienmitglieder, spätestens am 5. eines jeden folgenden Monats an das Bureau für Kranken- und Unfallversicherung in Wien einzusenden.

Die obigen Verfügungen treten mit 1. Mai 1911 in Kraft.

Wien, am 22. März 1911.

Für den Ausschuß:

Dr. Hermann, Obmann.

Kreuz und quer unter den Eisenbahnern in Deutschland.

(Eigenbericht des „Eisenbahner“.)

VI.

(Konferenz der Arbeiterausschüsse der Württembergischen Verkehrsanstalten. — Neue Bestimmungen über die Nebengebühren des Zugbegleitpersonals in Preußen. — Eisenbahnarbeiter. — Forderung einer reichsgesetzlichen Regelung der Dienst- und Ruhezeiten des Eisenbahnpersonals. — Versuche mechanischer Zugführung in Preußen. — Eine Vollbahnlokomotive mit elektrischem Betrieb.)

Am 5. Februar fand eine Konferenz der Arbeiterausschüsse, einberufen vom Staats- und Gemeindegewerksverband, dem Metallarbeiterverband und dem Süddeutschen Eisenbahnerverband in Cannstatt statt. Es handelt sich um die im Etat 1911/12 vorgesehene Lohnerhöhung und um die von der Regierung geplante Errichtung einer eigenen Versicherungsanstalt. Referent zu diesen beiden Punkten war Z. Ernst, der Gauleiter des Süddeutschen Eisenbahnerverbandes. Die Konferenz war von Vertretern aus allen Gegenden des Schwabenlandes besucht. Nach dem im Etat vorgesehenen Sätzen sollen die im Tagelohn beschäftigten Arbeiter nur 20 Pf. pro Tag mehr erhalten, die Affordarbeiter aber ganz leer ausgehen. Hiergegen wendete sich die Konferenz in ganz entschiedener Weise und forderte in einer längeren Resolution eine höhere allgemeine Aufbesserung der Löhne. Auch wandte sich die Konferenz gegen die Schaffung einer eigenen Versicherungsanstalt für die Arbeiter bei den württembergischen Verkehrsanstalten, da die Errichtung einer derartigen Kasseineinrichtung eine Zersplitterung der Invalidenversicherung bedeuten würde.

Am 2. Februar hat der preussische Eisenbahnminister neue Bestimmungen über die Nebengebühren des Zugbegleitpersonals erlassen und damit besonders hervorgetretene Härten bei der Umformung des Kilometergeldes in Stundengeld einigermaßen beseitigt. Der Erlaß des Ministers ermächtigt die königlichen Eisenbahndirektionen, daß in allen denjenigen Fällen, in

welchen die Fahrbediensteten die Gebühren nach den alten Vorschriften erhalten, wenn diese niedriger sind als die jetzigen neuen, vom 1. Oktober vorigen Jahres die Gebühren nach den jetzt neu herausgegebenen Vorschriften gewährt werden sollen. Die Differenz zwischen den alten und neuen Gebühren für die Monate Oktober bis einschließlich Dezember vorigen Jahres soll alsbald nachgezahlt werden. Ferner sollen die etatmäßigen Pächmeister (noch 668) vom 1. Oktober v. J. ab die Stundengelder für Zugführer erhalten. Die Dienststrafen (in den D-Bügen) erhalten vom 1. Mai l. J. ab anstatt der Stundengelder einen festen Lohnzuschlag, der 7 Pf. für die Stunde nicht übersteigen darf. Ferner erhalten die Triebwagenführer die Stundengeldsätze für den Zugführerdienst. Die Stundengelder für Schaffner, welche Zugführerdienst versehen, betragen vom 1. Februar 1910 ab: a) im Personenzugsdienst auf Hauptbahnen 10 Pf., b) im Güterzugsdienst und bei den Zügen auf Nebenbahnen 9 Pf.

In Preußen und Baden sind neue Bestimmungen über die Abhaltung von Unterrichtskursen zur Ausbildung des Personals in der ersten Hilfeleistung herausgegeben worden. Während sich die Bestimmungen in Baden nur auf die Unterrichtskurse beschränken, fordern die in Preußen, daß im Samariterdienste soviel Mannschaften ausgebildet werden müssen, als zur Begleitung der Hilfszüge bestimmt sind. Aber auch in allen Werkstätten, unter dem Zugpersonal und auf den Stationen, auf denen Hilfsgerätwagen aufgestellt sind oder wo sonst es nötig erscheint, müssen ausgebildete Samariter vorhanden sein. Der Unterricht soll grundsätzlich durch das Zugpersonal der Verwaltung erteilt werden. Im letzten Jahr waren insgesamt 16.441 im Samariterdienste ausgebildete Eisenbahner in Preußen vorhanden; davon entfielen 3262 auf den Direktionsbezirk Saarbrücken, 1208 auf den Bezirk Elberfeld, 1002 auf Halle, 950 auf Essen, 792 auf Altona u. s. w. Auf das Zugpersonal (30.000: Zugführer, Pächmeister und Schaffner) kamen nur 2117, weshalb der Minister empfiehlt, besonders dieses mehr zur Ausbildung im Rettungsdienste heranzuziehen.

Eine reichsgesetzliche Regelung der Dienst- und Ruhezeiten des Eisenbahnpersonals fordert eine dem deutschen Reichstage zugegangene Petition. Sie geht aus vom Kartell der Verbände Sächsischer und Süddeutscher mittlerer Eisenbahnbeamter (Sitz Leipzig). Es haben sich dem Gesuche aus allen Bundesstaaten 18 Vereine angeschlossen. In der Petition wird gefordert: Festlegung der Dienstzeiten nach Durchschnittswochen; Maximaldichte von 14 Stunden für Haupt- und 15 Stunden für Nebenbahnen; Ruhezeiten zwischen zwei Schichten zwölf Stunden, wenn sie auf Nachtdienst folgt; mindestens zehn vor durchgehendem Nachtdienst, aber nicht unter acht; im übrigen sechs Stunden; jährlich 52 Ruhetage (ein Drittel an Sonn- und Festtagen) ohne Einschränkung des Urlaubes, wöchentlich höchstens dreimal Nachtdienst; Mitwirkung des Personals bei der Aufstellung der Dienstpläne.

Das Ergebnis der bis jetzt angestellten Versuche mechanischer Zugführung in Preußen ist noch sehr unbefriedigend. Bei den in den Eisenbahndirektionsbezirken Hannover, Danzig und Breslau angestellten Versuchen mit dem von Braunschen Zugführungsapparat ist festgestellt worden, daß die Wirkung der Einrichtung bis jetzt unsicher ist. In Hannover mußten die Versuche nach 14tägigem Probetrieb eingestellt werden, weil die Streckenanschlüsse derart beschädigt und verbogen waren, daß sie nicht im Geleise gelassen werden konnten. In dieser kurzen Zeit sind aber viele Verjager beobachtet worden. In Danzig versagte die Einrichtung unter anderem an einer Lokomotive in zwölf Tagen neunmal. In Halle sind bei 50 Schnell- und Personenzügen, die im Monat Oktober mit der Einrichtung befördert worden, bei elf Zügen Verjager gemeldet worden, und zwar bei 1 Zug 1 Verjager, bei 6 Zügen 2, bei 1 Zug 3, bei 2 Zügen 5 und bei 1 Zug 8 Verjager. Bei einer vor kurzem vorgenommenen Probefahrt kamen auf der Strecke von Jüterbog bis Bitterfeld bei 18 mit solchen Einrichtungen versehenen Signalen sechs Verjager vor. Auch sind in den Bezirken Hannover, Stettin und Breslau Versuche mit einem elektrischen Signalmelder von Siemens u. Halske gemacht worden, der zur Ankündigung eines Vorfalles auf der Lokomotive ein hörbares und sichtbares Zeichen gibt. Auch hierbei traten verschiedene Mängel auf. Nach mehrfachen Verbesserungen sind die Versuche erheblich günstiger ausgefallen. Die preussische Eisenbahnverwaltung wendet der Gewinnung eines Zugführungsapparats, der geeignet ist, die Lokomotivführer bei der Beobachtung der Streckensignale zu unterstützen, die vollste Aufmerksamkeit zu. Dagegen befürchten die Lokomotivführer, daß sie im Vertrauen auf die mechanischen Hilfsmittel dazu verleitet werden könnten, die Beobachtung der Strecke weniger sorgfältig auszuführen. Das hat etwas für sich, aber es wäre doch zweifellos ein großer Fortschritt, wenn die Zugführungsapparate so vervollkommen würden, daß ein Unglück nach menschlichem Ermessen zur Unmöglichkeit wird. Für unsere österreichischen Kollegen werden die Versuche auf diesem Gebiete ein großes Interesse haben, denn auch sie sind vor schweren Eisenbahnunfällen keinen Augenblick sicher, trotz der „mustergültigen“ Sicherheitsvorrichtungen auf den k. k. Staatsbahnen.

Die erste preussische Vollbahnlokomotive mit elektrischem Betrieb hat sich bei den Versuchen auf der Strecke Dessau-Bitterfeld sehr gut bewährt. Es wurde mit einem Versuchszug von 260 Tonnen anstandslos eine Geschwindigkeit von 105 Kilometer in der Stunde erreicht. Das schnelle Anziehen der Lokomotive und der ruhige Lauf, auch bei hoher Fahrgeschwindigkeit, wurde allgemein anerkannt. Demnächst soll eine Fahrgeschwindigkeit von 120 Kilometer in der Stunde angestrebt werden. Der gänzliche Übergang zum elektrischen Betrieb auf der Strecke Dessau-Bitterfeld wird nach dem günstigsten Ergebnisse dieser Probefahrten in Kürze zu erwarten sein. Das ist der Anfang einer beginnenden technischen Umwälzung im Eisenbahnbetrieb. Dann ade, du edles Dampfgeschloß! Dein Wändiger wird seine Rolle vertauschen müssen....

Chemnitz (Berlin).

Leset die „Arbeiter-Zeitung“!

Die Gruppenvertretung und die Eisenbahnerorganisation in Holland.

(Eigenbericht des „Eisenbahner“.)

In meinem vorigen Artikel habe ich schon die Bekämpfung unserer Organisation seitens der Regierung dargestellt. Es hat vielleicht Bedeutung, eines der Kampfmittel — die Gruppenvertretung — etwas genauer zu betrachten.

Allmählich sucht man die Mittel, womit man die Arbeiter mit vertrauenswürdigem Gesicht bekämpfen kann. Man fürchtet, daß sie sonst sich politisch entschädigen werden für das ökonomische Leiden. Und nicht umsonst. Solch eine Wuchtwaffe ist die Gruppenvertretung.

Sie ist dargestellt als eine Kompensation für das Streikrecht, das den Eisenbahnern genommen ist. So sagt man den Eisenbahnern und deren politischen Vertretern. Und zu seinen Freunden sagt derselbe Mund — und dann spricht er aufrichtig — sie wird das Eisenbahnerpersonal in ihren Organisationen hoffnungslos verteilten und der Niederländischen Vereinigung die Mittel für eine erfolgreiche Agitation nehmen.

Das Personal jeder Gesellschaft hat man in 15 Gruppen verteilt, je nach der Stelle, welche man bekleidet. So hat man eine Gruppe der oberen Beamten, eine der Stationsbeamten, eine der Bureaubeamten, der Stationsarbeiter, des Rangierpersonals, des Streckenpersonals, der Zug-, der Lokomotivbeamten, der Stations-, des Verpflegungspersonals u. s. w. Wenn man Beschwerden bei der Direktion einbringen will, welche nicht individueller Art sind, so muß man diese dem Ausschuss (Vertretung) von fünf Personen, von den Gruppenmitgliedern gewählt, überreichen. Der Ausschuss sendet die Beschwerden nach der Direktion und bekommt die Antwort.

Einen Zentralausschuss gibt es jedoch nicht, die Gruppen sind nicht gegenseitig verknüpft, jede ist ein ganz selbständiger Körper. Jeder weiß, daß eine solche Einrichtung gar keine Bedeutung hat, wenn sie nicht von einer Organisation gestützt wird. Die schwächeren und kürzlicheren unter dem Eisenbahnerpersonal, welche sich nicht bei der Niederländischen Vereinigung anschließen wollten, haben sich dann aufgemacht, um hinter jede Gruppe eine, bisweilen selbst zwei oder drei Kategorieorganisationen zu stellen.

Die Zersplitterung der Organisationen ist bald eingehend geworden. Mit Rücksicht auf diesen Umstand hat die Regierung völlig gesiegt.

Sie hat jedoch nicht vorbeugen können, daß bei den Wahlen beinahe überall die Vertreter der Niederländischen Vereinigung siegten. Das Institut, das also dazu dienen sollte, um unsere Organisation zu töten, war bald ihre Kriegsgefangene, und es ist selbstverständlich, daß die Gefangene manche Zwangsarbeit für die Niederländische Vereinigung auszuführen hat.

War also der Zweck der Regierung, das Personal zu desorganisieren, erreicht, der größere Zweck, der verhassten Organisation die Arbeit zu nehmen, ist gescheitert.

Auf jedem Kongress, von unserer Gewerkschaft zusammengerufen, wurde des ersten Umstandes wegen immer der Antrag an die Regierung gestellt, daß die Arbeit der Gruppenvertretung wieder eingestellt werde und die Direktionen mit der Gewerkschaft unterhandeln. Und auch die Eisenbahndirektionen wünschten ihre Aufhebung, da sie doch nicht imstande sind, die Niederländische Vereinigung lahmliegen zu lassen und sie obendrein eine sehr teure Einrichtung ist.

Die christlichen Organisationen, im Jahre 1903 nach dem Generalstreik als Streikbrecherorganisationen errichtet, bedienten sich ebenfalls nur wenig der Gruppenvertretung, da sie ja in den Händen der feindlichen Organisation war. Sie wollten ebenso ihre Abschaffung.

Im Parlament wurde von sozialdemokratischen sowie von christlichen Mitgliedern manchmal bei der Regierung darauf gedrungen, daß sie die Gruppenvertretung wieder abstellen möge.

Dies hat sie jedoch nicht getan. Es sei immer die Schuld der Niederländischen Vereinigung, daß die glänzende Erfindung so übel wirke; wäre dies nicht der Fall, so hätte das Institut viel zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen des Personals beitragen können. Jetzt aber mißbrauche die Niederländische Vereinigung sie nur zur Unterbreitung ihrer Klassenkampfsideen und werden nichtorganisierte und Mitglieder der christlichen und kategorischen Organisationen bei ihren Ansprüchen zurückgewiesen. Wieso diese Vorwürfe sehr übertrieben und größtenteils unwahr sind, so ist doch sicher, daß unsere Organisation völlig alles kontrollieren konnte, was die Gruppenvertretung für das Personal erreicht und besonders, was sie nicht erreichte. Und sie hat nicht unterlassen, jedesmal darauf hinzuweisen, daß nichts, jedenfalls nichts von Bedeutung erreicht wurde.

Sie hat das Personal gelehrt, daß keine Gruppenvertretungen, keine kleinen kategorischen Organisationen ihnen helfen kann, sondern nur Macht, immer größere Macht dies könne.

Das Personal soll sich nicht vertreten lassen von einem Personalausschuss, sondern von dem Hauptvorstand ihrer Gewerkschaft. Statt der Gruppenvertretungen also Unterhandlungen mit dem Vorstand unserer Organisation.

Die christlichen Gewerkschaften streben ebenfalls die Anerkennung ihrer Organisationen an, bis jetzt ebenso erfolglos wie wir.

Sedoch sind wir jetzt einen großen Schritt weitergekommen auf dem Wege der Aufhebung der Gruppenvertretung und die Hälfte kam von — den Gesellschaften.

Die Gruppenvertreter arbeiten nicht billig. Sie leisteten ihre Arbeit in ihrer Dienstzeit und bedurften dafür vieler Tage Urlaub, welche die Gesellschaften nicht verweigern konnten. Sie haben bis aus äußerster ihre Arbeit genau geleistet. Sie haben viele Versammlungen abgehalten mit ihren Mitgliedern, sie haben manches untersucht, müssen viele Drucksachen anfertigen lassen, eine ausgedehnte Korrespondenz geführt, mit einem Wort: sie haben die Einrichtung weit über den Marktpreis hinaus verteuert.

Wer Beschwerden einbrachte, der war sicher, daß diese genau untersucht und ausführlich erörtert zur Direktion kamen. Und jetzt ist diese Gruppenvertretung beinahe gestorben, ihrer eigenen Vorzüglichkeit wegen.

Die Direktion der S. S. (bei der S. J. S. M. ist sie vor Blutlosigkeit beinahe eingegangen) hat jetzt einen Erlass verhängt, natürlich mit Genehmigung der Regierung, wobei den Gruppenvertretern nur ein Tag Urlaub monatlich gewährt wird, und ich fürchte jetzt ernstlich dafür, daß die Vertreter mit ihrer Arbeit nicht mehr fertig werden können, daß manche Beschwerde, mancher Wunsch nicht weiterkommt als bis zu dem Sekretär der Vertretung. Die Gruppenvertretung liegt dadurch jetzt in ihren letzten Zügen, sie wird bald ganz kaputt sein und begraben in den Archiven des Ministeriums und der Gesellschaften. Die Regierung jedoch weiß ganz genau, daß sie doch etwas haben muß, womit sie der freien Gewerkschaft Konkurrenz machen kann. Jetzt hat sie wieder etwas ganz Neues erfunden. Es wäre am besten — das fühlt jeder — die freie Organisation als die Abfallröhre der Unzufriedenheit zu betrachten; aber das will der Minister nicht, da dies Verstärkung der Macht des Personals bedeutet, und dem will er ja eben vorbeugen.

Darum hat er auch die S. S. vorschreiben lassen, daß wenigstens 25 Personen zusammen sich mit einer Beschwerde gleich an die Direktionen wenden dürfen, wenn diese Beschwerde nicht persönlicher Art ist. Am höchsten drei Personen im Dienste der Gesellschaft ist es dabei gestattet, die Beschwerde bei der Direktion mündlich zu erörtern.

Auf diese Weise wird also eine Verbindung hergestellt zwischen der Direktion und dem Personal, aber ernstlich hat die Regierung gemeint, dabei die Organisation umgehen zu gehen.

Nach dem Wortlaut dieses Erlasses wird das jedoch nicht völlig gelingen. Nur wird es nicht möglich sein, daß die Angehörigen der Organisation oder die Mitglieder des Hauptvorstandes im Dienste einer anderen Gesellschaft eine Ansprache mit der Direktion haben. Aber doch ist es jetzt möglich, daß, wenn die Beschwerdeneinbringer sich um Hilfe an die Gewerkschaft wenden, der Hauptvorstand einige seiner Mitglieder nach der Direktion abordnet, um die Beschwerden zu begründen.

Da jedoch diese neue Regelung erst vor einem Monat in Kraft getreten und noch keine Beschwerde auf diese Weise eingebracht ist, bin ich nicht imstande, ihre Wirkung genau zu durchschauen.

Doch glaube ich, nicht weit von der Wahrheit entfernt zu sein, wenn ich voraussetze, daß die Niederländische Vereinigung gierig diese neue Gelegenheit aufgreift, um ihre Wirksamkeit auszunutzen.

Und auch glaube ich, der Wahrheit noch näher zu sein, wenn ich voraussetze, daß bald ein Nachtragserlass gegeben wird, welcher vorschreibt, daß nur denen gestattet wird, die Beschwerde zu erörtern, die sie überreichen.

Für unsere Organisation ist es ratsam, stets auf der Hut zu sein bei der wechselnden Taktik ihrer Gegner. Das Ziel unserer Taktik demgegenüber ist jedenfalls, dafür Sorge zu tragen, daß die große Masse des Personals in der Niederländischen Vereinigung den Vertretern ihrer Interessen sieht.

Aber die Hauptaufgabe ist nun, dem Personal die Kenntnis beizubringen, daß keine besseren Arbeitsbedingungen, keine eingehenden Verbesserungen eintreten werden, bevor nicht die Organisation eine Macht ist, welche durch den Klassenkampf diese Bestrebungen erringen kann.

Die Arbeitsbedingungen sind jetzt wieder für fünf lange Jahre festgestellt; nach vieler Arbeit der kategorischen Wände sind sie nicht vorteilhafter geworden, ja eher verschlimmert, ungeachtet der großen Teuerung der Lebensmittel.

Das Vertrauen zu diesen Organisationen und zur Gruppenvertretung ist verschwunden.

Für unsere Organisation scheint die rote Sonne glänzender wie je über das Terrain, das wir in den nächsten Jahren zu bearbeiten haben.

Zutphen, im März 1911,

M. J. v. B.

Wahlkampfliteratur.

Die sozialdemokratische Partei ist zuerst auf den Plan getreten mit den geistigen Waffen, die für den Kampf um die Vertretung des Volkes notwendig sind. Schon einige Tage nach der Auflösung des Parlaments konnte der Bericht über die Tätigkeit des sozialdemokratischen Verbandes im Abgeordnetenhaus in die Presse geben. Die sozialdemokratische Partei hat sich beeilt, Rechenschaft abzugeben über das, was sie im Parlament geleistet, erreicht und gehindert hat. Ueber den zweiten Teil der 20. Session, über die letzte Tagungsperiode des Abgeordnetenhauses vom 12. Oktober 1910 bis zum 31. März 1911 gibt der „Bericht über die Tätigkeit des sozialdemokratischen Verbandes im Abgeordnetenhaus“ eingehend Rechenschaft.

Neben den umfangreichen Rechenschaftsberichten veröffentlicht unsere Parteibuchhandlung eine Serie von sozialdemokratischen Werkschriften zum Wahlkampf. Alle im Wahlkampf zur Erörterung gelangenden Probleme werden in diesen kleinen Schriften behandelt. Der Absolutismus der Regierung, wie die Faltung und die Verwandlung der bürgerlichen Parteien, die nationalen Fragen, wie die sozialen Probleme, die militaristischen Pläne wie die schweren Lasten, die den Steuerzahlern schon aufgebürdet wurden, und weiter aufgebürdet werden sollen, die Preistreiberien der Lebensmittelwucherer und der Hausagrarier, die Volksverdummung und Schulverpfassung, das kapitalistische Ausbeutertum und seine Auswucherung des Volkes. Das und noch manches andere wird in kleinen, vollständig gehaltenen Schriften den Wählern vom sozialdemokratischen Standpunkt aus beleuchtet werden. Drei Hefchen sind schon erschienen.

Julius Deutsch behandelt in einem Schriftchen den deutschen Nationalen Volksbetrug, die Missetaten einer sogenannten Volkspartei. Mit Alldutschen und Deutschradikalen, mit

Deutschfortschrittlichen und Deutschen Agrariern wird da abgerechnet. Sie werden als Verräter an der Demokratie und an den Staatsangestellten, als Feinde der Arbeiter und als Protektoren der Lebensmittelwucherer, als geheime Verbündete der Amerikaner, als Glieder der einen reaktionären Masse entlarvt. Den Regierungsknechten und den Militarfrommen, allen Helden der Phrase wird der Spiegel vorgehalten, so daß dieses Schriftchen zur Aufklärung der von den Deutschnationalen umworbenen Arbeiter gutes leisten wird.

Das nationale Problem, die Stellung der Sozialdemokraten zu ihm, das große Problem, vor das nun Hunderttausende Arbeiter gestellt sind, nationaler Kampf oder Klassenkampf, stellt in einem lebendigen Gespräch zwischen einem Studenten und einem Arbeiter Otto Bauer dar. Alle Gründe der Deutschnationalen gegen die Klassenpolitik, all das was die Agitatoren der Völkischen gegen uns zu Felde führen, wird in dieser Schrift glänzend widerlegt. Sie ist geeignet, reichlich Aufklärung zu verbreiten in diesem Wahlkampfe.

In der dritten sozialdemokratischen Werkschrift zum Wahlkampf schildert Friedrich Austerlitz die Wienerhererei. Er zeigt klar, was das System Wienerhererei ist und was es will. Selten ist ein Staatsmann so scharf und treffend auf wenigen Seiten dargestellt worden, wie der deutsche Nationalheld Wienerhererei in diesem Schriftchen. Auch die Kleinlichkeit und Weichheit der deutschen Abgeordneten, ihre Mäglichkeit und ihr Servilismus, ihre kritiklose Bewilligungssucht, ihre Solidarität mit einer Regierung, die allen freilichlichen Traditionen eines freilich heute entwerteten Bürgertums Hohn spricht, werden da dargestellt. Nachgewiesen wird, daß diese Selbstentmannung des deutschen Bürgertums nur zurückzuführen ist auf die Furcht vor den Sozialdemokraten. Austerlitz zeigt, was hinter jenem System der Wienerhererei steckt: Der Haß gegen die Arbeiter, der Haß gegen die Partei der Arbeiter, der Haß gegen die Sozialdemokratie. Deshalb schließt seine Schrift mit der Aufforderung an die Arbeiter: Du hast zu wählen zwischen der in der Wienerhererei vereinigten reaktionären Masse und der Sozialdemokratie. Die Wahl kann und wird hier nicht schwer fallen.

Jedes dieser Schriftchen kostet bloß 6 S., ein größeres zum Preise von 12 S. über die neuen Steuern von Dr. Karl Renner wird in den nächsten Tagen erscheinen. Noch im Laufe dieses Monats werden weitere sozialdemokratische Werkschriften ausgegeben, so von Fritz Austerlitz „S. 14 und von Schwarzrotgold bis Schwarzgelb“, von Otto Bauer, „Moloch und Mammon“, von Adolf Braun, „Arbeiter- und Sozialdemokratie“, von Robert Danneberg, „Militarismus und Staatshaushalt“, von Karl Renner, „Die Lebensmittelteuerung“ und „Landvolk und Sozialdemokratie“, von Alexander Täubler, „Die Christlichsozialen“ u. s. w.

So wird es uns nicht an einem trefflich vorbereiteten Arsenal für den Wahlkampf fehlen, so gehen wir gerüstet mit geistigen Waffen dem Indifferentismus an den Leib. Die Arbeiter, die erkennen, was die bürgerlichen Parteien veräunten, was die Sozialdemokraten geleistet haben, werden sich klar sein, wie sie ihre Stimme abzugeben haben.

Um eine möglichst rasche Erledigung aller Wünsche herbeizuführen, ist es notwendig, die Bestellungen auf die Wahlkampfliteratur sofort an die Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand u. Komp., Wien, VI., Gumpendorferstraße 18 einzusenden, die bei größeren Aufträgen bedeutende Preisermäßigung eintreten läßt.

Inland.

Eisenbahner, achtet auf die Reklamationsfrist! Die Zeit, innerhalb welcher die Wählerlisten zur Einsichtnahme und Reklamation aufliegen, wird durch Kundmachungen auf den öffentlichen Gemeindefesteln bekannt gemacht und dauert volle 14 Tage.

Wer ist wahlberechtigt? Wahlberechtigt ist jeder österreichische Staatsbürger, der zur Zeit der Wahlschreibung bereits durch ein Jahr in der Gemeinde wohnt und 24 Jahre alt ist. Vom Wahlrecht ausgeschlossen kann der Betreffende nicht werden, wenn er oder seine Angehörigen Unterstützung aus Krankentassen, Unfall-, Alters- oder Invalidentassen, unentgeltliche Verpflegung in den öffentlichen Krankenhäusern, die Befreiung von Schulgeld, die Beteiligung mit Lehrmitteln oder mit Stipendien sowie auch Notstandsaußhilfen erhalten haben. (§ 8 der Reichswahlordnung.)

Wie reklamiert man? Die Reklame kann entweder durch den Nichteingetragenen selbst oder durch einen in der Wählerliste enthaltenen Wähler vorgenommen werden.

Zur Reklamation sind alle jene Dokumente erforderlich, die die Zuständigkeit (entweder Arbeitsbuch, Heimatschein oder Militärpaß), das Alter (Geburtschein) und den einjährigen Aufenthalt in der Gemeinde (Meldezettel) nachweisen.

Falls Streichungen (Ginausreklamierungen) aus der Wählerliste von wem immer vorgenommen werden sollten, so ist es Pflicht der Gemeinde, daß der davon Betroffene verständigt wird und hat sich der Betreffende sodann mündlich oder schriftlich binnen 24 Stunden hierüber zu äußern. Die Gemeindevorsteherung ist verpflichtet, jede Reklamation, ob mündlich oder schriftlich, anzunehmen und der Bezirkshauptmannschaft (in Wien Magistrat) kann von demjenigen, der die Reklamation eingebracht hat, oder von der Person, der die gefällte Entscheidung gilt, innerhalb dreier Tage die Berufung an die politische Landesbehörde (Statthalterei) eingebracht werden. (§ 13 der Reichswahlordnung.)

Sie dürfen kandidieren. Die „Deutsche Arbeiterpartei“ hat für Wien folgende Bewerber namhaft gemacht: X. Bezirk: Bahnmeister Stöckl. XI. Bezirk: Wagenaufseher Scheibin. XIII. Bezirk: Lokomotivführer Kriech. XIV. Bezirk: Handlungsgehilfe Herzog. XV. Bezirk: Werkmeister Janja.

XVI. Bezirk (beide Wahlkreise): Handlungsgehilfe Benedikt. XVII. Bezirk: Südbahnadjunkt Sternadt und für den XXI. Bezirk: Magazinsaufseher Zeitlicher. Wo es nichts zu holen gibt, dort ist die „Deutsche Arbeiterpartei“ gerade gut genug.

Deutschnationale Eisenbahner für die — Agrarier!
Die „Ostdeutsche Rundschau“ vom 21. April läßt sich über eine in Komotau stattgehabte Versammlung der Gemeindevorsteher des 113. böhmischen Wahlkreises berichten, die sich mit der Kandidatenaufstellung für die Reichsratswahl beschäftigte. Die Versammlung beschloß die Aufstellung des bisherigen Abgeordneten Dr. Damm. (Großgrundbesitzer und Führer der Agrarier.) — Der Bericht lautet dann weiter: „Mit besonderer Befriedigung wurde die Erklärung des Betreters des „Reichsbundes deutscher Eisenbahner“, Ortsgruppe Sporitz, daß diese geschlossen für den bürgerlichen Kandidaten eintreten, aufgenommen.“

Wenn dieser Bericht der Wahrheit entspricht, gäbe es Eisenbahner, die für ihre ärgsten Schädiger eintreten wollen. Es sollte sich also wirklich eine Anzahl irreführender Kollegen finden, die den Agrarier wählen, den Vertreter jener Partei, die durch ihre schamlose Bucherpolitik eine förmliche Hungersnot in Oesterreich hervorgerufen hat, die Tag für Tag dem deutschen Volk die wirtschaftliche Grundlage untergräbt, auf der es sich kulturell vorwärts entwickeln könnte! — Gewiß, wir überschätzen die Zahl dieser Verräter ihrer Klasse nicht — die große Mehrzahl der deutschen Eisenbahner ist Klassenbewußt und wird nur Vertreter der Arbeiterklasse wählen. Aber daß sich auch nur eine kleine Minderheit von Eisenbahnern findet, die solche Selbstmordpolitik treiben will, stimmt bitter. — Hier wird Auffklärung notwendig sein und diese muß und wird gründlich sein. Es wird den betörten „Reichsbund-Eisenbahnern“ klargemacht werden, zu welchen Zwecken sie da mißbraucht werden sollen. Sie werden die Wahrheit erfahren: daß die Führer der „Deutschen Arbeiterpartei“ die Eisenbahnern Stimmen unbedenklich an die Bürgerlichen verkaufen möchten, um von diesen ein paar „sichere“ Mandate geschenkt zu erhalten. Die Herren wissen ganz gut, daß soweit es auf die Stimmen der Arbeiter ankommt, keiner von ihnen das heißersehnte Mandat ergattern würde. Sie möchten also in allen jenen Wahlkreisen, wo man sie absolut nicht zur Krippe lassen will, die Arbeiterstimmen den Bürgerlichen zuführen, um dafür ihre paar Mandate von den Stimmen der Bürger und Bauern zu erhalten. Und diese Sippe wagt es, sich „Arbeiterpartei“ zu nennen! Es wird dafür gesorgt werden, daß kein Eisenbahner im unklaren bleibt, wozu er hier mißbraucht werden soll.

Deutschnationale Eisenbahner über die deutsch-bürgerlichen Abgeordneten. Der Herr Ferdinand Ertl, der jetzt als deutsch-bürgerlicher Kandidat sein Wahlglück versucht, vor noch zehn Monaten kein gutes Haar an der Politik seiner parlamentarischen Genossen ließ, darüber sprechen wir ausführlich an anderer Stelle. Daß es aber unter den Mitgliedern des „Reichsbundes“ noch Eisenbahner gibt, die auch heute das gesunde Denken noch nicht völlig verlernt haben, darüber gibt ein „Eingekendet“ in der letzten Folge des „Deutschen Eisenbahner“ Aufschluß. Es wird dort unter anderem über die angebliche Tschedisierung bei der Prager Staatsbahndirektion gesprochen und zum Schluß gesagt:

„Gut sieht es aus in Oesterreich für die Deutschen: Ueberall zurückgedrängt; Volksvertreter, die nach Ministerfräcken schießen und es sich deshalb nicht oben verderben wollen, daher große Staatspolitik betreiben und bewilligen, was man nur von ihnen will. Dabei geht unser Volk zugrunde. Daß die Achtung vor den deutsch-bürgerlichen Abgeordneten unter solchen Umständen auch bei der Regierung nicht groß ist, ist selbstverständlich.“

Seute freilich versteckt Herr Ertl solche Äußerungen, die ihm aus Mitgliederkreisen zukommen, ganz hinten unter „Eingekendet“, für das „die Redaktion keine Verantwortung übernimmt“. Für den Klassenstandpunkt lehnt Herr Ertl die Verantwortung ab, seitdem ihm von den Bürgerlichen ein Mandat versprochen wurde,

Noch ein Erfolg - Schwindel der Reichsbund-Koalition. Vor ein paar Tagen ließ die sattem bekannte Koalition der Reichsbündler durch die bürgerliche Presse die Nachricht laufen, daß nunmehr für die Eisenbahner das Zeitabancement eingeführt wurde, was einen neuen Erfolg der nationalen Koalition bedeute. Im Dezember 1910 war's ein Erfolg und jetzt, nachdem es endlich durchgeführt werden soll, ist es ein neuer Erfolg. Natürlich handelt es sich dabei lediglich um das den Beamten der E. E. Staatsbahnen zugesandene Zeitabancement, womit deren Gleichstellung mit den für die Beamten der verstaatlichten St.-E.-G. geltenden Normen endlich erfolgt ist. Nachdem das für die Staats-eisenbahngesellschaftler bereits im Jahre 1907 zugesandene Zeitabancement als ein Erfolg der Koalition der Gewerkschaft, Lokomotivführerverein, Kondukteurverein zc. zc. gebucht werden muß, so ist es klar, daß die nunmehr erfolgte Gleichstellung der Beamten der Staatsbahnen gleichfalls darauf zurückzuführen ist, und somit den selbstverständlichen Erfolg unserer schon früher geleisteten Bemühungen darstellt. Hätte unsere Koalition im Jahre 1907 das Zeitabancement für die Beamten der St.-E.-G. und De. N.-B.-B. nicht durchgeführt, so könnten die großmäuligen Herren heute darauf lange warten. Das nationale Gnu hat also wieder einmal, wie schon so oft, über ein fremdes Ei gegerert.

Ein angeblicher Erfolg des „Reichsbundes“ auf der Südbahn. Wir veröffentlichen an anderer Stelle einige Zirkulare der Südbahn in Arbeiterangelegenheiten, die in unserer letzten, zwölfseitigen Nummer nicht mehr untergebracht werden konnten. Obwohl unsere Organisation in diesen Fragen seit Jahren tätig war und obwohl an diesen erschienenen Erlässen der Einfluß der von den sozialdemokratischen Arbeiterausschüssen gliedern der Südbahn gestellten Anträge unverkennbar

ist, hat der „Deutsche Eisenbahner“ doch die Dreistigkeit, in seiner sechsten erschienenen Nummer 12 die wichtigsten zwei Erlässe, den betreffs Erhöhung der Anfangslöhne und der Verringerung des Vorrückungsschema, und den betreffs der Beteiligung der beim Bremserdienst beschäftigten Arbeiter mit Dienstkleidern, herauszugreifen und das Erscheinen dieser Erlässe als Erfolg des „Reichsbundes“ hinzustellen.

Die Herren vom „Reichsbund“, auch die vom „Südbahnerverband“, haben dank ihrer Verbindungen in den Beamtenkreisen der Südbahn eine gute Bitterung über den Stand der Verwirklichung jener Dinge, die von der sozialdemokratischen Organisation gefordert werden. Es kostet sie eine verhältnismäßig ganz geringe Mühe im entscheidenden Augenblick auf den Plan zu treten, um Erfolge für sich zu reklamieren.

In unserer proletarischen Welt werden aber bekanntlich Zustände von Bahnverwaltungen nicht der schönen Augen eines Herrn Ertels oder eines Herrn Sothenegger wegen gemacht. Sie sind das Resultat einer genauen Kalkulation, bei der die Kosten des Zugeständnisses einem eventuellen Schaden im Betrieb gegenübergestellt werden, der dann eintreten kann, wenn der Bahnverwaltung im Betrieb durch den Einfluß einer Organisation Schwierigkeiten entstehen würden. Die Größe des Einflusses der sozialdemokratischen Organisation auf ihre Bediensteten kennt die Südbahnverwaltung nach den letzten Wahlen in die Versicherungs-institute ganz genau und den Reichsbündlern wird noch in schmerzlicher Erinnerung sein, wie sie von der Südbahnverwaltung behandelt wurden, als sie sich anschickten, sich als Vertreter des Personals dieser Bahn aufspielen zu wollen. Zu mehr als zu einer platonischen Liebe hat es bei keiner Unternehmung, auch bei der Südbahnverwaltung, der gelben Organisation gegenüber gelangt.

Unter solchen Umständen ist es recht kindisch und recht albern, wenn der „Deutsche Eisenbahner“ von neuen Erfolgen seiner Organisation faßelt. Um den Erlaß betreffs der Beteiligung der im Bremserdienst beschäftigten Arbeiter mit Dienstkleidern als Erfolg des „Reichsbundes“ hinstellen zu können, behauptet der „Deutsche Eisenbahner“ wörtlich:

„Weiters haben wir im Februar laufenden Jahres die Wünsche der im Bremserdienst verwendeten Arbeiter überreicht und besonders auf die Notwendigkeit einer Beteiligung mit Dienstkleidern hingewiesen.“

Schon vor dem Bestand des Arbeiterausschusses auf der Südbahn haben in der Personalkommission Vertreter unserer Organisation, entsprechend der diesbezüglichen schon seit mehreren Jahren erhobenen Forderung unserer Organisation, die Beteiligung dieser Arbeiter mit Dienstkleidern verlangt. Man verwies darauf, daß die Kompetenz dieser Angelegenheit in den zu errichtenden Arbeiterausschuß falle. Bei der am 14. März 1911 stattgefundenen Sitzung des Arbeiterausschusses, Section IV, der Südbahn, dem gar kein Reichsbündler als gewähltes Mitglied angehört, erklärte Inspektor Pöllerich, der Generaldirektion habe die Beteiligung jener Bremser mit Dienstkleidern genehmigt, die ununterbrochen im Fahrdienst verwendet werden. Nun, da die Angelegenheit vor ihrer Erledigung stand, kamen oder wollen die Reichsbündler mit ihrer Forderung gekommen sein. Der Schwindel des „Deutschen Eisenbahner“ wird offenkundig, wenn man nachrechnet, was für Gegenmeister die Reichsbündler sein müßten, um in diesem Tempo Forderungen durchzusetzen. Man denke, im Februar sollen die Wünsche dieser Arbeiter überreicht worden sein und schon Mitte März erfolgt die Erklärung des Vertreters der Südbahnverwaltung in der Sitzung des Arbeiterausschusses. Wo bleibt die Zeit für die Erhebungen über die entstehenden Kosten, die Zeit zur Einholung der Zustimmung des Verwaltungsrates und die Zeit der Erledigung dieser Angelegenheit?

Beide Angelegenheiten, die Lohnangelegenheit und die Dienstkleiderangelegenheit, sind Dinge, mit denen sich wiederholt Konferenzen unserer Organisation beschäftigten, die seit Jahren Gegenstand der Verhandlungen sowohl unserer Organisation als auch ihrer Vertreter in der Personalkommission und im Arbeiterausschuß mit der Südbahnverwaltung waren, und wenn es nun gelungen ist, einen Teil der Arbeiterforderungen zur Durchführung zu bringen, hat daran der „Reichsbund“ keinen Anteil. Der „Deutsche Eisenbahner“ treibt das alte Spiel, wenn er über Erfolge der „Reichsbündler“ berichtet. Er will sie wiederum mit fremden Federn schmücken.

Ausland.

Die Gesundheit der Eisenbahner. Einem Bericht der „Census Bureau“ der Vereinigten Staaten zufolge ist die unter den Eisenbahnern gegenüber den anderen Berufen am häufigsten auftretende Krankheit „Typhöses Fieber“. Andererseits soll das Eisenbahnerpersonal weit weniger empfänglich gegen Schwindel sein als die gewerblichen Arbeiter, und auch weniger empfänglich gegen Rheuma wie die übrige Arbeiterschaft. Außerdem wurde ermittelt, daß Herzkrankheiten nur selten vorkommen und daß das Nervensystem durch den Beruf nicht Schaden nimmt. Nach dieser Darstellung wäre also der Beruf eines Eisenbahners in Amerika, in gesundheitlicher Beziehung, ein beneidenswerter. Leider muß nach den Berichten der Fachorgane der Eisenbahner das gerade Gegenteil davon angenommen werden, da diese nicht oft genug Klage führen können über den aufreibenden Dienst und ganz besonders über die unendlich lange Arbeitszeit, die in wenigen Jahren die kräftigste Konstitution zugrunde richtet.

Die Unfälle im Eisenbahnbetrieb Kanadas. Ein Mitglied des kanadischen Unterhauses brachte im Februar 1911 eine Interpellation ein, worin es darlegte, daß es in Anbetracht der hohen Unfallziffern im Eisenbahnbetrieb wohl am Platze sei, Maßregeln zur Verminderung derselben zu treffen. Während nun der Eisenbahnminister mit einigen nichtsagenden Worten über die Angelegenheit hinwegging, hat es der Arbeitsminister wenigstens unternommen, die Sache abzuschwächen und

mit Ziffern zu belegen, daß die Unfallrate, wenn sie schon in Kanada ziemlich hoch ist, doch noch immer niedriger bleibt als in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Nach seinen Ausführungen, die in der kanadischen „Labour Gazette“ wiedergegeben sind, entfällt ein Getöteter auf je

	Kanada	Vereinigte Staaten	Großbritannien
1909	650	576	—
1908	499	422	—
1907	478	368	1221

Ein Verletzter entfällt auf Beschäftigte

	Kanada	Vereinigte Staaten	Großbritannien
1909	132	20	—
1908	91	17	—
1907	106	19	29

In den Kategorien der Zugbegleiter, Lokomotivführer, Seizer, Bremser zc. entfällt ein Getöteter auf je

	Kanada	Vereinigte Staaten	Großbritannien
1909	172	205	—
1908	168	150	—
1907	136	125	1084

Ein Verletzter entfällt auf Beschäftigte

	Kanada	Vereinigte Staaten	Großbritannien
1909	28	9	—
1908	23	8	—
1907	26	8	35

Von den 19.443 Personen des Zugbegleitungs-personals in Kanada wurden daher in 1909 jeder 172. getötet und jeder 28. verletzt. Die Unfallziffer stellt sich demnach gegenüber den Vereinigten Staaten allerdings günstiger, aber in 1907 gegen Großbritannien schlechter. — Trotz dieser bescheidenen Darlegungen hat es noch ein Mitglied des Unterhauses unternommen, darauf hinzuweisen, ob an den Unfällen nicht etwa die lange Arbeitszeit der Bediensteten schuld sei, weil es vorkomme, daß Bedienstete vier Tage ohne nennenswerte Rastzeit zur Dienstleistung herangezogen würden, daher hier vielleicht die Maßregeln zur Verhütung der zahlreichen Unfälle einzuführen hätten. Das Unterhaus reagierte natürlich nicht auf diese Ausführungen, sondern vertagte die Angelegenheit. Es war ja auch gar nichts anderes zu erwarten von diesem Parlament, welches hauptsächlich kapitalistische Interessen zu vertreten hat. Die kanadischen Eisenbahner werden also wohl noch einige Zeit warten müssen, bis sie einen wirksamen Schutz für ihr Leben und ihre Gesundheit erhalten.

Konflikt der französischen Regierung mit den Eisenbahngesellschaften. Die Frage der Wiederanstellung der wegen des Streiks im Vorjahre entlassenen Eisenbahnbefriedigten hat zu einem Konflikt zwischen der Regierung und den Eisenbahngesellschaften geführt. Der Staat selbst hat auf seinem alten Recht und auf dem neuerdings verstaatlichten Recht der Westbahn ganz außerordentliche Milde walten lassen. Die Privatbahngesellschaften, insbesondere die Nordbahn, die Ostbahn, die Orleansbahn und die Paris-Lyon-Mittelmeerbahn, zeigen gegenüber den Streikern starre Härte. Das Ministerium hat versucht, die Direktoren der Gesellschaften zu derselben Nachsicht zu stimmen, welche der Staat auf seinem Recht bewiesen hat, aber die Direktoren erklären, daß sie dies mit ihrer Pflicht nicht für vereinbar halten. Es handelt sich für die Direktoren um ein Prinzip, von dem sie nicht abgehen wollen. Die Zahl der wegen des Streiks von den Privatgesellschaften Entlassenen beträgt rund 2400, davon 862 auf der Nordbahn, 530 auf der Mittelmeerbahn, 210 auf der Orleansbahn und 203 auf der Ostbahn.

Ein neuer Kämpfer der Eisenbahner. Die kroatischen Eisenbahner haben nunmehr auch ein in ihrer Muttersprache erscheinendes Fachblatt, den „Hrvatski Zeljeznicar“, der dreimal monatlich in Agram erscheint. Dem „Hrvatski Zeljeznicar“ obliegt eine wichtige Aufgabe, die Aufklärung der der modernen Arbeiterbewegung noch ziemlich fern stehenden kroatischen Eisenbahner und Eisenbahnarbeiter. Die Lösung dieser Aufgabe wird auch in der diesseitigen Reichshälfte nicht ohne Einfluß sein und nicht wenig beitragen zur Hebung der Solidarität zwischen den Eisenbahnarbeitern der verschiedenen Nationen. So haben denn nicht nur die kroatischen Eisenbahner, sondern auch wir Ursache, das Erscheinen des „Hrvatski Zeljeznicar“ freudig zu begrüßen.

Aus dem Gerichtssaal.

Beim Verleumben eingegangen. Die nach dem mißglückten Versuch einer passiven Resistenz auf der Südbahn planmäßig gegen unsere Organisation verbreiteten Verleumdungen, die sich vornehmlich Genossen Tomšik als Angriffsobjekt auswählten, haben ein Opfer gefordert. Der Südbahnassistent Amort ist beim Verleumben noch unpraktischer als die eigentlichen Arrangeure dieser Verleumdungskampagne, die nur mit Andeutungen und Zweideutigkeiten operierten und schwer zu fassen waren. Amort behauptete in einem Gasthause in Bozen präzis: „Reichsratsabgeordneten Tomšik hat das Personal der Südbahn vertreten und verkauft und sich von der Südbahndirektion mit einigen Tausendern bestechen lassen.“ Wegen dieser Äußerung wurde er vom Genossen Tomšik sofort verklagt, und Amort erklärte, wohl im Vertrauen darauf, daß an dem, was bei dieser Gelegenheit von den unterschiedlichen Gegnern unserer Organisation an Verleumdungen so reichlich in die Welt gesetzt wurde, etwas denn doch wahr sein werde, den Wahrheitsbeweis anzutreten zu wollen. Amorts Spiegelgesellen vermochten aber diesem auch nicht mit dem geringsten Beweis mittel beizuspringen, daß zur Entschuldigung seiner Behauptung hätte dienen können. Amort konnte in der vor einigen Tagen stattgefundenen Schlußverhandlung daher auch nicht den kleinsten Beweis für seine Behauptungen erbringen und wurde zu 100 Kr. Strafe, eventuell 10 Tagen Arrest, und zur Tragung sämtlicher Kosten verurteilt. Die eigentlich Schuldigen, die die Verleumdungen über unsere Organi-

ation und Genossen Tom schik austreten, gingen bei dieser Geschichte straflos aus. Sie lassen die Leute, die ihren Verleumdungen Glauben schenken und die diese weitertragen, für sich büßen, sitzen im Sichern, und rechnen im übrigen damit, daß man sich nicht jahrein, jahraus mit derartigen Mauthelben bei Gericht herumschlagen kann. Es trägt aber nicht wenig zur Gefundung unseres öffentlichen Lebens bei, wenn von Zeit zu Zeit einer dieser Verleumder gezwungen wird, für seine Behauptungen bei Gericht einzustehen.

Auf dem falschen Geleise. Am Vormittag des 14. November d. J. hatte in der Station Gmünd der Verschieber Franz Schmied, welchem vom Oberverschieber Anton Albrecht die Verschiebung übertragen wurde, eine aus 15 Wagen bestehende bremsbare Lastzugsgarnitur von der alten I. (alte Geleisanlage) auf die neue XV. (neue Geleisanlage) zu überstellen.

Schmied zog mit der Garnitur bis zur Leinsbrücke vor und verständigte den Weichenwärter Zwirner, welcher zwei handstellbare Weichen auf die neue Anlage umstellen sollte, von der vorzunehmenden Verschiebung, während sich der Oberverschieber Albrecht zum Wochenturm begab, um dem Stellwärter die Umstellung einer dritten zentralstellbaren Weiche anzuzeigen. Zwirner stellte nun den ersten beiderseitig situierten Handwechsel um, sprang dann mit der Fahne über das Geleise, um auf die Seite des signalgebenden Verschieblers Schmied zu kommen, verabsäumte aber, den zweiten, 82 Schritte vom ersten entfernten Handwechsel gleichfalls auf die neue Anlage umzustellen. Schmied, welcher sich auf dem ersten Wagen nächst der Lokomotive aufhielt, hielt eine Bewegung, die Zwirner beim Ueberpringen des Geleises mit der Fahne machte, für ein Rückwärtssignal und vermittelte dieses dem Lokomotivführer Indra mit dem Auftrag, die Waggonen nunmehr auf die neue Anlage abzustellen.

Da aber Zwirner den zweiten Handwechsel nicht umgestellt hatte, fuhr die mit Rücksicht auf den längeren Weg mit ziemlicher Kraft abgestoßenen Wagen statt auf die neue Anlage auf das Stodgleise IV der alten Anlage. Der auf dem vordersten der abrollenden Wagen postierte Bremser Christian Zwettler sah die unrichtige Weichenstellung erst in einem Moment, da er nicht mehr in der Lage war, die abgestoßenen Wagen durch Betätigung der Bremse rechtzeitig zum Stillstand zu bringen. Die abgestoßenen Wagen fuhr daher mit aller Kraft auf vier im alten Geleise IV stehende Langholzswagen auf und es war nur der massiven Konstruktion des Bremswagens Zwettlers, einem 2stönigen K.E.-Wagen, zu danken, daß die leichteren, unbefestigten Langholzswagen zertrümmert wurden, der schwere Bremswagen Zwettlers aber intakt blieb. Zwettler trug einen Verbruch von mehrtägiger Dauer davon.

Aus Anlaß dieses Unfalles waren beim Bezirksgericht Gmünd Anton Albrecht, Johann Zwirner, Franz Schmied und Christian Zwettler wegen Uebertretung gegen die körperliche Sicherheit nach § 432 St.-G. angeklagt, worüber die Verhandlung am 28. März d. J. stattfand. Albrecht, Zwirner und Schmied waren durch Dr. Harpner aus Wien, Zwettler durch Notar Dr. Führinger aus Gmünd vertreten.

Der als Sachverständige geladene Offizial der Station Rudweis Leonhard Kasal erklärte, beim Oberverschieber Albrecht und beim Bremser Zwettler überhaupt kein Verschulden in bahntechnischem Sinne zu finden. Albrecht sei berechtigt gewesen, dem geprüften Schmied die Verschiebung zu übertragen. Durch die Uebernahme der Verschiebelfunktion seitens des Schmied sei Albrecht jeder Verpflichtung einer Beaufsichtigung des Verschiebes enthoben worden, ja er mußte sogar, um dem entfernten Stellwärter die Weichenstellung anzuzeigen, sich von dem für den Unfall kritischen Wechsel entfernen. Dem Zwettler obliege als Bremser nicht die Pflicht einer Weichenkontrolle, übrigens hätte er durch Bremsen die sämtlichen abgerollten Wagen auf so kurze Distanz nicht aufhalten können.

Bei Schmied und Zwirner fand der Sachverständige ein in mehrfacher Hinsicht instruktives Verhalten gegeben. Schmied als derjenige, der die Verschiebung übernommen hat, hätte nicht beim Lokomotivführer sein, sondern einen Standpunkt einnehmen sollen, von dem aus ihm ein Ueberblick über die ganze Verschiebung möglich gewesen wäre. Auf das Abnehmen von Signalen hatte er sich überhaupt nicht zu verlegen, die Signalgebung hatte vielmehr von ihm ihren Ausgang zu nehmen, zumal Zwirner nur Weichensteller und nicht Signalgeber sei. Doch mußte der Sachverständige der Verteidigung zugeben, daß zu einem instruktionsgemäßen Vorgehen in diesem Falle ein Maschinenbegleiter gehört hätte, welcher dem Verschiebler nicht zur Verfügung stand. Zwirner — so meinte der Sachverständige — hätte als Weichensteller lediglich für die richtige Stellung der Weichen sorgen sollen, die Signalgebung sei ihn überhaupt nichts angegangen. Der Sachverständige gab auf Befragen des Verteidigers die Möglichkeit zu, daß dem Zwirner durch ein plötzliches, unvermutetes rasches Heranrollen der abgestoßenen Wagen das Laufen zum zweiten Handwechsel und dessen Umstellung unmöglich gewesen sein konnte. Die in der Station Gmünd mit Rücksicht auf die Besonderheit ihrer Anlage bei Abwicklung des Verschiebes herrschenden Gewohnheiten bewies der Verteidiger durch den Stationsvorstandstellvertreter Kadrich. In seinem Schlussvortrag machte der Verteidiger für Schmied geltend, daß er entsprechend den Gepflogenheiten und den besonderen Einrichtungen der Station Gmünd seine Stellung anders auffassen mußte, als der Sachverständige, der von einer anderen Station gekommen sei, nur die Sachlage vom allgemeinen Standpunkte beurteile. Schmied konnte auf der Innenseite der Kurve keinen Ueberblick über die Verschiebmanipulation gestattenden Posten fassen, weil dort anderweitig verschoben werde. An der in Betracht kommenden Stelle des Gmünder Bahnhofes erfolge immer an der Außenseite der Kurve die Zeichengebung. Durch die infolge der Besonderheiten der Stationsanlage beim Personal vereinbarte Arbeitsteilung sei die Einrichtung geschaffen worden, daß der Weichenwärter dem Verschieber das Zeichen gebe, wenn er von der alten auf die neue Anlage zurückgefahren könne. Schmied glaube ein Schwenken der Fahne zu sehen und hielt es im besten Glauben für ein Rückwärtssignal. Zwirner andererseits konnte nicht voraussehen, daß Schmied von ihm infolge eines Mißverständnisses ein Signal abnehmen könnte, das er nicht gegeben hatte. Er wurde durch ein unvermutet rasches Heranrollen der Wagen überrascht und bestürzt und hatte nicht mehr die Möglichkeit, den zweiten Wechsel umzustellen.

Der Richter Dr. Rosenthal sprach sämtliche Angeklagte frei.

Zusammenstoß zweier Lokomotiven. Am 12. November 1910 fuhr eine Lokomotive in der Station Laun auf dem Geleise Nr. 4 aus dem Bereich des Heizhauses. Vor der Grenze stieß sie an eine stehende Lokomotive an. Wegen dieses Unfalls wurde die Klage gegen den Maschinenführer Karl Snät und den Heizer Ignaz Benclitz wegen Uebertretung nach § 432 St.-G.-B. erhoben.

Der Lokomotivführer Karl Snät gab zu seiner Entschuldigung an, daß er vorrücksichtsmäßig bei dem Ausfahrtsignal stehen geblieben und erst nachdem das Signal auf Freigabe gestellt worden ist, weitergefahren sei. Die Freigabe des Signals bedeutet, daß er bis zur Grenze fahren dürfe und dort einen Begleiter abzuwarten habe. Die Lokomotive, mit

der er zusammengefahren ist, stand jedoch einige Meter vor der Grenze, was er nicht voraussehen konnte, da dieselbe mehr wie eine Viertelstunde vor ihm herausgefahren ist. Das Licht dieser Lokomotive hat er aus dem Grunde nicht gesehen, weil der von einigen Lokomotiven ausgehende Rauch das Signallicht verdeckte. Erst unmittelbar vor der Lokomotive erblickte er das Licht und traf alle Anstalten zum Stehenbleiben. Der Zusammenstoß war so gering, daß er vom Maschinenpersonal gar nicht bemerkt wurde.

Als Zeuge wurde der Inspektor des Heizhauses Skotovsky einvernommen, welcher die Angaben der Angeklagten bestätigte. Die Angeklagten sind damals langsam gefahren und konnten voraussehen, daß das Licht der Lokomotive durch den Rauch verdeckt war.

Nach geschlossenem Beweisverfahren fällte der Richter ein freisprechendes Urteil.

Die Verteidigung des Karl Snät führte über Auftrag des Rechtschutzbereiches Dr. Alfred Meißner aus Prag.

Streiflichter.

Deutsch, bleibt deutsch! Bald werden wieder auf den deutschnationalen Bahnläufenden die Unterschriften der verschiedenen „Seppen“ paradiert, denn die auf den Namen „Josef“ getauften Herren haben eine eigene Passion auf das ominöse Wort „Sepp“, in dem sie wahrscheinlich den Indegriff des geläuterten Deutsch erblicken. Denn wollten sie konsequent sein, müßten sie auch die anderen Kaufnamen verbauern, um dem manchmal recht verfänglichen Schreibnamen einen „deutschen“ Ausdruck zu verleihen. Wie schön würde sich zum Beispiel „Hansjörgl Nepostil“ ausnehmen und wie wohlklingend „Lippel Mälicher“ oder „Jagel Wöhrbil“. Dann gäbe es gewiß noch Plaslin, Tomerlin, Simandlin, Simplizi, Thaddälin u. s. w., eine reiche Auslese zur Charakterisierung der deutschnationalen Bippshaubenpolitiker....

Die Bahnrestaurationen und das Fahrpersonal. Daß der Konsum in den Bahnrestaurationen im Budget des Fahrpersonals eine wichtige Rolle spielt, bedarf wohl keiner ins Detail gehenden Erläuterung. Der Tag und Nacht ununterbrochene Zugverkehr, die oft sehr kurzen Umfahrzeiten, ferner die meistens von den Ortschaften weit hinausgeschobene Lage der Bahnhöfe bringen es mit sich, daß das erwähnte Personal auf gewisse Bahnrestaurationen geradezu angewiesen ist. Das gesamte Eisenbahnpersonal genießt gegenüber dem reisenden Publikum eine Preisermäßigung. Wenn wir uns jedoch diese Ermäßigung näher betrachten, so finden wir, daß die Eisenbahner im allgemeinen, das Fahrpersonal aber ganz besonders, genötigt werden. Um dies feststellen zu können, brauchen wir nur die Preise der betreffenden Bahnrestaurationen mit den Privatrestaurationen im gleichen Orte zu vergleichen. Was die Quantität der Speisen anbelangt, wird ein diesbezüglicher Vergleich fast immer zugunsten der Privatrestaurationen ausfallen. Man erhält in den Privatgasthäusern für wenig Geld größere Portionen, welche ebenso gut, manchmal sogar noch besser sind als die in den Bahnrestaurationen. So steht also die Ermäßigung aus. Wir können uns nicht erklären, wie solch hohe Regiepreise die Genehmigung der betreffenden Staatsbahndirektion finden konnten, denn unseres Erachtens nach ist es Pflicht des betreffenden Organs, welches die Genehmigung zum Tarif erteilt, sich erst über die ortsüblichen Gasthauspreise zu informieren und nicht etwa blindlings seine Unterschrift unter diesen zu setzen. Auch wenn diese maßgebende Person von den Herren Bahnrestaurationen gegebenenfalls mit Aufmerksamkeiten geradezu überhäuft wird und wenn sie auch selbst die Höhe dieser Preise nicht fühlt, besteht doch diese Verpflichtung. Wir greifen aus den vielen Stationen, in welchen obgenannte Zustände herrschen nur einige heraus und verweisen zu diesem Zweck insbesondere auf die Restaurationen in St. Pölten, Amstetten und Linz, in welchen zum Beispiel die Rindfleischportionen so klein sind, daß jeder normale Esser zur vollkommenen Sättigung mindestens zwei Portionen brauchen würde. Die Herren Restaurationen werden sich auf die Fleischsteuerung ausreden, was jedoch aus dem Grunde nicht stichhältig ist, weil seit Eintritt der höheren Fleischpreise auch unsere Regiepreise erhöht wurden. Die Regiepreise für Bier, welches als hauptsächlichstes Getränk des Personals in Betracht kommt, wurden ebenfalls erhöht, und zwar in St. Pölten derart, daß heute dort ein halber Liter Bier 25 S. kostet. Warum die Erhöhung in St. Pölten am größten ist, bedarf noch der Ergründung, dürfte jedoch auf den Haß des Restaurateurs gegen die Eisenbahner zurückzuführen sein.

Denn wir wissen keine andere Bezeichnung für sein Verhalten gegenüber dem Personal, entweder ist es Haß oder Dummheit vermischt mit Stolz, sonst könnte es nicht vorkommen, daß sämtliche Eisenbahner, welche gezwungen sind, seine Restauration zu betreten, von ihm ignoriert werden, was insbesondere in den Abendstunden beobachtet werden kann, wo er sich aus seinem Eck nicht rührt, wenn auch hundert Eisenbahner kommen und gehen. Daß in den Restaurationslokalitäten dritter Klasse keine Zeitung aufliegt, sei nur nebenbei bemerkt, obzwar es als selbstverständlich ist, daß auch Gäste in der dritten Klasse ein Lesebedürfnis haben. In St. Pölten in der Schwemme kauft übrigens der Zehlfeller aus eigenem täglich die „Neue Zeitung“, um für die geistige Nahrung seiner Gäste zu sorgen, beziehungsweise seinem Chef die Auslagen zu ersparen. Wenn wir zum Schluß die Benefizien in Betracht ziehen, welche die Bahnrestaurationen von den Eisenbahnverwaltungen genießen, so können wir nur erklären, daß sich so ein Restaurateur recht gut mit der Schröpfung der übrigen Reisenden zufriedengeben könnte und daß er nicht noch die Eisenbahnbediensteten zwingen müßte, bei den hohen Preisen zum Bau diverser Hotels, Restaurationen und Villen ihr Scherflein beizutragen.

Unfallsfall auf der Stadtbahn. Am 14. April d. J. stieß in der Station Praterstern der Stadtbahn ein Zug, der von der Ankunft zur Abfahrt ausgewechselt wurde, in einen zur Abfahrt bereitstehenden Zug, wobei ein Passagier und ein Bediensteter verletzt und Materialschaden angerichtet wurde. Zwischen Praterstern und Hauptzollamt ist der Zugverkehr ein sehr dichter. Manipulieren auf den Geleisen, auf welchen das Auswechseln der Züge stattfindet, Güterzüge, haben die Weichenwärter die Hände voll zu tun. Zur Zeit des Zusammenstoßes, nach 5 Uhr früh, war die Situation noch außerordentlich kritischer als sonst, weil wegen Zugverspätungen die Züge dichter hintereinander verkehren. Die zur Abfahrt bereitstehenden Züge sind nicht gedeckt. Wären sie durch eine Rangierscheibe gedeckt, wäre die Sicherheit eine weit höhere, da die Rangierscheibe von Block I aus gestellt würde, wo ein Beamter und zwei Blocksignaldienster Dienst machen, die am besten wissen

können, ob der Perron auf der Abfahrtsseite frei ist. In diesem Falle hätten auch die Verschieber und Wächter einen viel besseren Ueberblick. Dort, wo die Züge ausgewechselt werden, ist ein Doppelposten. Der eine Wächter bedient die Weichen, der andere einen Zustimmungsblick. Die Wächter haben aber, obwohl dies zu ihrem Dienst gar nicht gehört, auch das Anzünden und Auslösen der Lampen und das Rufen der Weichen zu besorgen. Zur Zeit des Unfalles war der eine Wächter mit dem Auslösen der Lampen beschäftigt, es verfaß also nur ein Wächter den ganzen Dienst, dem man nun wohl die Schuld an dem Unglücksfall zuschieben versuchen wird. Der Zusammenstoß wäre leicht vermeidbar gewesen, wenn man die Anlage mit der Rangierscheibe zur Deckung der zur Abfahrt bereitstehenden Züge versehen hätte. So ist bei einem Zusammenreffen derartiger widriger Umstände, wie am 14. April nach 5 Uhr früh, es immer nicht ausgeschlossen, daß auf einige Sekunden ein Wächter den Ueberblick verliert und das Unglück ist dann fertig.

Von den Zugbegleitern am Wiener Westbahnhof. Die vielen Disziplinarstrafen mit ihren schweren Folgen, welche die Zugbegleiter bei den k. k. Staatsbahnen und insbesondere bei der Staatsbahndirektion Wien in letzter Zeit zu erleiden haben, waren unter anderem Gegenstand der Beratung der jüngst in Wien stattgefundenen Reichskonferenz der Zugbegleiter. Es wurde bei dieser Konferenz konstatiert, daß bei dem gegenwärtigen System der Zusammensetzung der Disziplinarkammern die Möglichkeit nicht ausgeschlossen ist, daß auch Nichtschuldige verurteilt werden. Besonders kann dies bei vorkommenden Provokationen durch Vorgesetzte der Fall sein, ganz besonders aber bei Vergehen gegen die Verkehrs-vorschriften, die oft nur da zu sein scheinen, damit sie nicht eingehalten werden können und um bei etwaigen Vorkommenissen die Zugbegleiter als Sündenböcke hernehmen zu können. Es wurde in der Konferenz beschlossen, daß die Disziplinarkommisssionen mit einem kurzen Bericht an die Zentrale unserer Organisation einzulegen seien, und daß ungerichtetfertig erscheinende Urteile nebst deren Begründung im „Eisenbahner“ mit dem nötigen Kommentar zu veröffentlichen seien. Diese Veröffentlichungen geschehen auch zu dem Zwecke, um die Berechtigung der Forderung dieser Konferenz zu erweisen, daß die Disziplinarkommisssionen durch Wahl zu bilden seien. In Konsequenz dieses Beschlusses wurden in der Nummer 6 des „Eisenbahner“, die Fälle der Genossen Hostas und Straßer veröffentlicht. Dabei kam der Stationsvorstand von Wien-Westbahnhof Herr kaiserliche Rat Jawadil schlecht weg, weil in diesem Artikel sein Nahmamt, ein Willküramt genannt wurde. Obwohl der Herr kaiserliche Rat erklärte, daß ihm nichts daran liegt, wenn in den Zeitungen über ihn geschrieben wird, so zeigte doch die große Aufregung und das gelegentliche Herfallen über den vermeintlichen Artikelsschreiber Genossen Straßer, daß die Wahrheit für diesen Herrn eine bittere Pille ist. In seiner großen Not kam nun das „Verkehrs-bundblatt“ seinem Parteigenossen und vielleicht sogar Provokator, dem Herrn kaiserlichen Rat zu Hilfe, pöhlte ihn als einen genialen Vorgesetzten heraus, stellte die Zugbegleiter am Wiener Westbahnhof im allgemeinen und deren Vertrauensmänner, die namentlich genannt wurden, als die ärgsten Wöfswichte hin und machte die Bahnverwaltung scharf gegen sie. Die sogenannten Christlichsozialen, diese Leimjägergesellschaft, haben bei dieser Gelegenheit ihren Haß gegen die Zugbegleiter von Wien I, von denen nicht einer zu ihnen gehört, zumindest feiner bei ihnen organisiert ist, zum Ausdruck gebracht. Sie haben gezeigt, daß sie noch immer gern denutzieren und daß sie noch immer gern ihren kämpfenden Massengenossen in den Rücken fallen. Man kann vor diesen Leuten nur mehr einen Ekel empfinden. Die Zugbegleiter führen einen Kampf um die Verkürzung ihrer Arbeitszeit, weil sie nicht damit rechnen können, daß sie bei frühzeitiger Abnützung ihrer Kräfte und Sinnesorgane, sowie der Herr Teifer, einen leichteren Dienstposten bekommen werden, sondern weil sie damit rechnen müssen, daß sie in einem solchen Falle mit einer Provision, die gerade vor dem Verhungern schmilzt, einfach frühzeitig provisioniert werden. Wir nehmen unser Wort in puncto „Willküramt“ keineswegs zurück, sondern wollen im nachhinein beweisen, daß dies die richtige Bezeichnung für dieses Nahmamt unter dem Regime des Herrn kaiserlichen Rates Jawadil ist. Beim Bahnbetriebsamt Wien I werden die Vorschriften über Dienst- und Arbeitszeiten für die Zugbegleiter nicht beachtet, in der Reserve werden die Zugbegleiter geradezu ausgeschunden. Die Turnusse, insbesondere der Güterzugturnus, werden nicht eingehalten, sondern es werden Partien einfach verschoben. Im Sommer werden die Kondukteure und Bremser an ihrem vom Eisenbahnministerium alle 46 Tage gewährten freien Tag in den Dienst kommandiert. Sie erhalten keinen Urlaub im Sommer und es wird auch noch der langersehnte freie Tag weggewonnen. In einer stattgefundenen Turnuskonferenz erklärte der Herr kaiserliche Rat: ein Bremser habe kein Recht zum beschweren, derselbe muß froh sein, daß er da sein darf. Die Reserven werden nicht nach den Rang eingeteilt, sondern es werden solche Zugbegleiter in die Reserve genommen, die noch lange beim Güterzug fahren müßten. Da man ihnen direkt oder auch indirekt mit dem Güterzug droht, zwingt man sie zu den unangehörigsten Dienstleistungen. Dazu kommt noch, daß der dienstkommandierende Beamte zugleich derjenige Beamte ist, der die Zugbegleiter zu qualifizieren hat. Man weiß, welchen Druck man dadurch auf das Personal ausüben kann. Der Herr kaiserliche Rat zwingt die Bediensteten auf ihre Eingaben (Refusie gegen Strafen) einen Kronensiegel aufzusetzen, ohne einen gesetzlichen Grund hierfür anführen zu können und beruft sich hierbei bloß auf den Mißs. So könnten wir fortfahren und das halbe Blatt vollschreiben mit Beweisen, daß hier nicht das Personal nach den Vorschriften, sondern nach Willkür behandelt wird. Wir glauben vorläufig unsere Behauptung genügend begründet zu haben. Es wird und kann ja nicht mehr lange so fortgehen. Die Zugbegleiter, selbst die loyalsten, haben es nun schon bis zum Hals heraus genug von dieser Behandlung. Wir sind keine Propheten, wir können aber das eine vorhersagen, daß sich bei den Zugbegleitern einmal der so lange verhaltene Groll sehr leicht spontan Ausdruck verschafft. Insbesondere dann, wenn es die k. k. Staatsbahndirektion für gut oder notwendig findet, diese großen Uebelstände nicht nur bestehen zu lassen, sondern das ganze System und die einzelnen Beamten, die diesem habigen, um möglichst viel Reunerationen dabei herauszuschlagen, noch unter besonderen Schutz zu nehmen, wenn sie die Bediensteten durch ihre Vertrauensmänner nicht anhören will und wenn sie selbst Denunziationen über dieselben zum Anlaß einer Amtshandlung und Bestrafung derselben nimmt.

Moderne Dienststräße in Amstetten. Aus Zugbegleiters-freien schreibt man uns: Anlässlich des Bahnhofumbaus in Amstetten wurde am östlichen Stationsende eine neue Hütte für die Wagenschreiber errichtet, welche auch den Zugführern zur Verechnung der Bruttolast zugewiesen ist. Wenn man davon abliest, daß dieselbe ursprünglich nur ein Fenster hatte, und daß ein zweites erst später gemacht wurde, kann man aber nicht außeracht lassen, daß für alle, die genannten Bau betreten müssen, die persönliche Sicherheit gefährdet ist, weil die Betontafeln, aus welchen die Dede gemacht ist, herabzufallen drohen, was eine erhebliche Verletzung desjenigen Bediensteten herbeiführen würde, der sich gerade zur kritischen Zeit in

diesem im Jahre 1911 erbauten 1. f. Dienstraum befinden würde. Die Beleuchtung wird durch alte ausstrahlende Petroleumlampen besorgt, welche zwar sehr mangelhaft leuchten, aber um so mehr stinken. Nachdem der ganze Bahnhof elektrisch beleuchtet ist, hat man dort jedenfalls in diesem Dienstraum Petroleumlampen aus dem Grund angebracht, um den Bediensteten die Erinnerung an die gute alte Zeit zu erhalten. Nehmen wir aber die mangelhafte Beleuchtung als Reliquie des Altertums in Kauf und freuen wir uns wenigstens der modernen Heizung. Ein alter, stets rauchender Ofen spendet den Bediensteten dort nicht nur Wärme, er besorgt auch deren kostlose Seidung.

Die Wahlen in die Personalkommission der Staatsbahngesellschaft. Das Bündnis der Deutschnationalen und Tschechnationalen bei den Wahlen in die Personalkommission der St. E. G., dem sich ein dritter Bundesgenosse, der Einfluss der dienstlichen Vorgesetzten auf die Wahl berufenen Bediensteten zugesellte, blieb nicht ohne Einfluss auf das Ergebnis dieser Wahl. Während in dem Falle, als dieses furiose Bündnis nicht zusammengekommen wäre, wohl alle Mandate von den von unserer Organisation aufgestellten Kandidaten besetzt worden wären, behaupteten die Nationalen das bereits innegehabte Mandat für den Zentraldienst der Personalkommission für Unterbeamte und sie gewannen außerdem die Mandate für den Stationsdienst und für den Zugbegleitungsdienst dieser Personalkommission, verloren aber das Mandat für den Werkstätten- und Materialdepotdienst. In der Personalkommission für Unterbeamte sind nunmehr vier Mandate von Vertretern unserer Organisation besetzt, während früher fünf Mandate von Vertretern unserer Organisation besetzt waren. Die Nationalen, die früher zwei Mandate inne hatten, haben nunmehr drei inne. In der Personalkommission für Diener blieb das Vertretungsverhältnis das bisherige. Eine Änderung trat insofern ein, als die Nationalen das eine innegehabte Mandat für den Zentraldienst verloren, während sie das für den Zugbegleitungsdienst gewannen, so daß sie nach wie vor, nur eines von den sieben Mandaten besetzen. Nach den Wahlergebnissen unserer Organisation in der letzten Zeit, ist der Verlust auch nur eines Mandats in einer zur Vertretung bestimmten Institution immerhin ein schmerzlicher. Dies soll hier keineswegs geleugnet werden. Aber es darf auch folgendes nicht unbeachtet gelassen werden. Das Bündnis dieser nationalen Gegenführer wirkte unmittelbar auf den Ausgang der Wahl. Die Nachwehen der Schließung des Bündnisses, die Folgen davon, daß sich die Nationalen ihrer Prinzipien durch das Bündnis entledigt, und daß sie sich ihrer nationalen Agitationsargumente begeben haben, können sich erst später einstellen. Ferner muß mit dem Umstand gerechnet werden, daß die Bahnverwaltungen meisterlich verstehen, die Personalkommissionen und Arbeiterausschüsse durch ihre Praktiken in Mißkredit zu bringen, worunter das Interesse der Bediensteten an diesen Institutionen leidet und womit der struppellose Verdächtig der Tätigkeit unserer Genossen in diesen Institutionen seitens der Nationalen Spielraum gelassen ist. Nichtsdestoweniger wird diese Scharte ausgewetzt werden. Wir haben immer aus Niederlagen zu lernen verstanden und es wird uns auch der Verlust des Mandats für die Unterbeamtenpersonalkommission der St. E. G. der Ansporn zu intensiver Aufklärungsarbeit sein. An Gelegenheit hierzu fehlt es nicht. Den Deutsch- und Tschechnationalen soll das Doppelspiel, auf der einen Seite die Phrasen von der Notwendigkeit der nationalen Organisation und das Gekammer über die Bevorzugung der anderen Nation auf der Bahn, auf der anderen Seite, wenn es Mandate gibt, die Interessengemeinschaft mit dem nationalen Gegner, nicht geschenkt bleiben. Das Bündnis der Nationalen war der letzte Trumpf, der gegen die sozialdemokratische Organisation ausgespielt werden konnte.

Aus den Amtsblättern.

Ein bemerkenswerter Erlaß der 1. f. Staatsbahndirektion Linz.

N. f. Staatsbahndirektion Linz.

B. 368/V.

1

Am 24. März 1911.

Betreff: Anstände im Fahrdienste.

Dienstbefehl

an alle Stationen des hieramtlichen Bezirkes, an die Stationen Mistetten, Salzburg, Steinach-Brünn, Selzthal, Klein-Neifling und Budweis.

Seitens des Zugbegleitungspersonals ist in der Personalkommission eine Reihe von Beschwerden vorgebracht worden, welchen folgender Tatbestand zugrunde liegt:

Bedauerlicherweise wurde in letzter Zeit trotz wiederholter Aufträge und Ermahnungen, für die genaue Einhaltung der Dienst- und Ruhezeiten zu sorgen, in einigen Fällen diese Vorschrift nicht beachtet und wurden von dem Personal Leistungen verlangt, die über die in der Vorschrift festgesetzten Maximalgrenzen hinausgehen. Es ergab daher der neuerliche strenge Auftrag, sich hinsichtlich genau an die in der Beilage zum hierseitigen Amtsblatt 5 vom Jahre 1911 festgesetzten Normen zu halten, wogegen noch bemerkt wird, daß unter ungünstigen Verhältnissen eine Erleichterung dieser Bestimmungen nicht nur erlaubt, sondern geboten ist. Es muß demnach nach schwierigen Touren dem Personal unter allen Umständen eine angemessene Zeit zur Ruhe und Erholung gegönnt werden. Unnötige Dienstleistungen zur Nachtzeit sind zu vermeiden. Kommt daher das Zugbegleitungspersonal abends nach einer längeren Tour in der Endstation an, so ist es nicht nachts nach Hause zu beordern, sondern soll in dieser Station der Nachtruhe pflegen und dann ausgerastet nach Hause fahren. Dieses liegt auch im dienstlichen Interesse, weil ein solches Personal dienstfähig im Domizil anlangt und bei Bedarf wieder verwendet werden kann. Es wird sich daher hinsichtlich bei großem Personalbedarf empfehlen, bei der Abfahrt gleich die Nachtruhe, beziehungsweise die Station, in welcher der Ruhe zu pflegen ist, festzusetzen. Die von der 1. f. Staatsbahndirektion im Einvernehmen mit dem Personal aufgestellten Fahrturnusse sollen nur in den allerwichtigsten Fällen umgesehen werden. Das sogenannte Vorschieben des Personals ist tunlichst zu vermeiden. Es wird daher notwendig sein, daß die Zugausgangsstationen die erforderlichen Partien für die Erfordernisse zeitgerecht, und zwar sobald als irgend möglich ansprechen, damit das Personal noch rechtzeitig eintreffen kann. Während seiner turnusmäßigen Dienstleistung soll das Personal möglichst zu anderen Diensten und Fahrten nicht herangezogen werden; die im Turnus vorgesehenen dienstfreien Tage dürfen dem Fahrpersonal weder verkürzt noch entzogen werden. Es wurde auch darüber Beschwerde geführt, daß die zur Führung der Züge nötigen Bremser häufig nicht beigelegt werden. Obwohl hierfür ein Beweis nicht erbracht wurde, werden die Stationen nachdrücklich aufgefordert, für die rechtzeitige Beilegung der Bremser zu sorgen. Die Zugexpedienten und die Zugführer bleiben dafür verantwortlich, daß das Bremsrutto vorhanden ist. Können Bremser nicht beigelegt werden, dann ist Brutto abzustellen. Gegen die streckenweise Verwendung der Auslabemänner und

der Manipulationskondukteure als Bremser besteht keine Einwendung, sofern es deren sonstige Dienstobliegenheiten gestatten.

Der Dienst der als Auslabebremser und Auslabemänner verwendeten Arbeiter in der Domizilstation richtet sich nach dem Bedürfnis und können selbstverständlich solche Arbeiter auch zu anderen Dienstleistungen verwendet werden, nur ist die Anordnung bezüglich der Dienst- und Ruhezeiten zu beachten. Absolut unstatthaft ist es aber, diese Bediensteten in den Stundenpässen als Bremser zu führen, wenn sie einen solchen Dienst nicht leisten. Die Zugführer werden daher in ihrem eigenen Interesse ermahnt, hinsichtlich derartige Eintragungen zu unterlassen, da sie sonst empfindliche Strafen zu gewärtigen hätten. Hat das Zugpersonal Beschwerden vorzubringen oder Anstände zu melden, so stehen ihm hierfür die Stundenpässe und die Rapporte O D § 69 zur Verfügung. Ganz verfehlt ist es jedoch, wenn derartige Anstände erst nach Monaten zur Anzeige gebracht werden, weil sich dann der wirkliche Tatbestand meist nicht mehr erheben läßt. Kommen Unzufriedenheiten vor, dann sollen sie sofort abgestellt werden, andererseits muß auch dem Beschuldigten Gelegenheit gegeben werden, sich rechtfertigen zu können.

Der 1. f. Staatsbahndirektor:
Messerflinger.

Südbahnerlässe in Arbeiterangelegenheiten. Die Generaldirektion und die Verkehrsdirektion der Südbahn haben mehrere Zirkulare in Arbeiterangelegenheiten herausgegeben (im Stück 14 der Zirkulariensammlung A), die wir nachstehend veröffentlichen:

130. Schnellzugsfreikarten für Bedienstete und Arbeiter; Freikarten für Ehefrauen und Kinder von Arbeitern.

In Abänderung der bisher geltenden Vorschriften wird verfügt, daß von nun an den dekretmäßig angestellten Bediensteten und deren Angehörigen in Zeiten normalen Verkehrs in berückichtigungswerten Fällen schon bei Fahrten über 100 Kilometer Schnellzugsanweisungen erteilt werden können. Für Fahrten lediglich innerhalb der Wiener Lokalfahrten ist die Ausfertigung von Anweisungen mit Gültigkeit für Schnellzüge nicht zulässig.

Unter den vorstehend für die Bewilligung von Schnellzugsanweisungen für die dekretmäßig angestellten Bediensteten festgesetzten Beschränkungen können von nun an auch Arbeiter, welche eine mindestens zehnjährige ununterbrochene gesellschaftliche Dienstzeit zurückgelegt haben, zur Fahrt auf den Linien des österreichischen Reiches Schnellzugsanweisungen bewilligt werden. Arbeitern, welche eine mindestens zehnjährige ununterbrochene gesellschaftliche Dienstzeit zurückgelegt haben, können anlässlich ihres Urlaubes für ihre im gemeinschaftlichen Haushalt lebende Ehefrau und ihre ehelichen noch nicht erwerbsfähigen Kinder zur Ermöglichung der gemeinschaftlichen Ausübung des Urlaubes und sonst in besonders berückichtigungswürdigen Ausnahmefällen Anweisungen zur freien Fahrt, und zwar unter den obigen Beschränkungen auch mit Gültigkeit für Schnellzüge zur Fahrt auf den Linien des österreichischen Reiches bewilligt werden. Die für die obangeführten Familienangehörigen der Arbeiter anlässlich des Urlaubes des Familienoberhauptes angesprochenen Freikarten werden ebenso wie die Freikarten für die Arbeiter selbst von den Betriebsinspektoren, Werkstättenleitungen, beziehungsweise von der Materialverwaltung ausgestellt; zur Erteilung der Freikarten an Familienangehörige in Ausnahmefällen ist nur die vorgelegte Direktion berufen. Sämtliche Freikarten für die Arbeiter und deren Familienangehörige erhalten den Stempelaufdruck „Legitimation vorweisen“; der Karteninhaber ist somit stets dem Legitimationszwang unterworfen.

131. Änderung der Bestimmungen für den Arbeiterauschuss bei der 1. f. priv. Südbahngesellschaft (österreichisches Reich).

1. Am Schlusse des 5. Absatzes des § 6 wird folgender neue Satz hinzugefügt:

„Außerdem sind in die Tagesordnung alle jene Angelegenheiten aufzunehmen, die wegen Abgabe eines Gutachtens vor den Arbeiterauschuss gebracht werden sollen.“

2. Der 8. Absatz des § 6 erhält folgende neue Fassung: „Zur Beschlußfähigkeit ist die Anwesenheit von mehr als der Hälfte der Ausschussmitglieder erforderlich; es bleibt dem Ermessen des Vorsitzenden anheimgestellt, bei Fehlen einzelner Ausschussmitglieder den Beratungsgegenstand in Verhandlung zu nehmen oder für die nächste Sitzung zu verlagern.“

3. Am Schlusse des 1. Absatzes des § 7 wird folgender neue Satz hinzugefügt:

„Erleidet ein Mitglied infolge der Teilnahme an den Sitzungen des Ausschusses eine Einbuße an den Nebenbezügen, so erhält es nebst seinem normalen Tagelohn eine Entschädigung im Betrag der Hälfte seines normalen Tagelohnes.“

132. Zirkularen in Arbeiterangelegenheiten.

Einem wiederholt vorgebrachten Wunsche der Arbeiterschaft entsprechend, finde ich mich bestimmt, folgendes anzuordnen:

1. Alle Erlässe, welche auf Grund der Verhandlungen im Arbeiterauschuss von der Generaldirektion in allgemeinen Arbeiterangelegenheiten hinausgegeben werden, sowie alle sonstigen Verfügungen, welche die gesamte Arbeiterschaft des österreichischen Reiches betreffen, sind künftighin in der Zirkulariensammlung A zu veröffentlichen.

2. Die Zirkulariensammlung A hat von nun an zur Einsicht nach Diensteszulässigkeit für die unterstehenden Arbeiter bei der vorgelegten Dienststelle aufzulegen.

3. Alle Mitglieder und Erfahrmänner des Arbeiterauschusses sind in Zukunft ständig mit einem Exemplar der Zirkulariensammlung A zu versehen. Die hierfür erforderliche Anzahl von Exemplaren der Zirkulariensammlung A wird den betreffenden Dienststellen seitens der vorgelegten Direktion zukommen.

Von dem Inhalt dieses Zirkulars sind die Ihnen unterstehenden Arbeiter in Kenntnis zu setzen.

133. Erhöhung der Anfangslöhne und Änderung des Vorrückungsschema für Arbeiter.

In Berücksichtigung der in den letzten Tagungen der Sektionen des Arbeiterauschusses vorgebrachten Wünsche und Anträge hat der Verwaltungsrat über meinen Antrag in seiner Sitzung vom 30. März 1. f. die Verbesserung der gegenwärtig geltenden Lohn- und Vorrückungsnormen sowie für jene Stationen, Heizhäuser, Werkstätten und Bahnerhaltungssektionen, bei welchen dies durch die örtlichen Verhältnisse geboten erscheint, eine Erhöhung der Anfangslöhne genehmigt. Für die Lohnvorrückung haben ab 1. Juli 1. f. nachstehende Normen zu gelten:

Die in den Professionistenstand einzubeziehenden Arbeiter der Heizhäuser, Werkstätten und Bahnerhaltungssektionen sowie des Verkehrs rücken nach je zwei Jahren um 20 S., die sonstigen Arbeiterkategorien nach je drei Jahren um 20 S. bis zur Erreichung des Höchstlohnes vor.

Die Höchstlöhne werden in jenen Dienstorten, für welche eine Erhöhung der Anfangslöhne vorgenommen wird, um den gleichen Betrag hinaufgesetzt; im übrigen bleiben hierfür die bisherigen Grundsätze aufrecht.

Die weiteren Anordnungen wegen der Durchführung der künftig geltenden Lohnvorrückungsnormen und der Lohnkategorieinteilung sowie die genehmigten Lohnaufbesserungen, beziehungsweise die Erhöhung der Anfangslöhne werden seitens der Fachdirektionen den betreffenden Dienststellen bekanntgegeben werden, welche letztere für die Verlautbarung in geeigneter Weise vorzusorgen haben.

Die Lohnerhöhungen werden mit jener Lohnperiode in Wirksamkeit treten, welche mit 1. Mai 1911 beginnt oder in den Monat Mai übergreift.

134. Beteiligung der ununterbrochen beim Bremserdienst beschäftigten Arbeiter mit Dienstkleidern ad personam.

Mit Genehmigung des Verwaltungsrates finden wir uns bestimmt, alle jene Arbeiter, welche normal beim Bremserdienst beschäftigt werden, von nun ab mit Dienstkleidern ad personam zu versehen.

Die Genannten erhalten nachstehende Monturstücke, und zwar:

1 Tuchbluse	Tragzeit 2 Jahre
1 Beinleid Nr. 2	1 Jahr
1 Kommihtuchpaletot	2 Jahre
1 Kappe Nr. 3	1 Jahr
1 Pelzkappe	2 Jahre
1 Leinenbluse	2 Jahre
1 langen nackten Pelz	4 Jahre

Bei eintretendem Wechsel im Bremserstand sind die Dienstkleider des abfallenden Bremfers stets dem Erfahmann des selben zu übergeben, es sei denn, daß die Körpermaße dieser beiden so bedeutend von einander abweichen, daß ein Tragen der betreffenden Kleidungsstücke nicht tunlich erscheint.

Die von Fall zu Fall in Dienst zu stellenden Auslabebremser sind nach wie vor mit Inventardienstkleidern, bestehend aus je 1 Kappe Nr. 3, 1 Pelzkappe, 1 Kommihtuchpaletot und 1 Paderpelz auszurüsten.

Korrespondenzen.

Ebenfurth. Am 30. März 1. f. geriet der Magazinsarbeiter Karl Weiß unter die Räder des Südbahnzuges 1320, wo ihm beide Füße abgefahren wurden. Kurze Zeit nachher erlag er seinen Verletzungen. Die irdische Hülle des Verunglückten wurde am 2. April unter großer Beteiligung der Südbahn- und Staatsbahnbefugten zu Grabe getragen. Allen an dem Leichenbegängnis beteiligten Südbahn- und Staatsbahnbefugten sowie der Musikkapelle Unter-Eggendorf wird der wärmste Dank ausgesprochen. Von den Unterbeamten der Südbahn war kein einziger in Uniform erschienen, weil eben nur ein verunglückter Magazinsarbeiter zu Grabe getragen wurde. Aus dem Benehmen des Stationsarbeiters Schwarz in Unter-Eggendorf können wir nicht unerwähnt lassen. Demselben wird geraten, er möge sich in Zukunft etwas mehr Bildung verschaffen oder bei Leichenbegängnissen fernbleiben.

Wien IX (Wierzig Jahre Eisenbahner). Am 7. April 1. f. fand im Hotel Franz Josephs-Bahn das von der Ortsgruppe Wien IX veranstaltete 40jährige Dienstjubiläum des Genossen Adalbert Blahusch, Blocksignaldienster, Wien II, statt. Genosse Blahusch ist nicht nur einer von den ältesten Eisenbahnern, sondern auch einer der ältesten Mitglieder der Ortsgruppe IX, da er schon vor der Auflösung ein tüchtiger Kämpfer für die Interessen der Eisenbahner war.

Das Fest, in welchem Genosse Knottel die Festsprache hielt, und das Töchterchen des Genossen Kneibinger das Festgedicht in herzen Worten sprach, nahm einen sehr würdigen Verlauf. Genosse Blahusch dankte in bewegten Worten für diese Veranstaltung und gab seinem Wunsche dahin Ausdruck, daß sich alle Eisenbahner der Organisation anschließen sollen.

Es möge sich so mancher Eisenbahner an Genossen Blahusch ein Beispiel nehmen.

St. Veit a. G. In der Sitzung der Personalkommission (Sektion Diener) wurden die Kangleidener der Bahnerhaltungssektion von dem Vorsitzenden grüßlich beschimpft. Die Kangleidener der Bahnerhaltungssektion wurden „als ausrangierte Wächter mit ganz minderwertiger Qualifikation“ bezeichnet. Wenn schon gegeben wird, daß es unter den Kangleidenern einige Kollegen gibt, die zu schriftlichen Arbeiten nicht zu verwenden sind, so gibt es andererseits viele Kangleidener, die zu qualifizierten schriftlichen Arbeiten verwendet werden. So mancher, der bei den Bahnerhaltungssektionen angestellten Perizifikanten mußte erst durch den Kangleidener informiert werden, damit er in späteren Jahren zum Abschreiben verschiedener Schriftstücke herangezogen werden konnte. Dann dürfte auch dem Herrn Vorsitzenden der Personalkommission sicherlich bekannt sein, daß die gegenwärtigen Kangleidener nicht etwa vom Wächterdienst abgezogen wurden, weil sie zu dumm für diese Posten waren, sondern weil sie im Dienste einen Defekt an der Gesundheit erlitten haben. Darum, Herr Vorsitzender, sind sie in Zukunft mit Ihrem Urteil etwas vorsichtiger.

Gänserndorf. In Marchegg unter den jetzigen Verhältnissen Dienst zu machen, ist eine große Kunst und mit wahrer Lebensgefahr verbunden. Um so mehr muß es jeden fühlenden Menschen erbittern, wenn man noch schikaniert wird. Dies kann der Herr Vorstand Inspektor Wanez am besten.

Und zwar versteht es dieser Mann sehr gut, nach oben den besorgten und guten Menschen zu spielen. Aber nach unten! Wehe demjenigen, den er sich einmal aufs Korn genommen, der wird auf Schritt und Tritt verfolgt, ob es ein Beamter oder ein Arbeiter ist.

Am liebsten läßt dieser Herr Kohlen- oder Kalkwagen an einem Sonn- oder Feiertag umladen. Da steht er schmunzelnd dabei und treibt die Leute an, daß sie bald fertig werden, und schickt sie dann nach Hause, damit sie ja nicht einen ganzen Tag bekommen.

Wenn dann später nachmittags eine Arbeit ist, so werden alle Verschieber zusammengejagt. Diese müssen aus- und zuladen. Ist momentan nichts zu tun, so müssen die Verschieber Papier am Platz zusammenlauben. Dazu sind zwei alte Invaliden bestimmt. „Die muß man schonen“, sagt Herr Wanez, „das sind alte Leute.“ Aber daß sie der Herr täglich zehnmal zur Lazarusquelle um Trinkwasser fürs Haus schickt, wo sie jeden Moment überführt werden können, dies achtet er nicht.

Kommt jemand um einen Tag Urlaub, so ist dieser sehr schwer zu bekommen. Wenn aber der Herr Inspektor in einem Jahre 150 Tage beurlaubt ist und 150 Tage zu Hause marodiert, dann ist's eben gut. Ein Bediensteter darf nicht krank sein, sonst ist er ein Schwindler.

Als die Nordbahner von hier vertrieben wurden, so waren einige Gärten, die früher zu den Wohnungen gehörten, zu verpachten. Doch nur die Protektionskinder haben einen Garten bekommen. Der Herr Inspektor hat nicht geteilt mit seinem Garten, trotzdem er früher keinen Garten hatte, hat er sich den Garten vom Nordbahn-Vorstand allein für sich behalten. Auch hat der Herr Inspektor einen „Gepädträger“ ernannt. Dieser ist sein Liebkind. Ein lobiger Burche, der als Stundenpasseprotokollführer fungiert, in der Kanglei den Beamten markiert und draußen beim Zug sich nicht schämt, den Gepädträger zu machen.

Das schönste Stückchen, welches dieser seine Herr Inspektor durchgeföhrt hat, ist die Verteilung der Wohnungen, die früher die Nordbahner bewohnt haben. Es waren zehn Wohnungen, drei davon stehen bis heute leer. Parteien, die

Über alle Ein- und Ausfahrtsgeleise gehen müssen, haben um diese Wohnungen gebeten, wurden jedoch abgewiesen, weil die Wohnungen zu kleinen bestimmt sind. Tatsächlich hat die Wohnung vom Zug 112, 118, 120 je eine ganz komplette Wohnung (Zimmer, Küche und Kabinett), elegant eingerichtet bekommen. Die früheren Lokalitäten, die stets als Musterkassernen galten, stehen jetzt leer.

Aber für die Nordbahner hat der Herr keinen anderen Platz gehabt, als ein Lokal im alten Nordbahnmagazin, wo früher zwei Wagenuntersucher waren. Es ist 3 Meter 70 Zentimeter lang, 2 Meter 70 Zentimeter breit. Die Einrichtung besteht aus 1 Tisch, 2 Bänke, 1 Kleiderkasten mit eingedrückt Türen, 1 alte Kohlenfiste zum Aufbewahren von Ausrüstungsgegenständen, 1 gebrochener Stuhl. Es fehlt Waschtisch und Lampe. In diesem engen Raum müssen 2 Parteien (8 Mann) mit einem Arbeiter, daher 9 Mann auf den Bänken sitzend, wie im Arrest zubringen. Die Wände kann ja ihre Handlärne anzünden, nicht wahr Herr Inspektor, und waschen ist unnütz, da ertragen sie Seife und Handtücher.

Znaim. (Die „Reichsbündler“ als Retter der Magazinsarbeiter.) Bezeichnend für die Leute, die die Führer der Znaimer Magazinsarbeiter spielen wollen, ist es, daß sie selbst für die Magazinsarbeiter nichts tun wollen, daß sie aber dann, wenn die Magazinsarbeiter selbst daran gehen, sich bessere Arbeitsverhältnisse zu schaffen, über diese mit Hohn und Spott herfallen und selbst vor unfaulernen Kniffen nicht zurückzucken, um die Magazinsarbeiter in ihrer Unselbstständigkeit zu erhalten. Als für den 16. März l. Z. zum Besprechen der Lage der Magazinsarbeiter eine 2. Versammlung einberufen wurde, suchte ein Beamter im Abgabemagazin die Arbeiter vom Besuch der Versammlung dadurch abzuhalten, daß er das Gerücht verbreitete, die Versammlung finde nicht statt, weil die Arbeitsverhältnisse im Magazin schon über Betreiben des Herrn Bauer geregelt worden seien. Die Arbeiter ließen sich aber nicht irreführen und gingen doch zur Versammlung. Herr Engel führt als Vorgesetzter im Dienst Neben wie: „Ein jeder, der gestern in der Versammlung war, kann in die Känglei gehen und bekommt dort 2 Kr. für seine Mühe“ oder „Geht nur zum Zahnel oder Schötel, die werden euch schon helfen.“ Alles überboten hat aber der zeilenscheinende Schmierzint des „Reichsbundes“, der für den „Deutschen Eisenbahner“ einen verlogenen Bericht über diese Versammlung schrieb, um durch seinen Hohn die Bestrebungen der Znaimer Magazinsarbeiter lächerlich zu machen. Unsere Zeit und der Raum unseres Blattes ist uns zu kostbar, um gegen diesen albernen Artikel zu polemisieren. Die Znaimer Magazinsarbeiter sind auch selbst imstande, die Sachlage richtig zu beurteilen. Sie sind den Herren vom Reichsbund gut genug, zum Füllen der leeren Kästen des Reichsbundes. Gemacht wird aber von dem Reichsbund für die Magazinsarbeiter nichts oder es werden nur notgedrungen für diese Arbeiter einige Schritte unternommen. Vor einem Jahre wurde ihnen vorgemacht, man hätte ein Gefuch für sie eingereicht. Bis heute ist eine Erledigung desselben nicht eingelangt und es ist sehr fraglich, ob es überhaupt weitergeleitet wurde. An erste Fragen für die Magazinsarbeiter, Lohnhöhung und bessere Bezahlung der Ueberstunden, trauen sich die Reichsbündler überhaupt nicht heran und es ist ihnen nur darum zu tun, die Magazinsarbeiter unselbstständig zu erhalten. Wenn die Herren aber weiter ihren dienstlichen Einfluß dazu mißbrauchen sollten, die Arbeiter zu zwingen, ihnen auch außer Dienst Gefolgschaft zu leisten, werden sie sich gehörig die Finger verbrennen.

Jägerndorf. (Nochmals die Mißwirtschaft im Heizhaus in deutschnationaler Beleuchtung.) Schon zu wiederholtenmalen zwangen uns die Verhältnisse, das Vorgehen gewisser Aufsichtsorgane des Heizhauses in der Öffentlichkeit zu kritisieren. Wir hofften auf eine Besserung, die aber leider bis jetzt auf sich noch immer wartet. Am ärgsten treibt es der deutschnationale „Reichsbundobmann“ Walenta, der den deutschen Arbeitern das Leben zur Qual macht. Er sieht im Arbeiter keinen Gesinnungsgenossen, keinen Nationsangehörigen, sondern nur die Arbeitskraft, die er als Antreiber soviel wie möglich zum eigenen Vorteil auszunutzen trachtet. Er hat es ja leicht, den Antreiber zu spielen, da er selbst nichts arbeitet, eine Arbeit überhaupt nicht kennt und daher immer bei vollen Kräften ist, und meint, bei den Arbeitern, die oft nach einem mörderischen Turnus arbeiten müssen, müsse das auch so sein. Vom Faulenzen bekommt man bekanntlich keine milden Glieder, vom Antreiben schon gar nicht, auch dann nicht, wenn man einige Stunden bei einem gemeinnützigen Institut arbeitet und sich für diese Arbeit, die gewissermaßen ein Ehrenamt sein soll, 150 Kr. auszahlen läßt. Nicht wahr, Herr Walenta?

Erst vor kurzem haben wir in einem Artikel die Verhältnisse aufgedeckt und nachgewiesen, wie der Reichsbundobmann Walenta die ihm unterstellten deutschen Arbeiter zur Arbeit anpeitscht. Heute können wir unsere damaligen Mitteilungen ergänzen.

So kommt es des öfteren vor, daß die Kohlenarbeiter ohne Unterbrechung von 7 Uhr früh bis 4 Uhr nachmittags arbeiten müssen. Eine solche mörderische Arbeit hatte nun vor einigen Tagen eine Kohlenpartie zu verrichten, und als die Arbeiter es um 4 Uhr nachmittags vor Hunger nicht mehr aushielten und ein Stückchen Brot essen wollten, meldete sich der Ablatus des Herrn Walenta, der deutschnationale Hofbauer, und meinte, er werde es dem Herrn Walenta sagen. Er tat es auch, worauf der deutschnationale „Führer“ Walenta die unerhörte Handlungsweise beging, jeden der hungrigen Arbeiter für das Verbrechen, ein Stückchen Brot zu essen, mit 1 Kr. zu bestrafen. Fünf anderen Arbeitern wurden von dem vereinbarten Tagelohn drei Stunden abgezogen und ihnen statt zehn Stunden bloß sieben Stunden verrechnet, als Strafe dafür, weil sie mit dem Ausladen eines Waggons Holz nicht zur bestimmten Zeit fertig waren. Solche Eigenmächtigkeiten vollbringt Herr Walenta täglich mehrere. Die Arbeiter auszufinden ist sein Hauptbestreben, damit es zum Jahreslohn fette Tantiemen gibt.

Aber nicht immer ist der „dicke“ Herr darauf bedacht, die Arbeitskraft zugunsten des Staates auszunutzen. Er verwendet die vom Staat bezahlten Arbeiter oft viele Tage zu seinem persönlichen privaten Dienste, läßt sie in seinem Garten tagelang arbeiten, ohne ihnen einen Heller dafür zu bezahlen. Die Direktion zahlt doch nicht die Arbeiter, damit sie Herr Walenta zu seinen Privatarbeiten verwenden kann! Ueberhaupt gibt es hier Vorgesetzte, die ihre unterstellten Arbeiter nicht allein zu zeitweiligen Privatarbeiten verwenden, sondern direkt als Ersatz der Dienstboten benützen. (Vom Pflücken in den Wäldchen wollen wir vorläufig keine Erwähnung machen.) Diese Herren, welche mit geringer Ausnahme durchwegs „deutsche Reden“ sein wollen, und Herr Walenta ganz besonders, wenden eben den berühmten Sparerlaß mehr für ihre eigene Person an. Die Zeit aber, die die Arbeiter im Garten des „fetten“ Herr Walenta verbringen, muß natürlich eingeholt werden, deshalb dann die Antreiber. Und das ist die Führer der „Deutschnationalen“, die anstatt den Deutschen zu helfen, ihnen das Leben zur Hölle machen.

Daß der Herr Vorstand Rauch von alldem unterrichtet sein soll, erscheint uns fast unglaublich. Sollte es aber der Fall sein, dann müßten wir annehmen, daß er mit dieser Mißwirtschaft einverstanden ist. Entweder wird Herr Rauch diese Vorkommnisse abzustellen trachten, oder wir sind genötigt, noch mehr aufzudecken.

Ihr Arbeiter im Heizhaus und bei der Kohle, lernt eure Schlafenslage kennen und schließt euch euren Ziel- und Klassenbewußten Kollegen an!

Semmering. Der wirkliche Arbeiterfreund zeigt sich in der Bedrängnis und Notlage. Am Ostermontag verschied plötzlich nach einem erlittenen Schlaganfall die Gattin unseres Genossen Vinzenz Berner. Für das herliche Entgegenkommen sei Herrn Stationschef Hans Fröhlich und Herrn Bahnarzt Dr. Hans Paul der wärmste Dank ausgesprochen. Auch allen Teilnehmern am Leichenbegängnis sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

Krottendorf (Steiermark). Durch den herrschenden Zinswucher und der großen Wohnungsnot wird die am schlechtest entlohnnte Arbeiterschaft aus den geschlossenen Orten vertrieben und muß sich weit von ihrer Arbeitsstelle notwendige Wohnungen verschaffen. So ergeht es hauptsächlich den Oberbauarbeitern der Südbahn. Die in Voitsberg Beschäftigten müssen zum Teil in Krottendorf wohnen, sich daher schon um 3/6 Uhr früh am Bahnhof in Krottendorf einfinden, um mit dem ersten Zug zur Arbeitsstelle nach Voitsberg gelangen zu können. Diese Verhältnisse klingen ihre Nachtruhe um mehr als zwei Stunden. Wie bitter dies im Winter empfunden wird, ist begreiflich, aber es läßt sich dagegen aus den bezeichneten Gründen eben nichts tun. Wenn nun aber zu all dem Uebel die Oberbauarbeiter noch dazu von einem faulen den Kinderstücken entworfenen Beamten in der unsäglichsten Weise, wie: Ihr Horde, faules Gefindel und Bagage beschimpft wird, einzig und allein deswegen, weil sie sich in der Zeit, wo sie in Krottendorf den Zug erwarten, nicht zum Wagenstiegen herbeilassen wollen, was sie als Arbeiter der Bahnerhaltung gar nicht angeht, dann muß die Geduld auch bei dem Geduldigsten reizen. Der Mann in der Krottendorfer Station hätte besser getan, wenn er noch ein paar Jahre in eine Erziehungsanstalt gegangen wäre, wo ihm noch die und da mit der Birkenrutte das Hinterzeug angekränzt worden wäre, bevor er sich dem Eisenbahndienst gewidmet hat. Nachdem er aber schon einmal da ist, läßt sich nicht mehr viel ändern, aber Sache seines Lehrherrn, des Herrn Stationschef, wird es sein, diesem Herrchen den § 42 der allgemeinen Dienstordnung für Beamte und Diener gut einzuprägen.

Linz an der Donau. Als die Einreihung der Wächter in die dritte Dienstkategorie erfolgte, wurden in Linz auch sechs Torwächter miteingereicht. Wie erstaunten diese guten Leute, als man ihnen vor kurzer Zeit erklärte, daß den Torwächtern keine Uniform gebühre und die den Torwächtern bereits vor Jahren übergebene Montur wieder abgenommen wurde. Auf die wiederholten Witten der Torwächter wird stets geantwortet: Den Torwächtern gebührt keine Montur. Nun sind diese Torwächter zumeist berunglückte Bedienstete, die infolge eines Unfalls zum Krüppel wurden. Diese Krüppel werden von der k. k. Staatsbahnverwaltung als Torwächter verwendet. Es ist nicht genug Schande, daß ein staatliches Unternehmen die zum Krüppel gewordenen Bediensteten nicht besser versorgt, muß sie diesen unglücklichen Menschen auch noch die Montur wegnehmen. Oder glaubt die k. k. Staatsbahndirektion in Linz, daß die Torwächter den Dienst im Adamskostüm versehen können? Es wird Sorge getragen werden, daß diesen armen Teufeln eine Montur zukommen wird. Das k. k. Eisenbahnmünisterium wird doch nicht schäbiger sein, wie der profitgierige Privatunternehmer.

Lundenburg. Endlich hat die Aera eines der rückständigsten, altösterreichischen Stationsgehaltigen ihren Abschluß gefunden. (Vgl. Amtsblatt 23. Stf. ex 1911.) Keiner, auch nicht der letzte Bedienstete der Station Lundenburg kann so gefühlslos sein, seinem langjährigen Chef in diesem Augenblick, welcher ein Leben, eine Existenz abschließt, nicht ein herzlichliches Lebenswohl nachzurufen.

Aber wie fast nichts auf der Welt ohne bitteren Beigeschmack, so wendet auch dieses letzte Wort alle Bitternisse im Herzen manches Altgedienten in Lundenburg, indem er sich sagen muß — kaiserlicher Rat Herr Josef Freinl hat direkt niemand geschadet — aber er hat auch niemand genützt.

Und es ist wie ein Zufall, daß gerade dieses Amtsblatt, welches eine Vererbung in den dauernden Ruhestand verlaubbart, ein Beweisdokument sein soll von dem Vorwärtigen. In diesem Amtsblatt wird verlaubbart, daß mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1911 folgende Anzahl Arbeiter als Aushilfsdiener in das k. k. Staatsbahnverhältnis aufgenommen werden, und zwar 48 Aushilfswagenschreiber, 12 Aushilfsabfahrschreiber, 8 Aushilfslampisten, 7 Aushilfswächter und 398 Aushilfsverschieber, wovon auf die Station Lundenburg 1 Aushilfswagenschreiber und 1 Aushilfsverschieber entfällt, während für die Stationen Strahhof 17 Aushilfswagenschreiber und 62 Aushilfsverschieber, für die Station Oberberg 3 Aushilfswagenschreiber, 5 Aushilfslampisten und 78 Aushilfsverschieber, für die Station Märtsch-Ostrau 4 Aushilfswagenschreiber und 46 Aushilfsverschieber und für die Station Prerau 4 Aushilfswagenschreiber und 46 Aushilfsverschieber mit erhöhtem Tagelohn ernannt wurden.

In der Station Lundenburg gibt es Leute, welche drei bis acht provisorische Dienstjahre aufweisen, Prüfungen haben und denen das Gehalt um Aufnahme in das provisorische k. k. Staatsbahnverhältnis samt dem 1 Kr.-Stempel vor die Füße geworfen wird, im Moment, wo sie sich erlauben, ein solches zu überreichen, und ein donnerähnliches Getöse begleitet den Wirtsteller hinaus, so daß er auf lange Zeit die Luft verliert, noch einmal darum anzufuchen.

Auf Jahre zurückblickend, können wir konstatieren, daß das Personal von Lundenburg insgesamt nur das erreichte, was schon das eiserne Ruch gebot oder das Personal sich selbst erkämpfte. Daher herrscht auch unter dem Personal eine derartige Verstimmlung und Gleichgültigkeit in ihren Dienstobliegenheiten, welcher Zustand auf die Dauer unhaltbar wäre und zu den schwersten Verkehrsdifferenzen führen könnte.

Da nun mit 1. Juli d. J. dieses langjährige, altösterreichische „Fortgewurzel“ seinen Abschluß findet, ist ein allgemeines Aufatmen der Bediensteten zu beobachten, welches nur dadurch etwas beeinträchtigt wird, indem sich jeder die Frage stellt, ob etwas Besseres nachkommt. Daher der einstimmige Ruf der Bediensteten von Lundenburg nach einem unparteiischen, objektiven und gerechten Vorstand des k. k. Bahnbetriebsamtes.

Ölmütz. So wie alljährlich zum neuen Jahre ein Gefuch der k. k. Staatsbahndirektion Ölmütz zu erwarten war, so kam auch diesmal ein Erlaß, in welchem uns angedroht wird, daß im Sinne des § 40, Punkt 2 der Dienstordnung, die Verwendung eines Unterbeamten auf einen Dienstposten überhaupt nicht verfügt werden kann. Es wird deshalb ein Unterbeamter, der aus irgendeinem Grunde in seiner Bedienstetenkategorie nicht weiter Verwendung finden kann, unter Anwendung der Bestimmung des § 130 der Dienstordnung in den Ruhestand versetzt. Doch wenn so ein Unterbeamter bittstellig wird und auf sein ihm zustehendes Recht verzichtet, so kann er gnadenweise im aktiven Dienst belassen werden, selbstverständlich muß er auf seine Vorurteile verzichten. Also, das ist die lang ersehnte Aufbesserung, bei dieser enormen Teuerung. Warum gerade einem Bediensteten mit Pension drohen? Wäre es nicht viel klüger, wenn eine kürzere Dienstzeit und ein schnelleres Vorrücken bewilligt würde, dann möchten solche Fälle nicht vorkommen. Oder ist kein Geld vorhanden? Was gedenkt die k. k. Staatsbahndirektion Ölmütz mit solchen Unterbeamten, welche eine Dienstzeit von 37 Jahren hinter sich haben, zu tun? Genießen dieselben eine besondere Vergünstigung oder hohe Protektion? Wir werden nicht verschämen, auf diese Zustände sowie Protektionswirtschaft, welche sich hier seit einiger Zeit eingewurzelt hat, den Herrn Eisenbahnminister aufmerksam zu machen.

Jägerndorf. Der Vorstand der Streckenleitung in Jägerndorf, Herr Inspektor Landa, scheint sich um das Verschubpersonal mehr zu interessieren als um seine dienstlichen Angelegenheiten.

So hat er vor einiger Zeit sich über das Verschubpersonal gegenüber einem höheren Beamten wie folgt geäußert: „Die Verschieber wollen anstatt Dienstmachen, nur schlafen und faulen.“ Es ist wirklich nicht am Platz, sich über Leute lustig zu machen, die einen so schweren und gefährlichen Dienst verrichten wie die Verschieber. Wir glauben, daß das Verschubpersonal in Jägerndorf dem Stationsvorstand Herrn Inspektor Griesmann untersteht und nicht dem Streckenvorstand Landa.

Rudig. (Todesfall.) Den 9. April fand unter zahlreicher Beteiligung das Begräbnis des am 7. April verstorbenen Streckenwächters Genossen Franz Poliska in Tschentsch statt. Genosse Poliska hinterläßt eine Witwe mit zwei Kindern.

Die Erde sei ihm leicht!

Saalfelden. Anlässlich einer Debatte im Verkehrs-bureau äußerte sich der Herr Stationsvorstand Lechleitner, daß es ihn nicht wundere, daß Oberkondukteur M. der sozialdemokratischen Organisation angehört, jedoch bei Oberkondukteur B. kann er nicht begreifen, wieso ein gebildeter Mann so einer Organisation angehören kann.

Wir wollen über die Ansichten des Herrn Lechleitner über sozialdemokratische Organisationen nicht streiten, doch können wir Herrn Lechleitner auf das Bestimmteste versichern, daß die organisierten Eisenbahner sich in puncto Intelligenz und Bildung an Herrn Lechleitner kein Muster nehmen könnten. Die Bildung und Intelligenz der organisierten Eisenbahner in Saalfelden reicht vollständig aus, um mit der übrigen Bevölkerung in Ruhe und gegenseitiger Achtung zu leben, was man jedoch von der gegnerischen Seite nicht immer behaupten konnte. Gar so manche dunkle Geschichte und unerquidliche Sache mußte mit dem Mantel der Verschwiegenheit zugedeckt werden. Wir haben schon manchen guten und auch manchen schlechten Vorstand kommen und wieder gehen sehen; auch Herr Lechleitner wird nicht ewig in Saalfelden bleiben wollen, und wenn er sich schon heute nach einer bequemeren Station sehnt, so dürfte dies auch seine Gründe haben. Herr Lechleitner, lassen Sie die organisierten Eisenbahner als solche hübsch in Ruhe, sonst könnten diese sich eingehender mit Ihrer werten Person befassen.

Wiener-Neustadt. Die Zugbegleiter von Wiener-Neustadt protestieren dagegen, daß ein Herr Sepper in einer am 28. Februar in Neudling stattgefundenen Versammlung im Namen des Wiener-Neustädter Zugbegleitungs-personals gesprochen hat. Herr Sepper hätte im strengsten Fall von vier Mann, welche Mitglieder des Südbahnbundes sind, sprechen können. Die 74 Zugbegleiter in Wiener-Neustadt verwarfen sich auf das Entschiedenste, durch eine derartige Panschalierung als Mitglieder einer gelben Organisation betradet zu werden, und erklären, daß sie weder Herrn Sepper mit ihrer Vertretung bevollmächtigt noch sonst mit den gelben Südbahnbündern etwas gemein haben wollen.

Die Zugbegleiter in Wiener-Neustadt.

Selzthal. Seit Jahren verlangt das Personal die Erbauung von Personalkäusern. In der letzten Sitzung der Personalkommission wurde die Verwirklichung dieser dringenden Frage zugesagt. Die Erbauung von Personalkäusern in Selzthal ist zur zwingenden Notwendigkeit geworden, da durch die neuerbaute Umladehalle und den projektierten Umbau des Wohngebäudes eine größere Anzahl von Arbeitern beschäftigt wird. Wie notwendig die Erbauung von Personalkäusern ist, beweist schon die Tatsache, daß man bei zwei Gastwirten verschiedene Räume mieten mußte, um das auswärtige Zugbegleitungs- und Maschinenpersonal unterzubringen. Ueberdies ist die alte „Linger Kaserne“ so baufällig geworden, daß das Personal aus dieser Kaserne heraus mußte. Einseitigen werden die Parteien in den Räumen der großen Kaserne zusammengepackt. Wenn sich der Amtschimmel einigermaßen bemüht, so kann in kürzester Zeit mit dem Bau der Personalkäuser begonnen werden. Höchste Zeit wäre es.

Selzthal. Der Assistent Herr Topp wird ersucht, sich im dienstlichen Verkehr mit den Untergebenen eines angemessenen höflichen Tones zu bedienen. Bei einiger Zurückhaltung dürfte es Herrn Topp ein Leichtes sein, sich bessere Manieren im dienstlichen Verkehr anzueignen. Baldige Besserung, Herr Topp!

Pragerhof. Am 31. März machte der diensthabende Beamte, Herr Wuchte, die Anzeige, daß der Wagenmeister Picinin bei Zug 76 während der Vakuumprobe nicht anwesend war und sollte Picinin überhaupt bei diesem Zug nicht gewesen sein. Am 6. April kam Herr Inspektor Fiala aus Marburg zur Einvernahme und Picinin sollte sich rechtfertigen. Picinin verantwortete sich dahin, daß er bestimmt am 31. März bei Zug 76 anwesend war, doch hatte er im hinteren Zugteil bei einem Bremswagen eine kleine Reparatur auszuführen, infolgedessen er bei der Vakuumprobe nicht anwesend sein konnte.

Diese Verantwortung wurde auch von zwei Bediensteten bestätigt. Herr Fiala entgegnete: „Daß Sie im hinteren Zugteil einen Mangel an der Bremsvorrichtung gefunden haben, das hätten Sie vorschriftsmäßig melden sollen, damit wir den Laibacher Wagenuntersucher strafen könnten. Da Sie dies unterlassen haben, werden Sie mit 1 Kr. bestraft.“

Aus dem ganzen Vorgang dieser protokollierten Einvernahme war bemerkbar, daß Picinin gestraft werden sollte, ob so oder so. Wir wollen uns aus prinzipiellen Rücksichten nicht weiter über dieses eigenartige Strafverfahren äußern, doch müssen wir den Beamten Wuchte schon höflichst bitten, bei dienstlichen Rapporten stets bei der Wahrheit zu bleiben. Wir verlangen gewiß keine Protektion und kein Vertuschen, eine derartige Liebedienerei überlassen wir ruhig den reichsbündlerischen Kameraden. Da der Wagenmeister Picinin kein Reichsbündler ist, so wollte man denselben durch eine derartige Anzeige ein wenig zwicken. Wir sind neugierig, ob Herr Wuchte bei nächster Gelegenheit, wenn er selbst oder einer seiner Getreuen beim Zuge fehlt, die Anzeige macht.

Vödenbach an der Elbe. Wie es jetzt hier zugeht, spottet jeder Beschreibung. Am schmachlichsten ist die Behandlungsweise des Personals der k. k. Staatsbahnen und k. k. St. E. G. Es kommt so vor, als wollten einige Herren der k. k. St. E. G. auf das Konto des Personals bessere Posten ergattern. Ein derartiger Herr ist Herr Kasper und der zweite ist Herr Bed.

Am 4. März 1911 bekam ein Verschieber der k. k. St. E. G. vom Verkehrsbeamten den Auftrag, das Brutto von der k. k. Staatsbahn zu holen, dabei gleich die leeren Wagen mit hinüberzunehmen. Die Verschieber wollten diesem Befehl nachkommen, jedoch wie dieselben zur Ausfahrt auf die k. k. St. E. G. kamen, wurden sie aufgehalten. Da kam Bed. und befahl: „Maschine los und verschiebt jetzt auf den Umladeplatz.“ Der vom diensthabenden Beamten der k. k. St. E. G. beauftragte Verschieber erklärte, daß er den Auftrag habe, mit den leeren Wagen auf die k. k. Staatsbahn zu fahren, um das Brutto zu holen, weil es für den Zug 883 gebraucht wird, außer Herr Bed trägt die Verantwortung, wenn der Zug verspätet wird. Darauf sprach Bed.: „Es ist schon gut, bleibt nur stehen.“ In diesem Moment kam der Beamte Kasper der k. k. St. E. G. und erklärte: „Sie wollen nicht verschieben?“ Der Verschieber antwortete: „Ich habe nicht gesagt, daß ich nicht verschieben will, sondern Herr Bed soll den diensthabenden.“

Versammlungsberichte.

Wächterkonferenz des Staatsbahndirektionsbezirkess Linz.

Am Sonntag den 2. April fand in Linz in Wipplingers Gasthaus um 1/2 9 Uhr vormittags eine Konferenz des gesamten Wächterpersonals statt.

Zu der Konferenz waren insgesamt 168 Wächter aus allen Richtungen des Direktionsbezirkess erschienen. Anwesend waren ferner Personalkommissionsmitglied Genosse Lehner, Zentralarbeitsausschussmitglied Genosse Freyschlag und von der Zentrale Zentralpersonalkommissionsmitglied Genosse Sommerfeld aus Wien.

Genosse Lehner erstattete einen ausführlichen Bericht über seine Tätigkeit als Personalkommissionsmitglied, der mit großem Beifall aufgenommen wurde. Hierauf erstattete Genosse Sommerfeld an der Hand vieler Beispiele und Anregungen einen Bericht über seine Tätigkeit als Zentralpersonalkommissionsmitglied, dabei insbesondere hinweisend, daß all die Anträge, die in den Kommissionen eingebracht werden, nur dann auch voll und ganz gewürdigt und beachtet werden, wenn alle Kleinlichkeiten in all diesen wichtigen Fragen und Angelegenheiten von den Wächtern beiseite gelassen und dieselben geschlossen und geeint hinter ihren gewählten Vertrauensmännern stehen, jeden Mißton vermeiden oder gar diese Vertrauensmänner, die einen schweren Stand haben, auch für Dinge verantwortlich machen wollen, die diese ganz unbegründet, mitverschuldet oder überhaupt nicht verhindern konnten.

Besonders eingehend zergliederte Genosse Sommerfeld die verschiedenen Turnusse sowie die Frage der baldmöglichen Erreichung der Nachdienstzulage, der Gewährung geförderter Vorruhestandsfristen, insbesondere für ältere Diener sowie Regelung der Dienstzeit etc. Mit dem Appell, es möge jeder Anwesende diese Worte beherzigen und in diesem Sinne agieren, daß die Organisation stark und mächtig wird, wo auch dann die Kommissionsmitglieder imstande sein werden, mehr als bis dato zu erreichen, schloß er seine Ausführungen.

Nach dessen Rede entwickelte sich eine regsame Diskussion, wo sich eine große Anzahl Redner beteiligten sowie Beschwerden erhoben, wie in einzelnen Dienststellen die Wächter schikaniert und ausgebeutet werden. Allgemein wurde der Wunsch geäußert, jede Zersplitterungsverfuche in die Reihen der Wächter mit allen zu Gebote stehenden Mitteln abzuwehren und treu an das Lösungswort: „Einer für alle, alle für einen“ festzuhalten.

Zum weiteren Punkt der Tagesordnung wurde über Antrag des Genossen Schuch ein Wächterkomitee zur Beratung aller wichtigen Fragen aufgestellt und auch einstimmig gewählt. Obmann Genosse Wahlmüller, Linz, Personalarbeiter (Staatsbahn), Bld A, Stiege III.

Nachdem auch dieser Punkt erledigt war, richtete Genosse Weiser an alle Versammelten aufmunternde Worte, im Kampf auszuhalten, mitarbeiten an den Ausbau der Organisation und zum Schluß seiner Ausführungen noch die Aufforderung richtete, die Wächter mögen, eingedenk des kommenden Reichstagswahlkampfes auf ihren Posten als Wächter für Freiheit und Recht ihren Mann stellen, damit endlich eine bessere Zeit herankommt.

Prag. (Bewegung unter den Rangleigehilfen.) Am Sonntag den 19. März fand in Prag eine Versammlung der Rangleigehilfen statt, welche sich mit den traurigen Verhältnissen dieser Kategorie befaßte und hauptsächlich darüber verhandelte, auf welche Art für die Zukunft vorgegangen werden soll, damit die Forderungen dieser Kategorie, welche von einer Deputation und durch die Organisation dem Eisenbahnministerium übergeben wurden, verwirklicht werden. Es wurde bloß eine Forderung gestellt, und zwar: „Die Rangleigehilfen sind nach fünfjähriger Dienstleistung, mit Einrechnung der provisorischen Dienstjahre, zu Offizianten zu ernennen.“ Ueber die anderen Forderungen wurde beschlossen, daß die Zentraleitung unserer Organisation ersucht werde, neuerdings die durch die Deputation der Rangleigehilfen beim Eisenbahnministerium vorgebrachten Forderungen zu urgieren.

Durch den Vertreter des Prager Sekretariats wurde auf die Gleichgültigkeit unter der genannten Kategorie hingewiesen. Die Anwesenden versprachen, zur Stärkung der Organisation arbeiten zu wollen, denn nur durch die einheitliche sozialdemokratische Organisation kann ihnen geholfen werden.

Wien-Gründung. Am 13. April fand im „Hotel Union“ eine gutbesuchte Versammlung der Wochensignalbiener und Wächter statt, wo Genosse Sommerfeld über die „Forderungen der Eisenbahner“ referierte.

Wien-Gründung. Am 16. März fand in Summerers Gasthaus, Wien XX, eine gutbesuchte Versammlung der Feighausarbeiter und Berufsschreiber statt, wo die Genossen Innerhuber, Klotz und Drews über Berufsangelegenheiten referierten. Mehrere Redner berurteilten die Sonderbestrebungen des christlichsozialen Feighausvereins, der sich als gelbe Streikbrecherorganisation entpuppte, und forderten zum Anschluß aller Berufsschreiber und Feighausarbeiter an den „Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsverein für Oesterreich“ auf.

Wien. (Staatsbahngesellschaft.) Am 8. April 1911 waren zwei Deputationen der Arbeiter des Feighaus und der Feighauswerkstätte Wien (St.-E.-G.) bei Hofrat Trnka, um ihm die Wünsche dieser Arbeiter, in einem Memorandum zusammengefaßt, zu überreichen, in dem sie ihm gleichzeitig die Lage derselben schilderten. In der Hauptsache handelte es sich darum, daß auch diese Arbeiter endlich in die Rechte aller übrigen Staatsbahnarbeiter dieser Kategorie eingeseht und denselben gleichgestellt werden. Außerdem war die Lohnaufbesserung rechtmäßig schon am 1. Jänner 1911 fällig geworden, doch ist bis heute die Lohnaufbesserung nicht durchgeführt worden. Durch die noch nicht erfolgte Gleichstellung sowie durch die bis heute ausgebliebene Lohnaufbesserung sei die Lage dieser Arbeiter eine verzweifelte geworden, und habe sich derselben eine ungeheure Aufregung bemächtigt. Der Hofrat erwiderte, daß keine einzige der vorgebrachten Angelegenheiten von ihm abhängig sei, zu erfüllen, da alles beim Eisenbahnministerium liege, von wo er hoffe, daß es bald zurückkommen werde, was allerdings noch drei oder sieben Tage, vielleicht auch einen Monat, dauern könne. Im Tenor seiner Ausführung lag jedoch ein sehr herber Ton und die Deputationsmitglieder verneinten, aus demselben herauszuhören, daß die Arbeiter der St.-E.-G., die eine große Hoffnung auf die Einreichung setzten, nicht alles verwirklicht sehen werden, was ihre Lage zu bessern notwendig wäre. Die Stimmung unter den Arbeitern ist eine sehr erregte.

Die Erregung kam in der Versammlung, welche am Montag den 24. April 1911, abends, im Arbeiterheim, X. Bezirk, stattfand, deutlich zum Ausdruck. Die Versammlung war massenhaft besucht und erstatteten die Deputationsmitglieder den Bericht über das Resultat der Vorgespräche. In stürmischen Tönen erklärten die Versammelten, nicht länger mehr warten zu können. Genosse Müller von der Zentrale berichtete der Versammlung, daß sich Genosse Tomischil noch bis spät abends vergeblich bemüht habe, von Herrn Sektionsrat Dr. Bösch eine Antwort zu erhalten. Nach einer äußerst erregten Debatte wurde unter stürmischer Zustimmung be-

schlossen, noch bis 26. d. M., abends, zu warten. An diesem Tage findet abends eine neuerliche Versammlung statt, in welcher die endgültigen Beschlüsse gefaßt werden sollen.

Bilsen. Am 12. März fand in Bilsen eine Versammlung der Bahnrichter statt, wo Genosse Bucher über die Forderungen der Bahnrichter referierte.

Signundshergberg. Am 2. April sprach hier in einer gutbesuchten Versammlung Genosse Dusek über die Lage des Eisenbahnerpersonals.

Gänserndorf. Am 19. März fand in Gänserndorf eine gutbesuchte Versammlung des Streckenpersonals statt, wo die Genossen Stemmer, Galle und Juhasz über die Entziehung des monatlichen dienstfreien Tages bei der A.-B.-W. referierten. Nach den Berichten der einzelnen Referenten wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die versammelten Streckenwächter und Streckenbegeher erklären, an den von dem k. k. Eisenbahnministerium und von den k. k. Direktionen zugestandenen monatlichen dienstfreien Tagen festzuhalten. Die Zentrale und die Mitglieder der Personalkommissionen werden aufgefordert, alles daranzusetzen, daß die bewilligten Zugeständnisse auch eingehalten werden. Die Streckenbegeher und Streckenwächter erklären, durch Einigkeit und Anschluß an die gewerkschaftliche Organisation jeder Verschlechterung des Personals mit allen gesetzlichen Mitteln entgegenzutreten. Weiters wurde beantragt, daß in nächster Zeit eine Konferenz des Streckenpersonals der Nordbahn einberufen wird, wo dann eventuell bindende Beschlüsse gefaßt werden.“

Aus den Organisationen.

Jedlesee. Samstag den 8. April d. J. fand die diesjährige Generalversammlung der Ortsgruppe statt, bei welcher nach einem befriedigenden Rückblick des Obmannes und Bericht der Funktionäre folgende Genossen in den Ausschuss gewählt wurden.

A. Bed, Obmann, A. Tutter, Stellvertreter für die Werkstätte, A. Sobel, für den Betrieb; A. Rohringer, A. Beybar, Schriftführer; A. Schuster, A. Tschopp, Kassiere; L. Beybar, J. Nepomukly, Bibliothekare; Donner, Nepomukly, Langer, Eihounet, Weisger; Mützl und Sturm, Kontrolloren.

Gänserndorf. Die Ortsgruppe hat in ihrer am 18. April d. J. in Gernys Gasthaus abgehaltenen Generalversammlung folgende Genossen gewählt: Lambert Krenn, Ortsgruppenleiter; Johann Jofsch, Karl Galle, Josef Starlinger, Martin Hofe und Franz Deller, Ausschussmitglieder; August Strelsky und Josef Kaffner, Revisoren.

Der neugewählte Ausschuss hat sich sofort konstituiert und Genossen Josef Starlinger zum Schriftführer und Johann Jofsch zum Kassier gewählt.

Es sind daher alle Zuschriften, Wünsche und Beschwerden an Genossen Lambert Krenn zu richten.

Gleichzeitig diene den Mitgliedern zur Kenntnis, daß von nun ab die Sitzungen sowie die Ausschusssitzungen nur mehr am 3. eines jeden Monats regelmäßig stattfinden.

St. Veit a. d. Glan. Bei der am 23. April stattgefundenen Generalversammlung wurden folgende Funktionäre gewählt: Bohner, Obmann, Hubmann, Stellvertreter; Hattenberger, Kassier, Petersmann, Stellvertreter; Prigl und Geier, Schriftführer; Machs und Pollanz, Revisoren; Goldgruber und Glasberger, Bibliothekare; Vessiat, Reimund, Wiesnegger, Schwellberger, Gzipin, Veschanz, Pribas, Kober und Johann Vessiat, Ausschussmitglieder.

Nach der Wahl hielt Genosse Somitsch einen Vortrag.

Lienz. Bei der am 10. d. M. stattgefundenen Generalversammlung wurden nachstehende Genossen gewählt: Hans Maier, Obmann, Ludwig Brandl, Stellvertreter; Alois Jarz, Schriftführer, Josef Peter, Ferdinand Heberle, Stellvertreter; Michael Partl, Kassier, Lukas Grath, Karl Anderl, Stellvertreter; Ambros Luger, Bibliothekar, Albrecht Mayr, Richard Komposch, Stellvertreter; Simon Heuberger, Alois Dedet, Kontrolloren; Hubmann, Simobling, Dobovisek, Reis, Neubauer, Söhl, Markytan, Sintner, Brunner, Luchner, Karre, Ausschussmitglieder.

Alle Zuschriften in Vereinsangelegenheiten sind an Genossen Hans Maier, Lienz, Reichstraße 326, zu senden.

Spittal a. d. Drau. Die Ortsgruppe Spittal a. d. Drau ersucht die übrigen Ortsgruppen des Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsvereins um Ueberlassung von überflüssigen Büchern.

Schwechat-Medering. Bei der am 3. April stattgefundenen Generalversammlung wurden folgende Genossen in den Ausschuss gewählt: Heinrich Tschakert, Obmann, Johann Konfer, Stellvertreter; Stephan Jariß, Schriftführer, A. Duda, Stellvertreter; Anton Hummel, Kassier; Johann Dinstl, Leopold Strangl, Revisoren; J. Gebauer, Ludwig Holzappel, J. Urbanek, Ausschüsse; Jakob Gebauer, Vertrauensmann. Es diene den geehrten Mitgliedern zur Kenntnis, daß jeden ersten Montag im Monat in Herrn Woidts Gasthaus, Wienerstraße 40, die Monatsversammlung und jeden dritten Montag die Ausschusssitzung um 1/2 8 Uhr abends stattfinden. Die Mitglieder werden im eigenen Interesse ersucht, zahlreich zu erscheinen.

Varischitz. Bei der am 22. März 1911 abgehaltenen Generalversammlung der Zählstelle wurden folgende Genossen in den Ausschuss gewählt:

Ferdinand Schramel, Obmann, Adolf Sauznicka, Stellvertreter; Gustav Humplik, Kassier, Alois Wolf, Stellvertreter; Karl Böhmisch, Kontrollor, Alois Gal, Stellvertreter; Johann Kohl, Kondukteur, Kassier für die Strecke. Alle Zuschriften sind an den Obmann Ferdinand Schramel, Kondukteur, Geborgenheiten an den Kassier Gustav Humplik, Kondukteur, zu senden.

Wien IX Mittergrund. Am 23. März fand im Hotel Union die diesjährige Generalversammlung der Ortsgruppe statt. Obmann Genosse Kneidinger sowie die übrigen Funktionäre brachten ausführliche Berichte über die Tätigkeit des Ausschusses im verfloffenen Jahre.

Aus diesen Berichten ging hervor, daß die Ortsgruppe im verfloffenen Jahre 20 diverse Versammlungen, 13 Ausschüsse und 2 Komiteefestungen abhielt sowie mehrere Interventionen im Interesse der Mitglieder notwendig waren. Korrespondenzen waren 154 Eingänge und 128 Ausgänge.

Die Einnahmen samt Saldo vom 31. Dezember 1909 betrugen Kr. 9306-67, die Ausgaben Kr. 8441-47, somit ein Saldo mit 31. Dezember 1910 von Kr. 865-20.

Die Berichte wurden mit Zufriedenheit zur Kenntnis genommen und über den Antrag der Kontrolle dem scheidenden Ausschuss das Absolutum einstimmig erteilt.

Bei der hierauf erfolgten Neuwahl wurden folgende Genossen in den Ausschuss gewählt:

Konstantin Kneidinger, Obmann, Wilhelm Knottel und Franz Hofmann, Stellvertreter; Ferdinand Holzger, Kassier, Karl Innerhuber, Leopold Straßer, Bahn-erhaltungssektion, und Michael Urban, Stellvertreter; Leopold Ruttner, Schriftführer; Karl Anders und Otto Kotton, Stellvertreter; Matthias Moser, Bibliothekar, Matthias Komolka, Johann Wagner und Florian Eisner, Stellvertreter; Franz Hubbaumer, Johann Herzog und Peter Riha, Kontrolloren.

Sodann hielt Genosse Adolf Müller von der Zentrale einen Vortrag.

den Beamten telephonisch verständigen, damit er weiß, wo sich die Partie befindet.“ Da erwiderte Herr Kasper: „Das brauchen wir nicht; wenn Bed sagt, Ihr müßt drei Stunden verschieben, so müßt Ihr es machen. Schade, daß Sie schon graue Haare haben und nicht wissen, wenn der Herr Bed sagt, Sie müssen verschieben, daß Sie es machen müssen. Euch wäre es halt am liebsten, Ihr könntet nur schlafen.“ Es wäre gar nichts bei der ganzen Sache dabei gewesen, wenn dies im menschlichen Ton gesprochen worden wäre, aber so glaubten alle Leute, daß ein großes Unglück geschehen sein müsse. Es wäre wirklich angebracht, wenn diese Herren die Instruktion XXV, Artikel 6, Absatz 3, mit größter Aufmerksamkeit lesen würden.

Komotau. (Der Reichsbund in höchster Aufregung.) Zu Nr. 10 des „Der deutsche Eisenbahner“ finden wir eine Notiz, welche uns unwillkürlich die Achseln anstrengt und kann ein vernünftiger Mensch gar nicht klug werden, was der Berichterstatter eigentlich mit seinem Quatsch will. Wir mutmaßen, daß dieser Artikel eine Antwort auf den in Nr. 8 unseres Fachblattes erschienenen Bericht, in welchem die Verlogenheit des Herrn Schlegler gekennzeichnet ist, sein soll, nachdem wir erfahren haben, daß sich derselbe so darüber aufregte, daß er einen unserer Genossen in seiner Kiste beschuldigte, in Karlsbad Stimmzettel gestohlen zu haben.

Die Herren erkannten in dieser Äußerung jedenfalls noch rechtzeitig die Gefahr und schrieben in ihrem Artikel, es seien nur Flugblätter zur Wahlagitiation gewesen. Ja, gehören denn diese in eine Verleumdung? Oder haben die Nationalen bei den Herren Dienstvorständen schon so viel Recht, daß sie solche Sachen in Massen dort vorlegen können? Wir verlangen, daß ein Dienstvorstand unparteiisch sein soll. Wenn der betreffende Genosse solche Zettel erwischt hat, so können wir nur annehmen, daß er vielleicht Papier zu hinterlistigen Zwecken brauchte, und dazu wären die Stimmzettel doch gut gewesen. Auf eine Lüge kommt es den Herren ja nicht an, das beweist vorstehender Fall.

Der Sanitätsrat meint weiter: „Wenn man den Herren Genossen auf die Finger klopft, ist man nicht ihr Freund.“ Demgegenüber teilen wir gern mit, daß unsere Genossen auf die „Freundschaft“ der Herren Schlegler, Zugl und Konforten jederzeit Verzicht leisten, denn von solchen Herren wollen unsere Genossen nichts wissen.

Lügen und verleumden, das ist das größte Kunststück der Nationalen, aber eine richtige Antwort auf den in Nr. 8 erschienenen Artikel zu geben, erachten sie als überflüssig. (Sie finden keine Worte.)

Und weiter: Warum hat Herr Schlegler nicht die Anzeige erstattet, wenn er seine Wahlbeeinflussung bezüglich der Unfallschäden bemerkte?

Wir wissen, daß die Herren „Nazi“ kein Mittel scheuen, auch das schärfste nicht (Weisung oben), wenn es gilt, die „Noten“ niederzurufen.

Herr Schlegler wird in diesem Artikel als ein fromm deutscher, charaktervoller Mann herausgestellt. (Wenn er nicht gar selbst der Artikelschreiber ist.) Wir wollen uns doch mit diesem frommen „Deutschen“ ein wenig befassen und möchten gern wissen, ob die Deutschen schon ihre Wahlsprüche vergessen haben?

Herr Schlegler als Hausbesitzer hatte eine seiner Wohnungen an einen gut ferndeutschen Kameraden vermietet, welchem er eines schönen Tages kündigte und an dessen Stelle die Wohnung einem Tschechen überließ, den er aus seiner Heimat hergitierte.

Eine ebenfalls bei ihm wohnende arme Eisenbahnerswitwe mit vier kleinen Kindern, welche ihr Brot durch Kostherren suchen muß und eine Deutsche ist, hat vor kurzer Zeit die Kündigung erhalten, und ist es möglich, daß Herr Schlegler wieder einem seiner Landsleute Platz machen muß.

So sehen beim Reichsbund die echten Deutschen aus, und wenn man den Herren sagt, daß ihr Nationalismus nur bis zum Geldbeutel geht, so kann sich jeder auf eine Portion echt nationalen Bildungseigenschaft gefaßt machen. Ganz so wie Herr Schlegler, mag es dessen besser Kamerad Zugl, der seine deutschen Parteien ohne jeden Anlaß schon im Vorjahre je am 24. Kr. gesteuert hat.

Am auf die eigentliche Sache zurückzukommen, wollen wir diese Angelegenheit einstweilen beiseite stellen.

In diesem Artikel heißt es weiter, daß der Reichsbund durch die Aufstellung ihrer Kandidaten bei den Wahlen in die berufsgenossenschaftliche Unfallversicherungskasse den „Noten“ ein Schnippen schlagen wird, und die Generaldirektion der B. E. W. soll sehen, wie es mit der Großmacht der Sozialdemokraten bestellt ist.

Obzwar wir das Resultat bereits wissen, wo die an Größenwahn leidenden Herren mit einem jämmerlichen Fiasko abgeknitten haben, trotzdem sie die größte Agitation entfachten, so wollen wir nicht so voreilig sein, wie es die Herren Reichsbundler gewohnt sind, und überlassen die Bekanntgabe des Resultates der Generaldirektion und unserer Zentrale.

Dieses Resultat zeigt recht deutlich, daß die Bediensteten der B. E. W. weiter denken, als die Herren „Obernazi“ selbst, und nur exproble Männer, die jederzeit für die Interessen der Bediensteten eingetreten sind, wählten, aber nicht, wie es der Reichsbund schon öfters gemacht hat, ihre Mitglieder mit den Worten: „Es läßt sich nichts machen“ oder „Sie müssen erst Beugen bringen“ u. s. w. abspinnen, ja einen ihrer Kameraden ließen sie sogar einsperren, weil ihnen 600 Kr., welche der Rechtsanwalt für die Durchführung der ganzen Unfallsangelegenheit beanspruchte, jedoch für den Freispruch garantierte, zu viel waren.

Wir könnten noch eine ganze Reihe von Unfällen aufzählen, welche die Ortsgruppen Sporitz, Komotau und Oberdorf nur so schwimmen ließen, und wollen nur an die Unfälle Riha, Herles, Liebl, Konrad und Lereß erinnern. Gerade die Herren Schlegler und Zugl waren es, die sich immer um die Unfälle unserer Genossen kümmerten und selbe beeinflussen wollten. Bei ihren eigenen Mitgliedern wissen sie keinen Rat, so daß die meisten gezwungen sind, sich zum Schluß an die Sozialdemokraten zu wenden, wenn sie zu ihrem Rechte gelangen wollen, wofür wir jederzeit in der Lage sind, Beweise zu erbringen.

Die Reichsbundler sind immer neugierig, zu welchem Zweck die Mitgliedsbeiträge bei uns verwendet werden, und kritisiert der Artikelschreiber in einer gleich anschließenden Notiz das vor kurzer Zeit unserem Fachblatt beigelegte Flugblatt. Warum zitiert er nicht ihre in jedem Blatte enthaltenen diesbezüglichen Aufrufe?

Eine weitere Antwort zu geben, erachten wir überflüssig, doch das mögen die Herren zur Kenntnis nehmen, daß wir nicht gewohnt sind, ernste Angelegenheiten unter fünf oder sechs Mann zu besprechen, wie es beim Reichsbund öfters vorkommt. Wir verlangen einen unserem Mitgliederstand gegenüber angemessenen Versammlungsbesuch.

Wofür die Mitglieder ihre Beiträge zahlen und zu welchem Zwecke diese verwendet werden, darüber wissen wohl unsere Mitglieder zu urteilen, das beweist zur Genüge das stete Anwachsen unserer Organisation.

Hoffentlich genügen diese Zeilen einzuweisen. Wir raten ihnen aber, sich um ihre eigenen Verhältnisse zu kümmern und unsere Genossen hübsch in Ruhe zu lassen, die sich noch lange nicht mit den Herren Schlegler und Zugl messen werden, andernfalls wir gezwungen wären, mit dem uns zur Verfügung stehenden Material an die Öffentlichkeit zu treten, welches besonders für Herrn Schlegler sehr schlecht ausfallen könnte, und haben wir bis jetzt nur seine Familie berücksichtigt, doch alles muß seine Grenzen haben.

Alle Zuschriften sind zu richten an Konstantin Aneidinger, Wien IX, Franz Josef-Bahnhof. Den geehrten Mitgliedern diene zur Kenntnis, daß die Vereinsabende so wie bisher im Vereinslokal, Herrn Rudolf Reichhader, „Schöner Schloßbräu“, IX, Magergasse 32, an jedem 3. und 18. jeden Monats, 7 Uhr abends, stattfinden, an welchen Tages-Einzahlungen sowie Mitgliederbeiträge und Bibliotheksabgaben erfolgen.

Fällt einer dieser Tage auf einen Sonn- oder Feiertag, so findet der Vereinsabend am nächsten Werktag statt.

Die Mitglieder werden ersucht, die Vereinsabende fleißig zu besuchen und von der Bibliothek ausgiebig Gebrauch zu machen. Außerdem können die Mitglieder gegen Vorweisung des Mitgliedsbuches von der Bezirksbibliothek, IX, Vindergasse 2, Gebrauch machen. Die Mitglieder werden aufgefordert, die ausleihbaren Bibliotheksbücher pünktlich wie bisher zurückzustellen. Ferner diene noch zur Kenntnis, daß in der am 22. April stattgefundenen Ausschusssitzung folgende Subkassiere aufgestellt wurden:

Für das Zugspersonal die Genossen Karl Innerhuber, Karl Auer; für das Stationspersonal: Matthias Moser; für das Magazinpersonal: Matthias Urban; für die Bahnerhaltungsfektion: Josef Beranek; für das Heizhauspersonal: Josef Morawa; für das Lokomotivpersonal: Otto Kottan; für den Bahnhofs: Florian Eisner und Johann Wagner; für den Donaueisenbahnhof: Franz Ruppbaumer; für Heiligenstadt: Franz Zottl.

Buchau. Am 3. April fand in Sampls Gasthaus in Buchau die konstituierende Versammlung der Zählstelle Buchau statt, wo folgende Genossen gewählt wurden: Zimmermann, Zählstellenleiter, Josef Dörschmidt, Stellvertreter; Vertrauensmänner für Buchau: Anton Mannl, Josef Sommer und Franz Mayer; für Lubenz: Josef Jakob und Wenzel Siedl; für Landeck: Wenzel Kern und Wenzel Popperl. Nach der Wahl hielt Genosse Buchar einen Vortrag über Zweck und Nutzen der Organisation.

Am jede Unterbrechung in der Zustellung des Fachblattes zu vermeiden, werden die Genossen aufgefordert, die rückständigen Monatsbeiträge ehestens nachzusenden. Die Monatsversammlungen werden nach Bedarf abgehalten und werden die Kollegen stets rechtzeitig davon verständigt werden.

Gleichzeitig ersucht die Zählstellenleitung die Ortsgruppenleitungen um Ueberlassung von überzähligen Büchern zur Anlage einer eigenen Bibliothek.

Marchegg. Die Ortsgruppe Marchegg hielt am 5. April 1911 im Gasthaus des Herrn Truttsch in Marchegg ihre ordentliche Generalversammlung ab. Aus dem Bericht der Vereinsfunktionäre war zu entnehmen, daß sich der Ausschuss im abgelaufenen Vereinsjahr erfolgreich bemühte, die Mitgliederzahl zu erhöhen. Genosse Potoweg berichtete, daß sich die Mitgliederzahl um 31 Mitglieder vermehrt habe. Dem scheidenden Ausschuss wurde das Abschlussschriftstück über die Neuwahl ergab folgendes Resultat: Ernst Potoweg, Obmann, Anton Wolf, Stellvertreter; Emil Audek, Kassier, Franz Ulrich, Stellvertreter; Johann Schredenberg, Johann Kobaczewski, Schriftführer; Matthias Hallusch, Johann Oswald, Bibliothekare; Matthias Adl, Josef Ohnhauser, Kontrolloren; Lorenz Holzer, Michael Matz, Jakob Keil, Josef Winkler und Johann Brabig, Ausschussmitglieder.

Wien X/2. Am 10. April 1. J. fand im Arbeiterheim Favoriten die Generalversammlung der Ortsgruppe X/2 statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Verlesung des Protokolls vom Jahre 1909. 2. Bericht des Obmannes. 3. Bericht des Kassiers. 4. Bericht der Kontrolle. 5. Neuwahl der Funktionäre und 6. Eventuelles.

Nach Begrüßung der Anwesenden durch Genossen Obmann Polztrattner wurde die Versammlung eröffnet und wurde über Antrag des Genossen Kohl den verstorbenen Mitgliedern ein warmer Nachruf gewidmet.

Nun schritt Genosse Kavas zur Verlesung des Protokolls. Zum Punkt 2 teilte Genosse Polztrattner mit, daß 42 Kategorienversammlungen, 3 Vertrauensmännerversammlungen, 12 ordentliche und 3 außerordentliche Ausschusssitzungen abgehalten wurden und 142 Geschäftsstücke erledigt werden mußten.

Genosse Kassier Buchar gab den Kassenstand bekannt, wobei er betonte, daß trotz der größten Deformation der Kassenstand ein niedriger sei als im Vorjahre, was auf die größeren Ausgaben an Druckkosten, die Erhöhung des Postports, der Unterhaltungen sowie auf die mindere Einnahme bei Festen zurückzuführen ist.

Die Kontrolle berichtete, stets alles in Ordnung befunden zu haben. Es wurde sodann der gemeinsamen Leitung der Ortsgruppe das Abschlussschriftstück und zur Neuwahl der Funktionäre geschritten.

Einstimmig wurden gewählt: Pohl, Obmann, Polztrattner, Kirchmayer, Stellvertreter; Kavas, Schriftführer; Buchar, Kassier; Winkler, Hilmer, Penauer, Kontrolloren, und außerdem noch 52 Ausschussmitglieder.

Indem nochmals dem Genossen Polztrattner der beste Dank für sein aufopferungsvolles Wirken in der Ortsgruppe von den Versammelten ausgedrückt wurde, übernahm Genosse Pohl den Vorsitz; er begrüßte die Anwesenden und gab der Hoffnung Ausdruck, daß es ihm gelingen werde, mit Unterstützung der anderen Genossen ein gedeihliches Arbeiten durchzuführen und die Interessen der Ortsgruppe zu vertreten.

Prerau 1. Die Generalversammlung der Ortsgruppe Prerau 1 fand am 27. März 1. J. in den Lokalitäten des Kaffeehauses Haas statt. In den Lokalitäten des Kaffeehauses wurden folgende Genossen gewählt: Leopold Lazar, Obmann, Alois Polzer, Ignaz Sindelar, Obmannstellvertreter; Franz Kotal, Schriftführer, Johann Scheitl, Stellvertreter; Josef Barthelby, Kassier; David König, Anton Navařík und Anton Walter, Ausschussmitglieder; Peter Winter, Johann Petrážal, Adalbert Lapa und Franz Kren, Vertrauensmänner. Den Mitgliedern wird bekanntgegeben, daß sich das Vereinslokal im Hotel „Austria“ befindet. Die Bibliothek befindet sich im Hofe der Lokalitäten des Kaffeehauses „Vorwärts“. Wücher werden jeden Montag von 1/8 bis 8 Uhr abends gegen Vorweis des Mitgliedsbuches entliehen. Alle Zuschriften sind an den Obmann Leopold Lazar, Prerau, Oberzing 21, sowie in Gelbangelegenheiten an Josef Barthelby, Prerau, Malé Novosady 6, zu richten.

Spalato. Die Generalversammlung der Ortsgruppe Spalato fand am 16. März 1. J. statt. Bei derselben wurden folgende Genossen in den Ortsgruppenauschuss gewählt: Franz Svoboda, Obmann, Nocco Svoboda, Stellvertreter; Martin Sudar, Schriftführer, Ante Dvorák, Stellvertreter; Josef Adamic, Kassier, Mate Stomac, Stellvertreter; Visko Gerina, Pasko Smolje und Toma Pavelic, Ausschussmitglieder; Spiro Arslanovic und Dojmo Baric, Vertrauensmänner. Alle die Ortsgruppe betreffenden Zuschriften sind an die Adresse Franz Svoboda, Schloßer, Spalato, zu richten. Genossen! Es liegt nun an euch, daß die Arbeit, die unser harzt, geleistet wird, damit wir nach Möglichkeit unserem Ziele näher kommen. Dazu ist die Mitarbeit jedes einzelnen von euch dringend nötig!

Sariberg. Bei der am 9. April abgehaltenen Generalversammlung wurden folgende Genossen gewählt: Adam Zeman, Zählstellenleiter; Alois Kahl, Kassier; Anton Dirichberger, Schriftführer; Franz Kapper, Revisor; Nach der Wahl des Ausschusses hielt Genosse Lindner aus Graz einen Vortrag über „Gewerkschaftskampf“.

Gablitz a. d. Weisse. In der am 11. April 1911 abgehaltenen Generalversammlung der Zählstelle wurden folgende Genossen in den Ausschuss gewählt: Josef Weigel, Obmann, Max Kunte, Stellvertreter; Wenzel Richter, Kassier; Wenzel Winkler, Schriftführer; Josef Spracht und Ernst Ulrich, Kontrolloren.

Die Monatsversammlungen finden am ersten Dienstag jeden Monats statt. Alle Zuschriften sind zu richten an den Obmann Genossen Josef Weigel, Pumpenwärter in Gablitz a. d. Weisse, Schützenstraße 29.

Eger. Den Mitgliedern wird zur Kenntnis gebracht, daß bei der am Montag den 3. April im Vereinslokal abgehaltenen Generalversammlung folgende Genossen gewählt wurden: Andreas Portner, Obmann, Anton Müller, Stellvertreter; Julius Neugebauer, Kassier; Anton Schwab, Stellvertreter; Johann Markgraf, Schriftführer, Georg Weigl, Stellvertreter; Niklas Schmied und Josef Chitner, Bibliothekare; Kunz, Kausch, Rudolf, Rappert, Diez, Weisger; Zechner und Jäger, Revisoren. Als Subkassier bleibt weiterhin Genosse Weigl. Alle Zuschriften in Ortsgruppenangelegenheiten sind zu richten an Andreas Portner, Eger, Dillenbergstraße 28. Die Monatsversammlungen werden wie bisher jeden Montag nach dem 3. im Monat abgehalten und es ergeht an alle Mitglieder die dringende Mahnung, ihre Saumlosigkeit abzugeben und mitzuarbeiten an der Erringung besserer Verhältnisse.

Verschiedenes.

Ein Erzbischof über die Sozialdemokratie. Der Erzbischof Wilczewski von Lemberg, Mitglied des österreichischen Herrenhauses, behandelte einmal die Frage „Katholizismus und Sozialismus“ in einem Hirtenbrief. Herr Wilczewski schrieb:

„Mit Unrecht messe man den Sozialisten die Schuld an der sozialen Verwirrung zu... denn jeder, der seine fünf Sinne habe, müsse die Ungerechtigkeit der heutigen sozialen Zustände erkennen. Gerade die Sozialisten seien die ersten Ärzte dieses Übels und sie würden die Herrschaft erlangen, wenn man ihre Arbeit nicht durch einen christlichen Sozialismus überflüge.“

Von der Hilfe der christlichsozialen „Ärzte“ wird wohl niemand mehr etwas erwarten, also bleiben nur die Sozialdemokraten.

Fachtechnisches.

Südenbahnen in Amerika. Die höchsten Bahnen hat unter allen Weltteilen unstreitig Amerika, und zwar hauptsächlich Südamerika, aufzuweisen. Die „Technischen Monatshefte“ bringen eine ganz interessante Aufzählung der höchsten Bahnen, woraus man entnehmen kann, daß selbst die nicht ganz vollendete „Jungfrauabahn“ mit ihrer höchsten Steigung (4075 Meter) bedeutend hinter einigen südamerikanischen Bahnen zurückbleibt. Eisenbahnen von 3000 und sogar mehr als 4000 Meter Höhe sind dort heute keine Seltenheit mehr. So erreichen die höchsten Bahnen in Mexiko am Cusubra de la Cruz bei Salazar 3041 Meter, in den Vereinigten Staaten an der Tremontspitze 3453 Meter und an der Tennispitze 3119 Meter Höhe. In Südamerika bringt es eine von Antisagasta nordwärts ins bolivianische Gebiet laufende Eisenbahn bei Ascatan auf 3956 Meter Höhe. In Südperu steigt eine Gebirgsbahn in der Nähe des riesigen Hochgebirges des Titicaca bei Portez de Cruzera auf 4270 Meter und die schon seit 1873 von Puno am Titicacasee zum Hafenort Arequipa laufende Bahn erreicht bei Vincocaya 4470 Meter Höhe. Noch weiter hinauf, bis auf 4618 Meter Meereshöhe, klettert auf der Ostseite der Anden eine von Chilcito in Argentinien nach Mejicana führende Drahtseilbahn, und auch sie wird noch um sechs Meter geschlagen von dem bei Laguna Blanca liegenden Scheitel der gegenwärtig erst im Entstehen begriffenen Bahn Arequipa-La Paz. Auch damit sind aber die größten Bahnhöhen noch nicht erreicht. Die noch nicht ganz fertiggestellte bolivianische Bahn Juliaco-Cuzco wird sich in naher Zukunft bis auf 4751 Meter Meereshöhe erheben, und noch etwas höher, bei 4775 Meter, also nur noch 35 Meter unter dem Montblancgipfel, liegt im sogenannten Passio die Galera der Scheitelpunkt der berühmten Drahtseilbahn in Peru (Vima-Oroja), die bereits 1873 dem Verkehr übergeben wurde und seit 37 Jahren den Welthöhenrekord hält.

Literatur.

Die österreichische Monatschrift. Im Zeichen der Kunst steht die Monatschrift für das Jahr 1911, die soeben erschienen ist. Nach einer Idee von Adolf Menzel ist das Titelbild gezeichnet, nach einem Entwurf von Albrecht Dürer das Schlußbild. Göpp, der berühmte spanische Maler der neuesten Zeit, glänzt auch durch seine Kunst in unserer Monatschrift. Der Landmann, der auf frisch und tief gepflügtem Boden seine Saat ausstreut, der hoffnungsvoll baldiger Ernte entgegen sieht, schmückt die Titelseite; die Sand, die die Welt erfährt und sie sich zu eigen machen will, schmückt unsere Monatschrift. Zwei aufregende Bilder Göppas illustrieren einen Artikel über den Krieg, dem sich anschließt eine überaus lebendige Darstellung der Maitage von 1871, die das brutale Mißgeschick der Kommune und die unerhört blutige Rache des Bürgerkriegs gegen die proletarischen Revolutionäre schildert. Ein wunderbares Gedicht, das die Arbeit verherrlicht, eröffnet die Maitagezeit, ein begeisternder Hymnus von Karl Reuthner auf den Mai schließt sich an. Die Bedeutung des Mai und die Wichtigkeit der Wahlbewegung schildert uns in feuriger Sprache Karl Kemmer. Die Beschlüsse der alten und der neuen Internationale über die Maitage findet der Leser ebenso in der Maitagezeit wie eine Darstellung von Julius Deutsch der Entwicklung und der Bedeutung der Gewerkschaften, die mitwirken an der Erfüllung unserer Maitageforderungen. Als Gratisbeilage auf feinem Kunstdruckpapier erhalten die Käufer der Maitagezeit noch ein stimmungsbewegtes Bild, den Wettlauf der Stunden, die Erläuterung des Sieges des Lichtes gegen die fliehende Finsternis. Zur Erinnerung an die vorangegangenen Maitagebringe die Monatschrift wohlgeordnete Abbildungen der Maitagezeichen der österreichischen Parteigenossen. So stellt sich diese Monatschrift in der Schönheit ihres Kunstschmuckes, in ihren begeisternden Artikeln, in der Fülle agitatorischen Materials, in der Schönheit der dichterischen Beiträge mindestens gleichwertig neben die vorangegangenen Maitagezeiten. Jeder, der sie in eigenem Weis, wird sich dieses Besites dauernd freuen. Sie ist bei allen Parteifunktionären erhältlich. Wo dies ausnahmsweise nicht der Fall sein sollte, verwendet die Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand u. Komp., Wien, VI., Gumpendorferstraße 18, gegen Entsendung von 25 S. — 25 Pf. in Briefmarken die Monatschrift franko per Kreuzband.

Der Strom. Die erste Nummer der Monatschrift „Der Strom“, Organ der Freien Volksbühne (Herausgeber: Engelbert Pernertorfer, Stefan Grohmann und Arthur Runder), die im Verlag Veitshied u. Co. erscheint, enthält folgende Beiträge: Engelbert Pernertorfer: Theater und Demokratie. — Oskar Kaufmann: Ueber Theaterbau. — Anton Bettelheim: Ludwig Anzengruber's Polzeiakt. — Josef Quittold: Der Einsiedler. — Arthur Runder: Organisiertes Publikum. — D. J. Bach: Volkstümliche Musikpflege. — Stefan Grohmann: Jugendbildnis Gerhart Hauptmanns. — Hermann Vahr: Walt Whitman. — Walt Whitman: Vier Gedichte. — Karl Schönher: Der Student. — Wilhelm Schmidhohn: Der Flieger. — Glosien. — Die Nummer ist 44 Seiten stark und enthält eine Kunstbeilage.

Abonnements (Nr. 3-50 per Jahr) übernimmt die Verwaltung „Der Strom“, V/2, Schöndrumerstraße 124. Probe-exemplare gratis.

Eingefendet.

(Für diese Aufsätze übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.)

Was man seiner Gesundheit schuldig ist.

Es sollen hier nicht die zum Ueberdruß schon in jedem Schulbuch gepredigten selbstverständlichen und doch so schwer einzuhaltenden Gesundheitsregeln nochmals eingeschärft werden, sondern es soll gezeigt werden, wie zahlreiche Krankheiten aus einer einzigen Ursache entstehen und folglich geheilt werden können, wenn man sie an dieser Wurzel packt.

Der Sitz zahlreicher, scheinbar grundverschiedener Krankheiten ist eine chemische Veränderung des Blutes, durch welche es unfähig wird, das zu leisten, wozu es von der Natur bestimmt ist. Das Blut hat eine dreifache Aufgabe, nämlich 1. Versorgung aller Teile des Körpers mit Nährstoffen. 2. Herbeischaffung des Sauerstoffes, der nötig ist, diese Nährstoffe in Kraft und Wärme umzuwandeln. 3. Befestigung der sogenannten Stoffwechselgase, das heißt derjenigen Stoffe, die bei der Umwandlung der Nährstoffe übrig bleiben. Wenn man den menschlichen Körper mit einer Dampfmaschine vergleicht, die mit den Nährstoffen gespeist wird, so würden diese Stoffwechselgase die Schladen und die Asche und den Ruß darstellen, die fleißig ausgeräumt werden müssen, weil sonst der Sauerstoff keinen genügenden Zutritt mehr hat und die Verbrennung und damit die Entwicklung von Wärme und Dampfkraft ins Stocken gerät.

Zunächst wird das Blut durch die Ueberfütterung mit Garmäusen und schwerflüssig, und das Herz, welches die Aufgabe hat, es durch die Adern hindurchzupumpen, wird überanstrengt, was zu Herzbeschwerden und, im Vereine mit der gestörten Nierentätigkeit, zu Wasserkrampf führen kann. Ferner staut sich das Blut in manchen Blutgefäßen und das führt zu weiteren Krankheiten. Im Fortschreiten bewirkt diese Stauung die Entstehung von Hämorrhoiden, Leberleiden und inneren Entzündungen. In den Schleimhäuten, welche die Atmungs-, Verdauungs-, und Sinnesorgane auskleiden, bewirkt sie ebenfalls Entzündungen, die wir als Katarrhe bezeichnen.

Auf der äußeren Haut bewirkt sie Ausschlag und offene Weinschäden. Die im Organismus aufgeschauften Nährstoffe, die aus Mangel an Sauerstoff nicht in Wärme und Kraft verwandelt werden können, werden entweder ausgeschieden (Zett-leibigkeit) oder chemisch umgewandelt und so entfernt (Zuckerkrankheit), die giftige Harnsäure aber lagert sich in einzelnen Organen ab und verursacht Gicht und Rheumatismus. Gleichzeitig hat sie einen sehr schädlichen Einfluß auf das Nervensystem, der sich besonders oft in andauernden Kopfschmerzen, aber auch in zahlreichen anderen Symptomen äußert.

Gelingt es dem Blut, die richtige chemische Zusammensetzung wiederzugeben, so schwinden diese Beschwerden oft mit einem Schlage. Unsere tägliche Nahrung ist häufig zu arm an den richtigen organischen Salzen, aus Gründen, deren Erklärung hier zu weit führen würde. Sie müssen deshalb dem Organismus besonders einverleibt werden und das geschieht am richtigsten durch Dr. Schröders Blutsalznahrung „Menascin“.

Ueber die Erfolge, die damit erzielt wurden, liegen Tausende lobender Äußerungen vor, hier können des beschränkten Raumes halber nur zwei abgedruckt werden.

Ihr „Menascin“ hat mir sehr gute Dienste geleistet. Schon über fünf Jahre litt ich an Blutharmut, allgemeiner Schwäche, Appetitlosigkeit, so daß ich bettlägerig war. Verschiedene Mittel wurden angewendet, alle ärztliche Hilfe war vergebens. Da las ich in einer Zeitung von den wunderbaren Erfolgen mit Ihrer „Menascin“-Blutnahrung. Gottseidank bei der ersten Schachtel zeigte es sich, daß mir leichter wurde. Jetzt ist der Appetit wieder hergestellt und ich kann meine Geschäfte wieder verrichten. Ueberzeugt von dem besten Erfolg mit Ihrem „Menascin“ kann ich dieses Mittel und werde es jedem empfehlen. Im Namen meiner Eltern und Geschwister spreche ich Ihnen den verbindlichsten Dank aus.

Leobendorf. Familie Herndl, Wirtschaftsbefitzer.

Ich muß Ihnen mitteilen, daß ich mit Ihrem „Menascin“ sehr zufrieden bin und es mir gute Dienste geleistet hat, denn ich litt bereits 4 Jahre an Rheumatismus, welcher mir sehr viel schlaflose Nächte verursacht hat, bin aber mit den vier Schachteln gänzlich davon befreit, so daß ich jetzt die ganze Nacht hindurch schlafen kann und die übrigen Schmerzen sehr nachgelassen haben.

Wilmhelm Mandel, Erichshagen. Mehrfach lauten Tausende von weiteren Zuschriften.

Während man nun bei anderen Mitteln immer erst Geld ausgeben muß, wenn man sie versuchen will, ist das bei „Menascin“ nicht nötig. Man schreibe einfach an Dr. med. S. Schröder G. m. b. H., Berlin 35, Postfach S. 459, eine Postkarte, daß man den Artikel in dieser Zeitung gelesen habe und gern einmal das Mittel versuchen möchte. Man erhält dann eine Probebox umsonst zugesandt und zugleich ein sehr nützliches Buch, in welchem die Entstehung der verschiedenen Krankheiten noch genauer erläutert ist, als hier geschehen konnte.

Man ist es wirklich seiner Gesundheit schuldig, sofort zu schreiben und diesen ganz kostenlosen Versuch sofort zu machen, denn die meisten Krankheiten werden erst dadurch langwierig, daß man ihnen Zeit läßt, sich zu entwickeln und festzusetzen.

Eine ungeahnte Menge



des Pflanzengiftes Coffein enthält der Bohnenkaffee. 15 Gramm von diesem eigenartigen, Herz und Nerven beunruhigenden Stoffe sind in einem Kilogr. Kaffee enthalten. Dem kurz Hag Kaffee — genanten Marke Rettungsring — genannten Bohnenkaffee, ist durch patentierte Verfahren das Coffein entzogen, daher absolut unschädlich.

Näheres in Broschüren gratis durch die „Coffeinfrei“-Kaffee Handelsgesellschaft m. b. H., Wien, I., Annagasse 8.

An sämtliche Ortsgruppenfunktionäre zur gefälligen Beachtung!

Um den durch mangelhafte Adressierung der für die Zentrale bestimmten Telegramme wiederholt herbeigeführten unliebsamen Verzögerungen in Zukunft vorzubeugen, hat die Zentrale bei der k. k. Telegraphenzentralstation in Wien nachstehende einheitliche Telegrammadresse registrieren lassen:

„Rechtschutzkomitee Wien“.

Die geehrten Ortsgruppenfunktionäre werden daher ersucht, von nun ab alle für die Zentrale bestimmten Telegramme ausschließlich mit der Adresse:

„Rechtschutzkomitee Wien“

zu versehen; weitere Zusätze zu dieser Telegrammadresse sind überflüssig.

Die Zentraleleitung.

Mitteilungen der Administration.

Folgende Ortsgruppen, respektive Zahlstellen haben bis zum 27. April 1911 mit der Zentrale noch nicht abgerechnet gehabt, obwohl die Beiträge per März bis längstens 10. April fällig gewesen wären.

Am aber die betreffenden Mitglieder in ihren Rechten nicht verfürzen zu müssen, bitten wir die rückständigen Ortsgruppen um ehebaldige Einzahlung des Betrages und künftighin um eine rechtzeitige Abrechnung.

Ala per Jänner, Februar und März; Bezugszahl per Jänner, Februar und März; Budigsdorf per März; Czernowitz per März; Friedland per März; Groß-Weiterdörf per März; Gaidensdorf per März; Jungsbrunn III per März; Jidin per März; Kalusz per März; Kaniß per März; Laibach per März; Michelob per Februar und März; Moldau per März; Nagelsdorf per März; Neuen per März; Pragerhof per Jänner; Przemysl per März; Rudolfsdorf per Jänner, Februar und März; Sambor per März; Tarnob per März; Teschen per März; Trient I per März; Trient II per März; Zell am See per März; Zweis per Februar und März; Zittau per Jänner, Februar und März.

Mitteilungen der Zentrale.

Zentralauschüttung am 21. April 1911. Beratung über die Durchführbarkeit der diesjährigen Mai-feier und Fassung diesbezüglicher Beschlüsse. Erledigung des vorliegenden Einlaufes.

Sprechsaal.

Achtung, Mitglieder des Lebensmittelmagazins in Linz.

Die letzte Generalversammlung war zur Statutenberatung wieder nicht beschlußfähig. Es wurde daher beschlossen, für den 7. Mai 1. Z. eine außerordentliche Generalversammlung in Linz im städtischen Volksgartensaal, 9 Uhr vormittags, mit dem einzigen Punkt „Statutenänderung“ als Tagesordnung einzuberufen.

Es ergeht heute schon der dringende Appell an alle Vertrauensmänner, Ortsgruppen- und Zahlstellenleiter, die Mitglieder des Lebensmittelmagazins auf diese wichtige Tagesordnung aufmerksam zu machen, ebenso die Mitglieder zu veranlassen, die Generalversammlung zu besuchen.

In der jetzigen Zeit der furchtbaren Lebensmittelpreiserhöhung, heißt es alle Kräfte daranzuheften, unsere Konsumentenorganisation auszubauen. Jahrelang arbeiten wir schon an der Statutenberatung, welche bis heute durch die Gleichgültigkeit der Mitglieder nicht durchgeführt werden konnte. Eine Welt von Feinden umgibt uns und der größte davon ist die Gleichgültigkeit und Laune. Damit muß ausgeräumt werden. Die kleinliche Abgelsucht und Kurzsichtigkeit so mancher Mitglieder muß weichen.

Wenn wir uns nicht aufrufen und energisch unsere Rechte vertreten, dann wird die Reue zu spät kommen. Von allen Seiten trachtet man die Lebensmittelmagazine der Eisenbahner zu beschränken, mit allen Mitteln wird gearbeitet, diese Institution zu verleumden und zu vernichten. Kein Mitglied soll sich irreführen lassen, es gilt auszubauen, Schäden zu beseitigen, und da für uns niemand diese Arbeit besorgen wird, so müssen wir selbst Hand dazu anlegen.

Jedes Mitglied, welches ehrlich seine ureigensten Interessen schützen will, soll das kleine Opfer bringen und bei dieser Generalversammlung bestimmt erscheinen. Vollmacht haben keine Gültigkeit, es muß jedes Mitglied persönlich erscheinen.

Für die Ortsgruppe Linz:

Gustav Hart, Schriftführer, Kajetan Weiser.

An alle Wächter und Blocksignaldienster des Direktionsbezirktes Jungsbrunn!

Am Montag den 15. Mai 1911, nachmittags 1 Uhr, findet in S. Palds Saale in Bischofshofen eine Versammlung aller Wächter und Blocksignaldienster der Direktion Jungsbrunn statt, in der Genosse Sommerfeld aus Wien referieren wird.

An die Stationsleiter und Telegraphisten der k. k. Nordbahn.

Am 14. Mai um 2 Uhr nachmittags findet in Brerau, Hotel Austria, eine Versammlung der Stationsleiter und Telegraphisten statt. In Anbetracht der Wichtigkeit zur Verbesserung unserer Lage wird ein zahlreicher Besuch erwartet.

Die Einberufer.

Offene Anfragen.

An die Direktion der k. k. Kaiser Ferdinands-Nordbahn.

Ist es der Illüben Direktion bekannt, daß in der Station Marchegg dem Zugbegleitpersonal der Station Gänserndorf ein Unterfunktionslokal zugewiesen wurde, welches seinerzeit für zwei Wagenunterfunktionslokalen gedient hat und im alten Nordbahnmagazin sich befindet? Dieses Lokal ist mit dem Parteienraum in Verbindung, jedoch durch keine Tür getrennt.

Die Einrichtung desselben besteht aus: 1 Tisch, 2 Bänken, 1 gebrochener Stuhl, 1 Kleiderkasten mit zertrümmerten Türen, 1 großen Kohlentisch, die zur Aufbewahrung der Ausstattungsgegenstände dienen soll. Das Flächenmaß beträgt kaum 10 Quadratmeter.

Es befindet sich darinnen weder ein Waschtisch noch eine Lampe, es fehlen auch die Betten. Aus diesem Grunde sind diese acht

Zugbegleiter gezwungen, die Ruhezeit sitzend auf den Bänken zuzubringen.

Weiter wird Beschwerde geführt, daß in den Nordbahntafeln für das Wiener Personal Seife und Handtücher verweigert wird.

Wir stellen daher die Bitte um Abhilfe dieses Uebelstandes.

An die Maschinendirektion der k. k. priv. Südbahngesellschaft!

Ist einer Illüben Maschinendirektion bekannt, daß die bestehenden Drehscheiben für die Maschinen Serie 33 zu kurz sind, so daß die letzte Tenderachse am Ende des Schienenkopfes zu stehen kommt und der Spurrang beim Umdrehen den nächsten Schienenkopf streift? Da laut Instruktion der Führer mit der Maschine auf der Drehscheibe keine Bewegung machen darf, jedoch ohne Bewegen ein Umdrehen bei Serie 33 vollständig ausgeschlossen ist, so ersucht das Maschinenpersonal in Leoben um baldige Abhilfe.

Freie Eisenbahnerversammlungen.

Stehr. Am Sonntag den 7. Mai 1911, 12 Uhr mittags, findet in Stehr, Gasthaus „zum Märzenkeller“, eine öffentliche Eisenbahnerversammlung mit Vortrag eines Wiener Referenten statt. Zahlreiches Erscheinen der Eisenbahner erbeten.

Wallnig. Am Sonntag den 7. Mai 1911, um 3 Uhr nachmittags, findet in Wallnig, Gasthaus „zu den drei Gassen“, eine Eisenbahnerversammlung mit Genossen Gabriel aus Spittal an der Drau als Referenten statt.

Allgemeiner Rechtschutz- und Gewerkschaftsverein für Österreich.

Ortsgruppe Spornitz. Es diene den Mitgliedern zur Kenntnis, daß für die Monate Mai und Juni die Monatsversammlungen wegen der Reichstagswahlen entfallen. Die Genossen werden aus diesem Grunde aufgefordert, sich an den Wählerversammlungen recht zahlreich zu beteiligen und in den Diensten der politischen Organisation mit beifolgender zu sein.

Jedoch bei einlaufenden dringenden Fällen müßte die Monatsversammlung abgehalten werden. Letztere wird den Mitgliedern bekanntgegeben werden.

Ortsgruppe Böhmisch-Leipa. Es wird den Mitgliedern zur Kenntnis gebracht, daß die nächste Monatsversammlung Samstag den 6. Mai im Hotel Bahnhof, abends 8 Uhr, mit wichtiger Tagesordnung stattfindet.

Weiters wird verlautbart, daß von nun ab keine separaten Einladungen zu den regelmäßigen Monatsversammlungen mehr ausgegeben werden und deren Publikation lediglich im „Eisenbahner“ und im Kreisorgan erfolgt. Diese Versammlungen werden jeden ersten Samstag im Monat abgehalten und ist es Pflicht der Mitglieder, dieselben fleißig zu besuchen.

Jene Mitglieder, welche mit ihren Beiträgen im Rückstand sind, werden aufgefordert, ihren Pflichten ehestens nachzukommen, da laut Versammlungsbeschluss alle jene, welche bereits drei Monate keine Beiträge geleistet haben, in den Quartalsversammlungen zur Verlesung gebracht werden.

Ortsgruppe Gloggnitz. Am Freitag den 5. Mai d. J. findet um 1/8 Uhr abends im Vereinslokal, Rosenmayer's Gasthaus, Teil Nr. 2, die ganzjährige Generalversammlung statt. Es ergeht an die geehrten Mitglieder das Ersuchen, ihre rückständigen Beiträge zu begleichen sowie ihre Mitgliedsbücher und Internistarten behufs Kontrolle abzugeben. Im Interesse der Mitglieder ist es gelegen, zahlreich und pünktlich bei dieser Jahresversammlung zu erscheinen.

Ortsgruppe Marchegg. Die Festversammlung am 1. Mai findet im Gasthaus des Herrn Schneider statt. Die Eisenbahner versammeln sich im Gasthaus des Herrn Hellmer. Um 8 Uhr gemeinsamer Anmarsch zur Festversammlung.

Am 6. Mai findet im Gasthaus des Herrn Teusch eine öffentliche Eisenbahnerversammlung statt, wozu sämtliche dienstfreien Kollegen freundlichst eingeladen werden.

Zahlstelle Groß-Weitzing. Am 14. Mai um 10 Uhr vormittags findet in Herrn Schweigers Gasthaus in Kirchensland eine Zusammenkunft der Mitglieder statt. Zahlreiches Erscheinen sämtlicher dienstfreien Kollegen notwendig. Die Mitgliedsbücher sind behufs Kontrolle mitzubringen.

Zahlstelle Chadan. Am 7. Mai findet in Protivitz in der Bahnhofrestauration die Monatsversammlung statt. Da wichtige Angelegenheiten zu besprechen sind, ist zahlreiches Erscheinen notwendig. Anfang 2 Uhr nachmittags.

Ortsgruppe Jägerndorf. Es werden diejenigen Mitglieder, welche mit ihren Mitgliedsbeiträgen länger als drei Monate im Rückstand sind, ersucht, dieselben im eigenen Interesse ehestens zu begleichen, da selbst laut Statut ein eventueller Rechtschutz nicht gewährt werden kann.

Ferner machen wir die Mitglieder auf die an jedem zweiten Dienstag im Monat regelmäßig stattfindenden Monatsversammlungen aufmerksam, dieselben besser zu besuchen, von der großen Bibliothek ausgiebigen Gebrauch zu machen und sich an allen gewerkschaftlichen Zusammenkünften regelmäßig zu beteiligen.

Eisenbahner, Genossen von Jägerndorf! Die Genossen werden dringend ersucht, bei allen politischen Zusammenkünften, ganz besonders während der Wahlbewegung, pünktlich zu erscheinen und mitzuarbeiten.

Die Vertrauensmänner.

Ortsgruppe Karolinenthal. Donnerstag den 4. Mai findet im Vereinslokal, Rindgasse 19a, die Monatsversammlung statt. Es werden alle Genossen ersucht, wegen wichtiger Tagesordnung recht zahlreich zu erscheinen.

Ortsgruppe Rudig. Den Mitgliedern des Sterbefonds wird bekanntgegeben, daß für das am 7. d. M. verstorbene Sterbefondsmitglied Franz Polivka aus Tschentsch 74 S. Leichenunterstützungsbeitrag zu zahlen ist.

Zahlstelle Hilsried. Da die neugegründete Zahlstelle noch nicht über die nötigen Geldmittel zur Anschaffung einer Vereinsbibliothek verfügt, so bitten wir die P. T. Ortsgruppenleitungen, uns etwaige überzählige Bücher gütigst zukommen zu lassen. Sendungen sind zu richten an Georg Stemmer, Mannersdorf a. d. March Nr. 38, Niederösterreich.

Ortsgruppe Leoben. Die Mitglieder werden ersucht, die aus der Bibliothek entlehnten Bücher ehestens zurückzustellen, damit eine gründliche Reorganisation durchgeführt werden kann. Je früher die entlehnten Bücher eingekendet werden, desto eher kann mit der Ausgabe begonnen werden.

Ortsgruppe Nieder-Lindwiese. Die Mitglieder werden freundlichst ersucht, bei der am 21. Mai um 1/5 Uhr nachmittags im Saale des Herrn Sedl stattfindenden Generalversammlung zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Ortsgruppe Leoben. Am 4. Mai um 7 Uhr abends findet im Hotel „Lamm“ eine öffentliche Vereinsversammlung statt, wo ein Referent aus Wien über die berufsgenossenschaftliche Unfallversicherungsanstalt sprechen wird. Zahlreiches Erscheinen notwendig.

Ortsgruppe Marienthal. Als Enbfasser für Plan und Umgebung wurde Genosse Johann Weidl bestimmt.

Ortsgruppe Reichardt. Den 6. Mai um 7 Uhr abends findet im Gasthaus „zum Steinbruch“ eine Eisenbahnerversammlung statt, wo die Personalkommissionsmitglieder Bericht erstatten werden. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Ortsgruppe Saaz. Die nächste Monatsversammlung findet am 8. Mai um 8 Uhr abends im Vereinslokal statt. Die Kollegen werden ersucht, zahlreich zu dieser Versammlung zu kommen.

Zahlstelle Chadan. Am 4. Mai um 8 Uhr abends findet im Hotel „Englischer Hof“ eine Eisenbahnerversammlung statt. Referent aus Prag. Zahlreiches Erscheinen notwendig.

Zahlstelle Furt im Walde. Den Mitgliedern der Zahlstelle Furt im Walde wird bekanntgegeben, daß am 7. Mai 1911 um 5 Uhr nachmittags eine Mitgliedsversammlung im Vereinslokal, Gasthaus „zum goldenen Stern“ abgehalten wird. Sämtliche dienstfreie Mitglieder werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.

Ortsgruppe Pörgen. Am 4. Mai um 8 Uhr abends wird im Gasthof „zum Stern“ in Pörgen eine Vereinsversammlung abgehalten. Die Bibliotheksabgabe findet von nun an jeden 3. und 16. im Monat statt. Ebenso können bei jeder Vereinsversammlung und Ausschüttung Bücher entlehnt und zurückgegeben werden.

Ortsgruppe Linz an der Donau. Eisenbahnerversammlungen finden statt: Am 7. Mai in Gaisbach-Wartberg in Vergleitners Gasthaus. Anfang um 3 Uhr nachmittags. Referent Genosse Nemeg. Am 7. Mai, 2 Uhr nachmittags, in Steyring, Preissgass Gasthaus. Referenten: Genossen Weiser und Treischlag.

Ortsgruppe Sigmundsherberg. Am 7. Mai findet im Gasthaus des Herrn Waig in Sigmundsherberg eine öffentliche Eisenbahnerversammlung statt, wo über die in Wien stattgefundenen Konferenzen der Heizhaus- und Oberbauarbeiter gesprochen wird. Zahlreicher Besuch notwendig.

Ortsgruppe Wörgl I. Die Generalversammlung wird am 13. Mai in Herrn Kunz's Gasthaus abgehalten. Anfang 8 Uhr abends. Zahlreiches Erscheinen notwendig, Gäste willkommen.

Ortsgruppe Eisenerz. Am 7. Mai um 1/11 Uhr vormittags findet in Scheibls Gasthaus eine Eisenbahnerversammlung statt. Referent aus Wien. Zahlreiches Erscheinen notwendig.

Ortsgruppe Pettan. Am 5. Mai um 7 Uhr abends findet in Simonits Gasthaus eine freie Eisenbahnerversammlung statt. Referenten: Genossen Bed und Decker. Die nächste Monatsversammlung wird am 21. Mai um 9 Uhr vormittags in Pessers Gasthaus abgehalten.

Inhalt der Nummer 12 vom 20. April 1911.

Artikel: Es ist zum Speien! Die Reichstagswahlen und die Gewerkschaften. Nichts geleistet! Ein erstes Mahnwort an die Staatsbahnverwaltung. Reichstagskonferenz der Verfallenen Arbeiter sämtlicher Bahnen Österreichs. Delegiertenwahl in die berufsgenossenschaftliche Unfallversicherung bei den Privatbahnen. G. Wille: Die Injektion. Schnellzüge.

Inland: Was bedeutet die deutsche Arbeiterpartei? Ein christlichsozialer Blatt über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten. Die Regierkarte des deutschen nationalen „Arbeiterführers“. Reichstagskandidaturen von Eisenbahnern. Die Dividende der Buschthalerbahn.

Ausland: Sozialreform für die italienischen Eisenbahner. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands.

Aus dem Gerichtssaal: Der Zugzusammenstoß in Pürkersdorf. Kreisgericht Olmütz.

Streitlichter: Wien-Badener Lokalbahn. Das Regime bei der Bahnerhaltungssektion Wien III. Die Dienstverteilung bei den Dampfzügen der k. k. Bahnämter Wien I und Wien II. Von den Unfällen der Staatsbahnen. Strafverfolgung bis in den Tod.

Aus den Amtsblättern: k. k. Staatsbahndirektion Linz.

Korrespondenzen: Heiligenstadt, Wilschendorf, Brerau, Leitmeritz, Marienbad, Czernowitz, Barm, Trief, Kirchberg in Tirol, Gänserndorf, Passau, Czernowitz, Oberberg, Igolau, St. Valentin, Imperfisch, Trautmann, Spittal a. d. Drau, Komotau, Trief, Auffig.

Berichtungen: Protestkundgebung des Wiener Verschubpersonals. Falkenau a. d. Eger, St. Pölten, Rudig, Pörgen, St. Valentin, Neulengbach, Graz.

Aus den Organisationen: Wien XI, Marienbad, Jungsbrunn, Schredenslein, Pörschach a. See, Wien-Simmering, Humberg, Dur, Eggenburg, Saaz, Tarnau, Umstetten, Wien XVI, Pettan, Bischofshofen, Braunau a. Inn, Graz.

Berichtungen: Das Gelandnis eines Journalisten. Fachtechnisches: Patentbericht. Die Anwendung der Herfchen Wellen im Eisenbahnsignaldienst.

Literatur: Freie Gloden.

Sprechsaal: Offene Anfragen. An die k. k. Nordwestbahndirektion.

Freie Eisenbahnerversammlungen: Aspangbach.

Allgemeiner Rechtschutz- und Gewerkschaftsverein für Österreich: Neulengbach, Königinhof, Wolsberg, Bruck a. d. Mur II, Strahwalden, Umstetten, Bilm.

Briefkasten der Redaktion.

Buchau. Nachdem Stationsmeister Hugo Lüftner nach Wallern versetzt ist, so entfällt die Veröffentlichung. Sind Sie froh, daß Sie von diesem Menschen befreit sind. — W. Th. in Komotau. Bericht beinhaltet eine Denunziation, kann deshalb von unserem Blatte nicht aufgenommen werden.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion und Administration keine Verantwortung.	Inferate	Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion und Administration keine Verantwortung.
---	----------	---



MAGGI Würfel

a 5h

sind die besten!

Gasthof und Café-Restaurant

„Elisabeth“

Jungsbrunn Maximilianstraße Jungsbrunn

(nähe dem Südbahnhof, Haltestelle der elektrischen Bahn).

Empfehle den Herren Eisenbahnern auf der Urlaubsreise meinen ganz neu eingerichteten Gasthof.

Bürgerliche Preise. Betten von K 1-50 an.

Gute Tiroler Weine, Pilsner und Jungsbrunner Bier.

Alois Leitner, Restaurateur.

Treffpunkt der Eisenbahner.

Erklärung.

Ich Matthias Krainz habe mich, ohne irgendwelchen Grund hierzu zu haben, in einer sehr regelhaften Weise über die sozialdemokratische Organisation, so auch über die Gewerkschaft sowie deren Vertrauensmänner geäußert und ich finde die mir zugefügte Strafe als vollkommen gerechtfertigt. Ich bedaure, derartige Äußerungen getan zu haben und bitte, mir deshalb keine weiteren Vorwürfe zu machen, und verspreche ehrenwörtlich, bestrebt zu sein, die Achtung meiner Arbeitskollegen zu erwirken.

Matthias Krainz,
Südbahn Werkstätte Wien.

Kleiderhaus Albert Kern, Graz Annenstraße 28.

Moderner Heberzieher Kr. 18.—, 30.—, 40.—
Eleganter Anzug „ 20.—, 28.—, 40.—
Wettertragen „ 10.—, 15.—, 18.—
und aufwärts.

Eigene Abteilung für Maßbestellungen. — Knabenkleider
taunend billig.

Gegen Vorweisung der Legitimation gewähre ich dem
P. T. Wahnpersonal und beschäftigten Personen der Werkstätten
5 Prozent Rabatt von den festgesetzten einheitlichen Preisen.

Illustrierte Kataloge und Muster gratis.

Im Leben nie wieder!
Statt 16 Kronen nur 6 Kronen!



„Gloria“
Gilber-Smit-
Remontoir-
Uhr

Doppelmantel, vollständig vorzügliches
Werk, in Stein laufen, bracht
vollständiges Gehäuse, entwerfen, Schrauben,
Piers, Räder, oder Wenden-Gravierung,
solange der Vorrat reicht, um
den Spottpreis von

6 Kronen per Stück!

Vassende „Gloria“-Kette 1 Krone.
3 Jahre Garantie. Versand per Nachnahme. Vom Uhrn-Exporthaus
Max Böhmel, Wien IV, Margaretenstrasse Nr. 27/9.

Kaufe bei Kraus

wer schöne edle Leinen schätzt!

Zu Reklamepreisen:

1 Stück Irlander Web 80 Zentimeter breit, 23 Meter lang . . . K 11-50
Leinwand ohne Naht aus sehr schöner, bester
Flachleinwand, 150x225 Zentimeter gross . . . K 16-20

Reste sehr schöner weisser Wäschewebe
feinfädig, für jede Wäsche haltbarst . . . per Meter 55 h
Mindestabgabe 3 bis 4 Reste, zusammen zirka 40 Meter.

1 Dutzend Leinwandstücke 50x110 Zentimeter gross . . . K 8-
Doppelaarmast Praunhandtücher, reinl. 50x120 gross K 12-
Versand per Nachnahme. Nichtpassendes wird zurückgenommen.

Leinenfabrik Jos. Kraus, Nachod VII (Böhmen).
Muster jeder Art nur gediegenster Webwaren
gratis.
44-jähriges bestes Renommee verbürgt Solidität.

Die „Patent-Korkkappe“

ist die beste Uniformkappe der Gegenwart.

K. u. k. Hof-Uniformen-, Uniformsorten- u. Tuchfabriken

Wilhelm Beck & Söhne

Zentrale: Wien, VIII. Langegasse Nr. 1.

Fabrik: Wien, VI. Bezirk, Hirschengasse Nr. 25.

Die Weltmeisterschaft in der Uhren-Industrie
Extrafach! endlich erobert! hochlegant!
Navalier Gold-double Uhr
prämierter Marke „Ecclesia“ nur Kr. 4-90. Dieselbe
besteht aus gelbes Gold, Anterwerk und ist auf
elektrischem Wege mit einem 14-jähr. Golde überzogen.
Garantie für präzisen Gang 4 Jahre. 1 Stück Kr. 4-90
2 Stück Kr. 9-30. Jeder Uhr wird eine fein vergoldete
Kette umsonst beigelegt. Stillfotos, da Umtausch erlaubt, even-
tuell Geld retourn. Versand per Nachnahme.
E. Holzer, Krafau, Stradom Nr. 18/51.

Um meine Waschmaschinen à 24 Kronen

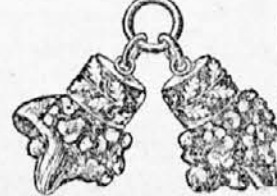
mit einem Schlage überall einzuführen, habe ich mich entschlossen
dieselben zu obigen billigen an gros-Preis ohne Nachnahme zur
Probe zu senden! Kein Kaufzwang! Ziel 3 Monat! Durch Seifen-
ersparnis verdient sich die Maschine in kurzer Zeit! Leichte
Handhabung! Leistet mehr wie eine Maschine zu 70 Kronen!
Die Maschine ist aus Holz, nicht aus Blech und ist unverwundlich!
Grösste Arbeitserleichterung! Schont die Wäsche wie bei der
Handarbeit! — Schreiben Sie sofort an:

Paul Alfred Goebel, Wien, VIII. Albertgasse Nr. 3

Vertreter auch zu gelegentlichem Verkauf überall gesucht.
Bitte nicht zu vergessen, die Bahnstation anzugeben, nach welcher die
Maschine geschickt werden soll.

Seltene Gelegenheit! Nur 1 K Gemsbart

ähnlicher, garantiert feinstes Edelblech, neu, weiches Haar, samt schöner
Metallhülle, nur Kr. 1.—, 1-50, 2.— und Kr. 2-80. Solange der Vorrat reicht.
Güter Gemsbart ähnlicher, feinstes, neu, mit echter Silberhülle, f. l.
pungiert, 16 3/4 mm., nur 5 Kr. Haar u. Kr. 1.—. Kr. 1.—. Kr. 1.—. Kr. 1.—.
natürlich.



Rehrummerer 2 Stück Kr. 2-50. Größe
genau wie Abbildung, sehr
schön gearbeitet, samt Kette und Ringen
15 mm. Kr. 2-50, 17 mm. Kr. 3.—, 20 mm
Kr. 3-50 per Paar. Nur Nachnahme.

Sedlitz, Juwelier
größte Gemsbartbinderei in Kroid.
bach bei Graz Nr. 16.

Gegen bequeme



Teilzahlungen

Liefern wir Photogr. Apparate all. Systeme
in allen Preislagen, ferner Original-
Goetz Trieder-Binocles
f. Reise, Jagd, Militär, Sport etc.
Illustrierter Katalog gratis.
Bial & Freund
Wien 26 Maria-
hilferstr.
103

Direkt ab Fabrik

ohne Anzahlung

5 K monatl., 3 Jahre Garantie, 3 Tage z. Probe

samt Katalog-Bedingungen erhalten Sie die
modernsten, besten Sprechmaschinen mit und
ohne Elektr., auch Platten ohne Apparat
zu selbst. Zahlungsbedingungen. Platten-
Auswahlsendungen, Katalog Kr. 100 gratis.

Einzigste Sprechmaschinenfabrik Österreichs
Leop. Kimping
Wien, VII. Kaiserstrasse 65.

Kein Cassentadel! Vorführungsliste der Fabrik!

Beste Bezugsquelle!



JOSEF BLAHUT
DESCHNITZ

Billige Bettfedern

1 Kilo neue graue, geschliffene Bett-
federn Kr. 2.—, bessere Kr. 2-40,
halbweiße Kr. 2-80, weiße Kr. 4.—, bessere
Kr. 6.—, herrschaftlich, schneeweiß Kr. 8.—,
Daunen, grau Kr. 6.—, 7.— und 8.—, Dau-
nen, weiß Kr. 10.—, Brusthaum Kr. 12.—,
Kaiserhaum Kr. 14.— von 5 Kilo an franko.

Fertige Betten

aus dichtfädigem roten, blauen, gelben oder weissen Ranking, eine Zu-
chent 180x116 cm samt zwei Kopfkissen, diese 80x58 cm genügend gefüllt
mit neuen, grauen, herrschaftlichen Bettfedern Kr. 16.—, halbweiße Kr. 20.—,
Daunen Kr. 24.—, Zuchent allein Kr. 12.—, 14.— und 16.—, Kopfkissen
allein Kr. 3.—, 3-50 und 4.—, Zuchent 180x140 cm groß Kr. 15.—, 18.—
und 20.—, Kopfkissen 90x70 cm groß Kr. 4-50, 5.— und 6-50, Unterbett
180x116 cm groß Kr. 13.—, 15.— und 18.—, Kinderbetten, Bettüber-
züge (fertig genäht oder Stoff), Kissen, Plaiddecken, Stepp-
decken, Matratzen u. s. w. billigt geliefert gegen Nachnahme, Ver-
packung gratis von Kr. 10.— an franko.

Josef Blahut in Deschenitz 109 (Böhmerwald).

Nichtpassendes umgetauscht oder Geld zurück. — Verlangen Sie die
ausführliche illustrierte Preisliste gratis und franko.

Ehrenerklärung.

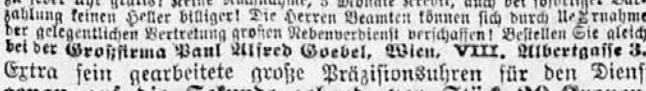
Ich gefertigter Johann Steiner, Oberkondukteur bei
der k. k. Staatsbahn in Triest, bedaure, den Herrn Josef Kopač,
Sekretär des „Allgemeinen Rechtschutzes und Gewerkschaftsvereins
für Österreich“ in Triest, gegenüber mehreren Dienstkollegen
dadurch beleidigt zu haben, daß ich demselben in dessen Abwesen-
heit vorgeworfen habe, ihm hätte die Staatsbahndirektion das
Maul verstopft, dadurch, daß ihm dieselbe 1000 Kronen ge-
geben hätte, zum Zweck, daß er die Interessen der Eisenbahn-
bediensteten preisgegeben hätte. Ich widerrufe die geäußerte Be-
leidigung, weil selbe vollkommen auf Unwahrheit beruht und
nur im Moment meiner Aufregung ausgesprochen wurde. Ich
danke außerdem dem Herrn Josef Kopač, daß er sich mit dieser
einfachen Ehrenerklärung begnügt und es unterläßt, gegen mich
die gerichtlichen Schritte wegen Uebertretung der Ehrenbeleidigung
einzuleiten.

Triest, am 27. März 1911.

Johann Steiner, Oberkondukteur.

Gelegenheitsauf 3 Monate Kredit!

Diese hochfeine, echt silb. Remontoir-Horren-
uhr, mit doppeltem Goldrand, ist nur Kr. 21.—. Dieselbe
Uhr mit echt silbernem Staubdeckel kostet
nur Kr. 31.—. Diese hochfeine Remontoir-
Damenuhr kostet in echt Silber mit dop-
peltem Goldrand nur Kr. 21.—, in echt Gold
nur Kr. 42.—. Die Uhren sind von er-
stklassigen Großuhrmachern genau abge-
zogen und geben auf die Minute! 3 Jahre
Garantie! Nur diese vier erstklassigen Uhren
werden geführt, daher die große Verlang-
samkeit! Franko Zustellung, hochfeines Glas
zu jeder Uhr gratis! Keine Nachnahme, 3 Monate Kredit, auch bei sofortiger Bar-
zahlung keinen Heller billiger! Die Herren Beamten können sich durch Wegnahme
der gelegentlichen Vertretung großen Nebenverdienst verschaffen! Bestellen Sie gleich
bei der Großfirma Paul Alfred Goebel, Wien, VIII. Albertgasse 3.
Extra fein gearbeitete große Präzisionsuhren für den Dienst
genau auf die Sekunde gehend, per Stück 20 Kronen.



Billige Bettfedern u. Daunen!

1 Kilo graue geschliffene Kr. 2.—, halbweiße Kr. 2-80, weiße
Kr. 4.—, prima daunenweiße Kr. 6.—, hochprima schneeweiß, beste
Sorte Kr. 8.—, Daunen, grau Kr. 6.—, weiß Kr. 10.—, Brust-
haum Kr. 12.—, von 5 Kilo an franko.

= Fertige Betten =

aus dichtfädigem, roten, blauen, gelben oder weissen Ranking, eine
Zuchent, Größe 180x116 cm, und 2 Kopfkissen, diese 80x58 cm, genügend
gefüllt, mit neuen grauen gereinigten schlafkräftigen und dauerhaften Federn
Kr. 16.—, halbweiße Kr. 20.—, Daunen Kr. 24.—, Zuchent allein Kr. 12.—,
14.—, 16.—, Kopfkissen Kr. 3.—, 3-50, 4.—, Zuchent, 180x140 cm groß,
Kr. 15.—, 18.—, 20.—, Kopfkissen 90x70 oder 80x80 cm Kr. 4-50, 5.—, 6-50,
Unterbetten aus Gabel, 180x116 cm Kr. 13.—, 15.—, 18.—, 20.—, 22.—, 24.—, 26.—, 28.—,
nähme, Verpackung gratis von 10 Kr. an franko.

Max Berger in Deschenitz Nr. 1092 (Böhmerwald).

Preisliste über Matratzen, Decken, Ueberzüge und alle anderen Bettwaren
gratis und franko. — Nichtkonvenientes tausche um oder gebe Geld zurück.

Rheumatismus, Nervenschwäche Schlaflosigkeit u. Kopfschmerzen

Undert und bekämpft mit gutem Erfolge

„Heinemanns Original-Kräutertee“.

Verzählt empfohlen und durch mehr als 2000 ehrenvolle Dankschreiben aus-
gezeichnet. Dieser heilkräftige Tee hat sich auch bestens bewährt gegen viele
andere Beschwerden und wird täglich in feinsten Qualitäten verpackt. 3 Pakete
zu Kr. 4-50, 6 Pakete Kr. 8.—, 12 Pakete Kr. 13.—. Alles schnell und franko.
Ein einzelnes Paket kostet samt Porto Kr. 1-75.

Albert Heinemann, Hamburg 36, Postfach 3.

Gratis!

Neuer illustrierter Katalog!

(Verschlossen für 20 Heller-Marke.)

Pariser Gummi-Spezialitäten

Neuheit für Herren: Stiel K 2.—, Dauernd verwendbar!
2 Jahre Garantie. Per Dutzend: K 4.—, 6.—, 8.—, 10.—.
Olla-Depot, Wien, V/2, Schönbrunnerstr. 141, Mezz. 5.

Benützen Sie bei Vergebung von Druckaufträgen nur

die Telefon- 2364 oder 3545 der modernst
nummern eingerichteten

DRUCK- UND VERLAGSANSTALT

„VORWÄRTS“

Wien, V. Wienstrasse 89A

Manufaktur- Warenhaus Hedjet & Koritnik Export-Abteilung

Görz, Corso Ginf. Verdi und Via Zenale 5.

Frühjahrs-Gaion 1911

Sämtliche Neuheiten in Woll-, Seiden- u. Wäschstoffen sind
eingelangt. Unsere Preise sind billigt angelegt. Qualitäten anerkannt
die allerbesten. Musterkollektionen auf Verlangen bereitwillig.

Parteigenossen!

Bestellst Euch jeder ein Packet fehlerfreier
Reste, enthaltend: Besten Hemdenstoff,
feinen Hemden- und Kleiderzepp, hoch-
prima Bettkanevas, starko Hemdenlein-
wand, Blaudruck, Barchent, Blusen- und
Kleiderstoffe etc., alles nur in prima Qualität

40 Meter um 16 K

per Nachnahme. Die Restenlänge ist von 4—10 Meter
und kann jeder Rest bestens verwendet werden.
Ihr werdet staunen über die Billigkeit und Güte
der Waren.

LEOPOLD WLČEK

Handweber in Nachod Nr. 17, Böhmen.

Mitglied der politischen Orts- und Fachorganisation.

Von Verjagämtern!

Die schönsten Herren-
und Knabenanzüge,
Ueberzieher 7 Kr., Ulster, Wettertragen 8 Kr., Wintermäntel, Leder-
mäntel, Hosen von 4 Kr. aufwärts, seine Pelze, Frack, Smoking, Salon-
anzüge etc., feinste Herrenhemden Kr. 1-75, Unterhosen Kr. 1-30,
Damenhemden Kr. 1-40, Hosen Kr. 1-60, Korsetten, Unterwäsche Kr. 1-90,
1 komplette Bettwäsche Kr. 4-80, mit Säumchen Kr. 6-50, Sticker-
volants Kr. 8-50, Leintücher Kr. 1-50, in Leinen Kr. 2-20, schwere
Bettzeuge Kr. 7-50, Weben Kr. 8-50, Gradl Kr. 9-20, Angine, Chiffons,
Reinleinen, seine Bett- und Tischdecken Kr. 8-50, Teppiche, Spitzen,
Vorhänge sowie feinste Brautausstattungen. Alles in größter Aus-
wahl taunend billig. Nur bei Goldstein, Wien, Kaiserstrasse 40.
Provinzansprüche sehr reell.

Um die Konkurrenz zu überbieten, will ich einen

Teil meiner Waren verschenken

Ich liefere diese vier extra
starken, echten, hoch
modernen, reinen
Aluminium-Kochtopf
m. Deckeln für nur Kr. 21.—
und gebe diese wunder-

Gr. 24 = 6 L. 22 = 4 L. 20 = 3 L. 18 = 2 L.

rolle Aluminium-Kuchenform und einen Patent-Topfpreisner
amsoast dazu. Keine Nachnahme, sondern 3 Monate Credit!

Niemand versäume
diese Gelegenheit! Paul Alfred Goebel, Wien, VIII.,
Albertgasse 3

Haben Sie Schmerzen? Rheumatische, gichtische, Kopfschmerzen, Zahnschmerzen? Haben Sie sich durch Luftzug, Erkältung was zugezogen? Versuchen Sie doch den schmerzstillenden, heilenden, stärkenden Feller's Fluid m. d. W. „Elafluid“. Der ist wirklich gut! Das ist nicht bloß Reklame! Probierend 5 Kronen franko. Erzeuger nur Apotheker Feller in Stubica (Kroatien).

Zur Probe

mit Rücksendungsrecht bei Nichtgefallen, also ohne jede Kaufverpflichtung, lediglich gegen bequeme Teilzahlung

Liefere wir Sprech-Apparate in all. Größen u. Preislagen mit Pathé-Platten, ohne Nadelwechsel spielbar.

Echte Pathé-Platten werden mit einem Saphirstift gespielt, beseitigen mithin den lästigen Nadelwechsel u. nützen sich im Gegensatz zu den übl. Nadelplatten niemals ab. Lieferung zum **Original-Fabrikpreis**

Verlangen Sie unseren illustrierten Katalog gratis. — Postkarte genügt.

Bial & Freund, Wien 48, Mariahilferstr. 103

1000 Kronen Belohnung für Kahlköpfige und Bartlose.



Ein eleganter Bart- und Haarwuchs kann durch Gebrauch von Cara Haarbalsam im Laufe von acht Tagen hervorgerufen werden, dieser Balsam bringt Haar und Bart aller kahlköpfigen und dünn behaarten Personen zum Wachstum.

Cara ist das beste Erzeugnis der modernen Wissenschaft auf diesem Gebiete und als der einzige Balsam anerkannt, der wirklich Haar und Bart — eben auch bei Greisen — erzeugen kann.

Cara Haarbalsam wird daher, auch von allen jungen und alten Herren und Damen in der ganzen Welt gebraucht.

Cara bringt die abgestorbenen Haarpapillen wieder zum Wachstum, und zwar nach Gebrauch weniger Tage und man wird daher im Laufe ganz kurzer Zeit einen sehr kräftigen Haarwuchs haben können. Unschädlichkeit wird garantiert!

Wenn dies nicht wahr ist, zahlen wir **1000 Kronen netto** an alle kahlköpfigen, bartlosen und dünn behaarten Personen, die Cara Balsam vier Wochen ohne Erfolg gebraucht haben.

Wir sind die einzige Firma, die der Kundschaft eine derartige Garantie leisten kann.

Cara Haus, Kopenhagen.

Für das mir gesandte Paket Cara danke ich herzlichst. Ich gebrauche nun Ihr Haarmitel seit 12 Tagen, und zwar mit einem guten Erfolg; mein Haar fällt nicht mehr aus, sondern scheint eher schwerer und dicker zu werden, es ist auch nicht so wenig gewachsen, seitdem dass ich Ihren Haarbalsam zu gebrauchen anfing. Auch mein Bartwuchs wird ohne Zweifel viel kräftiger als vormals werden. Ich habe eine Menge Haarmitel gebraucht, jedoch ohne Erfolg und danke Ihnen daher von ganzem Herzen für Ihr glänzendes Haarmitel; ich werde es für die Folge stets an alle empfehlen, die Gebrauch dafür haben können. Mit bestem Dank verbleibe ich Ihr

O. V. M. Kopenhagen.

Obs. Diskrete Verpackung

Cara gibt dem Haar und Bart ein glänzendes und wellendes Aussehen sowie einen schönen weichen Fall und wird gegen Vorauszahlung oder Nachnahme über die ganze Welt versandt, wenn man an das grösste Spezialgeschäft schreibt.

Ein Paket Cara kostet 6 Kronen, zwei Pakete 10 Kronen.

Cara Haus, Kopenhagen V. 305. Dänemark.

(Briefe sind mit 25 Hellern, Postkarten mit 10 Hellern zu frankieren.)

Männerkrank.

Leiten und Nervenschwäche von Spezialarzt Dr. Rümmler. Neueste lehrreicher Ratgeber und Wegweiser zur Verhütung und Heilung von Gehirn- und Rückenmarkserkrankungen, Geschlechtsnervenerkrankungen, Folgen nervenruhmender Selbstschäden und Ergebe und aller sonstigen geheimen Leiden. Für jeden Mann von geradem unschätzbarem gesundheitlichen Nutzen. Für Krone 1.60 Briefmarken franko von Dr. med. Rümmler, Genf 881 (Schweiz).

MOBEL Aufruf an die Herren Eisenbahner!

Wien's beste und billigste Einkaufsquelle ist die in Eisenbahnerkreisen altbekannte, o. langjährig bestehende o.

Fünfhäuser Möbelniederlage

M. Eisenhammer 142

Wien, XV., Mariahilferstrasse Nr. 142

(neben der Löwendrogerie Schawerda)
beliebteste Stimmereinrichtungen à Kr. 130, 150, 170, 200 u. 240. Küchenanordnungen von Kr. 34 an.
Wärts. — Komplette Schlaf- und Speisestimmer von Kr. 280. — Moderne Kücheneinrichtungen, grau, weiß, grün, à Kr. 70. — Bettenbestände von Kr. 9.— und Vorzügen, breitenfalls von Kr. 12.— aufwärts. — Einzelne Gegenstände billigst in großer Auswahl, kleiner Preisverant für die Provinz, gratis. Großer Möbelkatalog gegen 60 Heller Briefmarken franko.

Briefliche Bestellungen streng reell wie bei persönlicher Auswahl.

Zufuhr zu allen Bahnhöfen und Bezirken Wiens kostenfrei.

Warnung! Um meine B. Z. Kunden vor Schaden durch Fälschung zu bewahren, achten Sie genau auf meine Firma Fünfhäuser Möbelniederlage, da eine Konkurrenz meine Hausnummer als Preis mißbraucht, um meine p. t. Kunden zu täuschen. Achten Sie auf die gelben Tafeln vor dem Geschäftseingang.

Sie sind erst dann in dem richtigen Geschäft, wenn Sie meine Schutzmarke „Eisenbahnerkonduktoren“ in Lebensgröße in meinem Schaufenster sehen.

Bester Herr!

Erlaube mir Ihnen mitzuteilen, daß die Möbel, welche am 23. v. M. hier eingetroffen sind, in gutem Zustand waren und ich auch sehr zufrieden bin damit. Auch danke ich Ihnen für Ihre solide und reelle Bedienung. Ich werde Sie meinen Bekannten bestens empfehlen.

Gechachtungsvoll

Louis Stadler
Kirchmeister in Saalfelden.

ECHTES KORNBRÖT

von anerkannt vorzüglichster Qualität und Preiswürdigkeit versendet unter den allergünstigsten Bezugsbedingungen die Firma

JOS. REDER, DAMPFBÄCKEREI UND KUNSTMÜHLE GARSTEN BEI STEYR

Oberösterreich. Seit mehr als 30 Jahren Lieferant der k. k. Eisenbahnbediensteten!

Erklärung.

Ich Unterfertiger nehme die von mir gegen Herrn Heinrich Krall, Lokomotivführer der k. k. priv. Südbahn, am 25. März 1911 im Gasthofe Breskvar in Unter-Schiffsta gemachte Äußerung mit Bedauern zurück.

Franz Jore,
Bediensteter der k. k. Staatsbahn.

Grüsslich



hohe Preise werden oft für Herren- und Damenstoffe gezahlt. Dies kann jeder Private vermeiden, wenn er seinen Bedarf in diesen als auch in schlesischen Leinen- und Waschwaren direkt vom Fabrikplatz deckt. — Verlangen Sie daher kostenlose Zusendung meiner reichhaltigen Frühjahrs- und Sommer-Musterkollektion und geben Sie gefl. an, ob Sie feine oder billigere Ware zu kaufen beabsichtigen. Führe nur erstklassige Erzeugnisse.

Tuchversandhaus
Franz Schmidt
Jägerndorf Nr. 76, Oest.-Schles.

Ohne Anzahlung gegen Monatsraten

Illustr. Preiskataloge gratis und franko.

nur erstklassige

Uhren Gold-, Silber- und Alpakasilverwaren

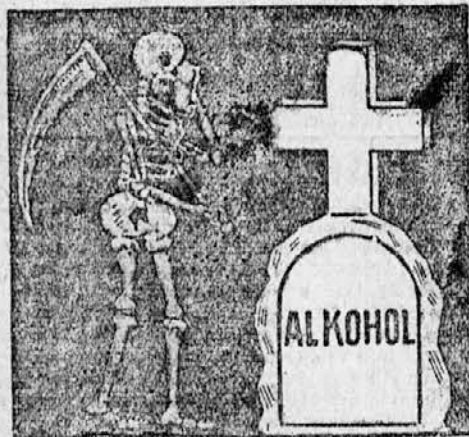
Grammophone Theater- u. Reisegegläser

nur erstklassige

Auswahlsendungen.

Adolf Jirka, Uhrmacher und Juwelier, Krumau a. d. Moldau.

Heile die Trunksucht



ehe der Trunksüchtige das Gesetz verletzt.

Setze ihn, ehe der Alkohol seine Gesundheit, Arbeitslust und Vermögen zerstört, oder ehe der Tod die Rettung unmöglich gemacht hat.

Coom ist ein Surrogat für Alkohol und bewirkt, dass der Trunksüchtige geistige Getränke verabschieden wird.

Coom ist vollkommen unschädlich und wirkt so intensiv, dass auch stark trunksüchtige Personen einen Rückfall niemals bekommen.

Coom ist das neueste, was die Wissenschaft in dieser Beziehung hervor gebracht hat und hat derselbe bereits Tausende von Menschen aus der Not, dem Elend und Ruin errettet.

Coom ist ein leicht lösliches Präparat, das z. B. die Hausfrau ihrem Gatten im Morgengetränk geben kann, ohne dass er das geringste davon merkt. In den meisten Fällen versteht der Betreffende gar nicht, weshalb er plötzlich Spiritus nicht vertragen kann, sondern glaubt, dass der übertriebene Genuss davon der Grund dazu sein wird, wie man oft eine gewisse Speise verabschieden kann, wenn man dieselbe zu oft genossen hat.

Coom sollte jeder Vater seinem Sohne, dem Studenten, geben, ehe er beim Examen durchfällt; wenn er dem Trünke auch nicht besonders ergeben ist, so schwächt der Alkohol dennoch sein Gehirn. Ueberhaupt sollte ein jeder, der nicht willenskräftig genug ist, sich dem Genuss geistiger Getränke zu enthalten, eine Dose Coom einnehmen. Selbiges ist völlig unschädlich. Der Betreffende konserviert dadurch seine Gesundheit und erspart sehr viel Geld, das sonst zu Wein, Bier, Brantwein oder Likör verwendet worden wäre.

Herr R. F. schreibt: Coom-Institut, Kopenhagen, Dänemark:

Ich bitte so gütig zu sein, eine Schachtel Coom zu senden mit Postnachnahme à K 10.—. Ich habe einen Freund, der sich sehr stark dem Trünke ergeben hat, und möchte ihn gern abgewöhnen. Mit dem bis jetzt gesandten Coom habe ich schon drei Personen abgewöhnt und sind jetzt ganz tüchtige Männer. Nur wollen sich die Menschen bei uns nicht anreden lassen. Vielmals dankend, verbleibe, ich Sie erlörend. R. F., Dösgyör gyartelep 1910, XI/23, Ungarn.

Das Coom-Präparat kostet 10 Kronen und wird versandt gegen Vorauszahlung oder gegen Nachnahme nur durch:

COOM-INSTITUT Kopenhagen 314, Dänemark.

Briefe sind mit 25 Heller, Postkarten mit 10 Heller zu frankieren.

Erdäpfel-Milchbrot

aus den Hammerbrotwerken.

Ein vortreffliches, ausgiebiges Kaffee- und Tafelgebäck.

Ein Laib kostet 50 h

Nachahmungen sind minderwertig!

Hammerbrotwerke u. Dampfmühle Skaret, Hanusch & Co.

Schwechat bei Wien.

Bureau: Wien, II. Zirkusgasse Nr. 21
Telephon 23240.

8388/3

Herausgeber Josef Tomschil. — Verantwortlicher Redakteur Franz Lill.

Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“ Zwoboda & Co.
Wien, V., Wienstraße 89a.